

ZUR SACHE BW

VIELFALT GESTALTEN

Leben ist nicht uniform

Blond und blauäugig?

Eine muslimische Soldatin gibt Denkanstöße

Brücken zum Feind

Kann man im Einsatz schon an Versöhnung denken?

Wendezeiten

Die NVA, die Bundeswehr und die Militärseelsorge



EVANGELISCHE KOMMENTARE ZU FRAGEN DER ZEIT

AUSGABE 36 2/2019



04 Wir träumen von einer besseren Welt

06 Editorial

SCHWERPUNKT VIELFALT GESTALTEN

08 Wir verstehen so weit, wie wir lieben

Philosophische und theologische Bemerkungen zum Umgang mit kultureller und religiöser Diversität
Von Henning Wrogemann

11 Je bunter, desto stärker

Im Wettbewerb um geeignete Mitarbeiter setzt der Arbeitgeber Bundeswehr auf aktives Diversity-Management
Vom Stabschef Chancengerechtigkeit, Vielfalt und Inklusion

15 „Bin ich weniger Soldat?“

Leutnant zur See Nariman Hammouti-Reinke über die Sprachen ihrer Kindheit, Rassismus und das lange Warten auf muslimische Seelsorger
Interview: Felix Ehring

19 Wahlverwandtschaften

Manche kirchliche Milieus haben eine Nähe zu populistischen Positionen. Trotzdem leben in den Gemeinden Nächstenliebe und Willkommenskultur
Von Gert Pickel

23 After Identity?

Die identitätspolitische Herausforderung der Demokratie – ein Blick auf Debatten in den USA
Von Roger Mielke

26 Wenn Rechte Recht haben könnten

Die offene Gesellschaft muss die Trennlinie zwischen legitimem Meinungsstreit und Missachtung des demokratischen Werte- und Verfahrenskonsenses im Auge behalten
Von Frank Decker

30 Wie die Kirche divers wurde

Eine systematisch-theologische Spurensuche
Von Sarah Jäger

32 Vielfalt ist nicht schwer

Militärische Kultur wird wesentlich durch Vorschriften bestimmt. Aber der gesellschaftliche Wandel muss auf allen Ebenen der Organisation mit Leben gefüllt werden
Von Hartmut Stiffel



Zu unserem Titelbild

Begegnung auf Augenhöhe im Aquarium. Quallen schwimmen seit Millionen Jahren durch die Ozeane. Sie stellen keine hohen Ansprüche an ihre Umgebung und sind in ihrer Vielfalt Überlebenskünstler. Vielfalt ist effektiv. Vielfalt bedeutet (Über-)Leben. Aber wie fremd darf das Andere sein? Sympathie bedeutet auch: Ich mag dich – weil ich mich selbst in dir erkenne. Das gelingt nicht immer.

INHALT



SICHERHEITSPOLITIK

38 **Frieden hat Partner im BMVg**

Über die Etablierung eines Dialogs zwischen Ministerialbeamten und Friedensforscher*innen
Von Claudia Baumgart-Ochse

40 **Strategien sind nicht in Stein gemeißelt**

Warum Deutschland mit dem gesamtstaatlichen Ansatz sicherheitspolitisch mehr Verantwortung übernehmen kann und muss
Von Martin Lammert

FRIEDENSETHIK

44 **Brücken zum Feind**

Frieden beginnt im Krieg. Wie sieht ein versöhnungsfördernder Auslandseinsatz aus?
Von Martin Leiner

49 **Der Zaun zwischen Global Zero und nuklearer Teilhabe steht in Büchel**

Zum „Kirchlichen Aktionstag gegen Atomwaffen“ am 7. Juli 2019
Von Roger Mielke

50 **Gerechter Frieden verzweifelt gesucht**

Kirchen als Akteure für gerechten Frieden in Simbabwe: Die Dimension des christlichen Glaubens ist allgegenwärtig
Von Tim Kuschnerus

INNERE FÜHRUNG

54 **Ethik tut not**

Ein Gespräch zur neuen Ethikvorschrift
Von Walter Linkmann

56 **Die persönliche Meinung**

Darf ein Generalmajor sich politisch äußern? Ein Zwischenruf
Von Arnd Brummer

57 **Geschichte als Helfer in der Not und ethische Bremse**

Die „Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege“ markieren einen Perspektivwechsel
Von Uwe Hartmann

BÜCHER

Rezensionen zu

59 **Lütz/van Husen: Als der Wagen nicht kam**

60 **Kayß: Identity, Motivation and Memory**

60 **Rink: Können Kriege gerecht sein?**

61 **Reisner: Robotic Wars**

62 **Reller: Die Anfänge der Evangelischen Militärseelsorge**

GLAUBENSFRAGEN

64 **Armee, das waren die anderen**

Mit der Wiedervereinigung änderte sich der Blick von zivilen Gemeindemitgliedern und Soldaten aufeinander
Von Albrecht Steinhäuser

69 **„Ich versuche zu bezeugen, dass Glauben eine gute Idee ist“**

Oberst i. G. Sascha Zierold sagt, wie der Glaube seinen Dienst prägt und wie man christlich bleibt, wenn man regelmäßig Anschläge erlebt
Interview: Gabriele Meister

72 **Kirche unter den Soldaten**

Die Kapelle im Fliegerhorst Wunstorf
Von Walter Linkmann

73 **Impressum**

74 **Querdenker**

Die uniforme Individualität



**„Unser Land hat die Menschenrechte
nicht erfunden. Tatsächlich ist es
andersherum: Die Menschenrechte
haben Amerika erfunden.“**



Jimmy Carter 1981 in
seiner Abschiedsrede an die Nation



Sam Dotson, Polizeichef von St. Louis, stellt sich am

2. Oktober 2016 nach einem neuerlichen Fall von

Polizeigewalt den Fragen der Bevölkerung.

Zwei Beamte hatten kurz zuvor einen 14-jährigen
Schwarzen mit Schüssen schwer verletzt

Liebe Leserinnen und Leser!

Das Leben ist nicht uniform, sondern immer vielfältig. Das ist keine neue Entwicklung. Vielfalt war immer zu gestalten: Sobald Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, mit unterschiedlichen Lebenswegen und unterschiedlichen Lebensentwürfen zusammenkamen, galt es, damit umzugehen.

Nicht nur unsere deutsche Geschichte hat gezeigt, dass der Zwang zur Uniformität häufig dazu führte, Menschen auszugrenzen, abzuschieben, ja: ihr Recht auf Leben zu bestreiten. Es hat Jahrhunderte und viele gewaltsame Auseinandersetzungen gedauert, bis wir gelernt haben, trotz aller Unterschiede in Frieden miteinander zu leben. Das ist die Lehre nach zwei deutschen Diktaturen: Vielfalt gehört zum Leben und bereichert die Gesellschaft.

In dieser Ausgabe haben wir versucht, einige Aspekte zu beleuchten, wie Vielfalt heutzutage gestaltet werden kann. Gleichzeitig haben wir eine neue Rubrik aufgemacht, in der wir aus der Vielfalt guter Bücher auf einige besonders gute hinweisen. Bei der Lektüre wünsche ich Ihnen vielfältige Einsichten!



Dr. Dirck Ackermann,
Chefredakteur ZUR SACHE BW

SCHWER- PUNKT



VIELFALT GESTALTEN

Beim „ABC Disco Ball“ in den 1970er Jahren in Los Angeles tanzten Besucher eines Konzerts der Band Village People zum Lied „YMCA“



WIR VERSTEHEN SO WEIT, WIE WIR LIEBEN



**Philosophische und theologische Bemerkungen
zum Umgang mit kultureller und religiöser Diversität**
Von Henning Wrogemann

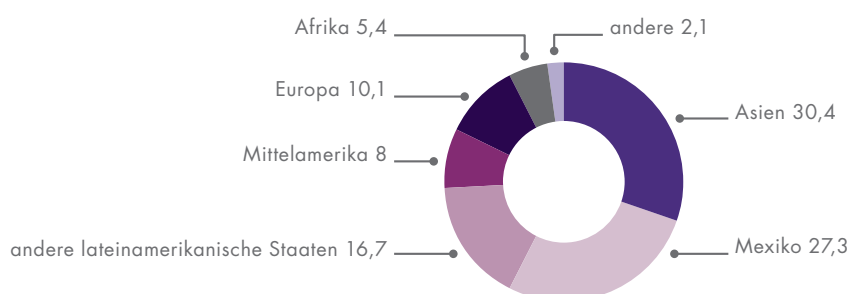
Das Thema kulturelle und religiöse Diversität ist klärungsbedürftig. Wie wird der Begriff Pluralismus verstanden, wenn Multikulturalität von den einen als erstrebenswert, von den anderen aber als eher problematisch betrachtet wird? Wie ist ein Verstehen des Fremden in seiner kulturellen oder religiösen Andersheit überhaupt möglich? Welche theologischen Ressourcen sind vorhanden, die einen konstruktiven Beitrag zum Miteinander im Pluralismus begründen können?

Unterschiedliche Konzepte von Verschiedenheit

Für das Thema Pluralismus werden verschiedene Metaphern verwendet. Eine Einwanderungsgesellschaft (etwa in den USA) wurde als ein *Schmelztiegel* bezeichnet: Die Gesellschaft wird durch (anderskulturelle) Einwanderer wie die Metalllegierung in einem Schmelzkesel bereichert, so der Gedanke. Das Bild deutet Pluralismus indes nur schwach als *Übergangsphänomen*. Die Einwanderer, so die implizite These, werden sich schon weitgehend assimilieren.

Anders das Bild der *Salatschüssel*: Die Zutaten zum Salat bleiben erkennbar unterschieden, ihnen wird aber durch das Dressing eine gemeinsame Geschmacksnote gegeben. Es geht um einen starken Pluralismus im Sinne bleibender Verschiedenheit. Wie stark aber darf die Verschiedenheit kulturell-religiöser Einzelgruppen sein? Wie stark muss der *Kitt* sein, den eine Gesellschaft braucht, um nicht auseinanderzufallen? Worin besteht dieses Gemeinsame: Loyalität zum Gesetz? Gemeinsame Amtssprache? Ge-

Woher die Einwanderer der USA kommen (in Prozent)



Quelle: The Hamilton Project,
Datengrundlage: Bevölkerungserhebung
des US-Bureau of Labour Statistics 2017



Diversität im Schaufenster:
Fremd ist nur, was man als fremd
empfindet



Prof. Dr. Henning Wrogemann ist Inhaber des Lehrstuhls für Religionswissenschaft und Interkulturelle Theologie an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal / Bethel und Leiter des Instituts für Interkulturelle Theologie und Interreligiöse Studien (www.iitis.de)

meinsame Werte, und wenn ja, welche? Gemeinsame kulturelle Umgangsformen? Eine Leitkultur?

Der jeweilige Pluralismusbegriff hat Auswirkungen auf die politischen Vorstellungen darüber, wie Staat und Gesellschaft mit der kulturell-religiösen Fremdheit der anderen umgehen sollen. Wer aber wird von wem als fremd oder anders identifiziert?

Das Ich als Maßstab für das Fremde

Für eine philosophische wie theologische Verstehenslehre (Hermeneutik) des Fremden ist festzuhalten, dass der / das Fremde als *Relationsbegriff* zu verstehen ist: Fremd ist jemand oder etwas *für mich*, den oder das ich als fremd empfinde. Das Problem des Fremdverstehens ist, das Fremde jenseits einer Vereinnahmungs- oder einer Ausgrenzungshermeneutik in seiner Eigenheit zu verstehen. Das / der Fremde darf weder als „Wie ich...“ vereinnahmt noch

Literaturhinweise

Henning Wrogemann, **Theologie Interreligiöser Beziehungen**. Religionstheologische Denkwege, kulturwissenschaftliche Beobachtungen und ein methodischer Neuansatz, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2015, 480 Seiten, 40 Euro.

Henning Wrogemann, **Muslime und Christen in der Zivilgesellschaft**. Religiöse Geltungsansprüche und die Frage der Toleranz aus religions- und missionswissenschaftlicher Sicht, Evangelisches Verlagshaus, Leipzig 2016, 262 Seiten, 34 Euro.

als kindisch, unzivilisiert oder gar krank ausgegrenzt werden. Eine gut gemeinte Ideologie der Gleichheit überspringt das Fremde ebenso wie eine abwehrende Essentialisierung, fremde Kulturen seien nun einmal (und für immer) mit der eigenen nicht vereinbar. Beide Ansätze stimmen darin überein, das Fremde nach dem Maßstab des Eigenen („*Ganz wie ich ...*“, „*Ganz anders als ich ...*“) zu verstehen.

Kulturelle und religiöse Vielfalt zu verstehen, bedarf daher einer hohen Sensibilität für diejenigen Urteile, die wir zumeist unbewusst voraussetzen. Methodisch bedeutet dies, das aus meiner Perspektive Fremde zunächst einmal aus seinem eigenen Kontext heraus zu verstehen. Es bedeutet ein aufmerksames Hinhören darauf, was Menschen über sich selbst an Auskunft zu geben bereit sind. Diese Informationen können dann in einem zweiten Schritt mit dem verglichen werden, was ich von meinem eigenen Kontext her für „normal“ halte. Wie in einem Ping-Pong-Spiel geht die Spirale des Verstehens immer hin und her zwischen dem Fremden und dem Eigenen, dem Eigenen und dem Fremden, da durch das Mehr an Informationen sich sowohl das Profil des Fremden als auch mein eigenes Profil immer schärfer abzeichnet.

Dadurch kann es zu einer graduell größeren inneren Nähe untereinander kommen, gleichzeitig kann es aber auch,

wenn sich die zuerst übersehenen Unterschiede bei näherer Betrachtung als weitaus größer herausstellen als bisher gedacht, zu einer inneren Entfremdung kommen. Fremdverstehen führt also nicht zu einer Einheit und unkritischen Harmonie, sondern zu einer bestimmten Art von *Beziehung in Distanz*. Das muss so sein, da andernfalls sich das Fremde an mich assimiliert oder umgekehrt ich mich an das Fremde assimiliert hätte. In beiden Fällen wäre die Eigenständigkeit entweder des Fremden oder des Eigenen aufgehoben.

Gottesoffenbarung als vollkommene Hermeneutik des Fremden

Nach diesen skizzenhaften Bemerkungen einige wenige Hinweise zu einem christlich verantworteten Umgang mit kulturell-religiöser Vielfalt als Beitrag zu einer pluralistischen Gesellschaft. Der christliche Glaube bekennt, dass sich Gott, der Schöpfer der Welt, in einem Menschen, in Jesus von Nazareth, dem Sohn Gottes, offenbart hat: Im Leben Jesu Christi in der Kraft des Heiligen Geistes, in seiner Verkündigung und seinen Taten, in seinem Tod am Kreuz und seiner Auferweckung durch Gott offenbart sich der dreieinige Gott als ein Gott, der Liebe ist (1. Joh 4,16). Anders gesagt: Gott zeigt sich uns Menschen in der Gestalt, in der wir ihn am besten verstehen können, dadurch, dass er, Gott, Mensch wird. Hermeneutisch gewendet: Der Gott,

der als der unsichtbare und verborgene Gott dem Menschen fremd war, erweist sich darin als der vollkommene *Hermeneut des Fremden*, dass er durch das Christusgeschehen die in der Welt wirkende Macht der Sünde, also diejenige zerstörerische Macht, die Menschen den Sinn ihres Lebens verfehlen lässt und sich in negativen Phänomenen wie Lüge, Hass und Gewalt auswirkt, überwindet und Versöhnung schafft. *Der Gott der Liebe lehrt, das Fremde zu verstehen, da der Mensch, der nun versteht, wer Gott wirklich ist, zu einem neuen Leben befreit wird.*

Genau hier nun setzt der Beitrag einer theologisch begründeten *christlichen Hermeneutik und Ethik für eine pluralistische Gesellschaft* an: Ein christlicher Umgang mit religiös-kultureller Vielfalt von Menschen besteht in einer Nächstenliebe bis hin zu einer Feindesliebe, die die Eigenständigkeit und Fremdheit der anderen ernst nimmt.

Gott beantwortet die Tötung seines Sohnes am Kreuz nicht mit Gewalt, sondern durch die Auferweckung Christi mit einem letzten Zeichen seiner göttlichen Liebe, die stärker ist als der Tod. Die christliche Nächsten- und Feindesliebe basiert auf *genau diesem Gottesbild*, das deshalb im Konzert der anderen Religionen, Weltanschauungen und Kulturen nicht zu relativieren, sondern konstruktiv zu Gehör zu bringen ist. Der Kirchenvater Augustinus meinte einmal sinngemäß: Wir verstehen soweit, wie wir lieben. Was dies hermeneutisch wie praktisch bedeutet, wäre weiter zu bedenken. ▲

**„Fremde werden hintreten und eure Herden weiden,
und Ausländer werden eure Ackerleute und Weingärtner sein.“**

Jesaja 61,5

JE BUNTER, DESTO STÄRKER

Im Wettbewerb um geeignete Mitarbeiter setzt der Arbeitgeber Bundeswehr auf aktives Diversity-Management

Vom Bundesministerium der Verteidigung,
Stabsэлемент Chancengerechtigkeit,
Vielfalt und Inklusion

Die Globalisierung macht auch vor den Streitkräften nicht halt. Ob im UN-Einsatz in Afghanistan oder in der Grundausbildung in Stetten am kalten Markt: Überall treffen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur aufeinander. Trotz aller Verschiedenheit müssen sie an einem Strang ziehen – jeder wird gebraucht. Die Akzeptanz von Vielfalt ist kein Selbstzweck, sondern schlichte Notwendigkeit. Besonders für die Streitkräfte multikultureller Gesellschaften wie Deutschland.

Um Chancengerechtigkeit, Vielfalt und Inklusion in der Bundeswehr zu fördern, wurde 2015 im Bundesministerium der Verteidigung ein spezielles

Stabsэлемент eingerichtet. Es identifiziert und analysiert Hürden auf dem Weg zu einer vielfältigeren Bundeswehr und soll Chancengerechtigkeit, Vielfalt und Inklusion rahmend gestalten. Oft wird die Frage gestellt, warum das Ministerium diesem Thema einen so hohen Stellenwert einräumt. Dieser Beitrag beschreibt und bewertet die Chancen und Herausforderungen einer „diversen Bundeswehr“.

Stabsfeldwebel Manfred Faget, der durch einen schweren Motorradunfall den linken Arm verlor, bei den Invictus Games 2018 in Sydney, Australien



Im öffentlichen Dienst werden seit vielen Jahren Regelungen, gesetzliche Vorschriften sowie Strategien und Konzepte erstellt, die einen positiven Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt fördern. Diese beziehen sich in der Regel auf bestimmte Merkmale, insbesondere Geschlecht oder ethnische Herkunft. Seit dem Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sind vor allem die Arbeitgeber direkt und aktiv gefordert, Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, ethnischer und kultureller Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität zu verhindern.

Die Bundeswehr misst diesem Punkt besondere Bedeutung zu, was schon durch die im April 2015 erfolgte Einrichtung des unmittelbar zum Ministerium gehörenden Stabselements Chancengerechtigkeit deutlich wird. Dieses Stabsele-

Gläubige und Nichtgläubige, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität führen durch ihre unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Qualifikationen zu innovativeren und kreativeren Problemlösungsstrategien. Diese Erkenntnis muss gezielt in die Arbeitsprozesse eingebunden werden. Denn die Professionalität, Stärke und damit die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr hängen entscheidend davon

Vielfalt ist in vielen Einheiten längst Alltag:
Soldaten des Wachbataillons im Jahr 2016
an der Marineschule Mürwik



ment war im Mai 2016 um die Themen Vielfalt und Inklusion erweitert worden; im Februar 2017 kam die Ansprechstelle Diskriminierung und Gewalt in der Bundeswehr hinzu. Sie hat für alle aktiven und ehemaligen militärischen und zivilen Mitarbeiter ein offenes Ohr, die Diskriminierung, Mobbing, körperlicher oder seelischer Gewalt ausgesetzt sind, und unterstützt bei der Aufklärung.

Jeder neue Blickwinkel ist eine Chance

Dahinter steht, dass die Bundeswehr den Anspruch hat, alle gesellschaftlichen Gruppen anzusprechen. Sie versteht Vielfalt ausdrücklich als Chance und will daher für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein offenes, diskriminierungsfreies Umfeld schaffen. Das Ziel eines nachhaltigen Vielfaltsmanagements wurde auch in Grundsatzdokumenten wie dem Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr (2016) verankert. Die Arbeit des Stabselements dient letztlich einem übergeordneten Ziel: der Personalgewinnung und vor allem der Personalbindung und -entwicklung, also der Zukunftsfähigkeit einer einsatzbereiten Bundeswehr.

Sie ist bei näherem Hinsehen schon heute so divers wie kein anderer Arbeitgeber: Soldatinnen und Soldaten, zivile Beschäftigte, Junge und Alte, Erfahrene und weniger Erfahrene, Menschen mit und ohne gesundheitliche Beeinträchtigungen,

ab, ob sie Herausforderungen schnell und innovativ begegnen kann – mit einem breiten Repertoire an Blickwinkeln, Fähigkeiten und Charakteren.

Ausdruck findet der Vielfaltsgedanke im Konzept „Vielfalt und Inklusion im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung“. Das Konzept als Teil einer personalstrategischen Gesamtperspektive richtet sich an Bundeswehrangehörige sowie an potenzielle Bewerberinnen und Bewerber. Danach verfolgt Diversity-Management die Ziele, die Potenziale zum Nutzen der Organisation zu fördern, die Chancengerechtigkeit zu gewähren, Diskriminierungen vorzubeugen sowie weitere Talente für die Bundeswehr zu gewinnen. Im Mittelpunkt steht dabei das wertschätzende Miteinander, das eng mit der Persönlichkeit eines jeden Menschen verbunden ist.



Offizieranwärter Arthur (26) kam als Frau zur Bundeswehr. Im **Interview** berichtet er von seinem Leben als Transmann in der Truppe: „Die Kameradinnen und Kameraden haben mich sehr schnell als Arthur akzeptiert. Nur ein Vorgesetzter hatte offenbar Angst, dass er gegen Vorschriften verstößt und fragte mich, wie er mich denn anreden soll, wenn ich offiziell noch einen weiblichen Namen habe. Aber das war kein wirkliches Problem. Bei der Bundeswehr redet man sich ja meist mit Nachnamen an.“
Das ganze Interview: www.tinyurl.com/zsbw-arthur

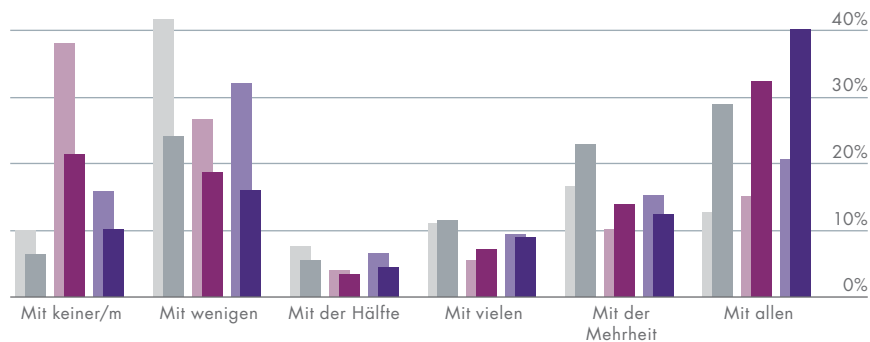
VIelfalt lässt sich nicht verordnen – sie ist eine Haltung und Einstellung.

Mehr Homosexuelle outen sich am Arbeitsplatz

Personenkreis, mit dem die Befragten am Arbeitsplatz über ihre sexuelle Identität sprechen (2007 / 2017)

■ Kolleginnen ■ 2007 / 2017
■ Führungskräfte
■ Mitarbeiterinnen

Fehlend zu 100 Prozent: „keine vorhanden“
Quelle: IDA, Hochschule Fresenius,
Antidiskriminierungsstelle des Bundes



Sicherheit zu gewährleisten, bedeutet heute, Krisen und Konflikte möglichst auf Distanz zu halten, ihnen aktiv vorzubeugen oder ihre Auswirkungen zu begrenzen. Als verlässliches Instrument einer vorausschauenden Außen- und Sicherheitspolitik ist die Bundeswehr deshalb auf leistungsbereite, belastbare Menschen angewiesen, die durch ihre Ausbildung und ihr Know-how den Auftrag der Bundeswehr aktiv mitgestalten wollen und können.

Arbeitgeber im Kampf um die Talente

Die Talente in unserem Land sind jedoch knapp. Der demografische Wandel und die Veränderungsprozesse in der Arbeitswelt verschärfen die Konkurrenz der Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb müssen im Wettbewerb um die wertvollste Ressource – qualifiziertes Personal – positive Anreize gesetzt werden. Nur wenn sich die Bundeswehr als attraktiver und vielfältiger Arbeitgeber erweist, ihre Andersartigkeit im Kampf um die geschicktesten Hände und klügsten Köpfe aktiv und vorausschauend einsetzt, ihr Beschäftigungsangebot konkurrenzfähig gestaltet und sich im Wettbewerb strategisch gut positioniert, kann sie die Menschen für sich gewinnen.

Im Fokus der Bundeswehr steht ein aktives Hinwirken auf einen vorurteilsfreien Umgang mit den Beschäftigten. Die soziale Kompetenz erfordert aber auch einen Perspektivenwechsel, kritische Selbstreflexion und die Notwendigkeit, sich eigener Vorurteile und Stereotype bewusst zu werden. Die Bundeswehr setzt daher auf individuelle Kompetenzförderung der Beschäftigten, familienfreundliche Arbeitsbedingungen und Maßnahmen zur Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit. Auch trägt ein solches Arbeitsklima zu einer besseren Arbeitszufriedenheit bei und beugt möglichen kraftraubenden Konflikten am Arbeitsplatz vor. Die Betonung auf Vielfalt vergrößert darüber hinaus den Kreis an Bewerberinnen und Bewerbern und erleichtert am Ende deren Auswahl.

Heterogene Teams bieten der Bundeswehr ebenso Vorteile wie deren Beschäftigten:

- Es werden mehr kreative Vorschläge eingebracht, es kommt häufiger zu tragfähigeren Problemlösungen und die Teams verfügen über eine breitere Wissens- und Erfahrungsbasis.
- Die systematische Förderung alternativer Sichtweisen und Einschätzungen hilft, „Betriebsblindheit“ zu vermeiden, und erleichtert die Reaktion auf Unsicherheiten und Veränderungen.
- Eine verstärkte Förderung und Nutzung der Potenziale der Beschäftigten – ob in Uniform oder in Zivil – trägt zur Mitarbeitermotivation bei und damit zur Leistungsfähigkeit der Streitkräfte.

Forschungsgegenstand Vielfalt

Nur auf Basis von Fakten können gezielte Maßnahmen eingeleitet, Entscheidungen getroffen und Vorurteile bekämpft werden. Doch stehen häufig noch keine entsprechenden kausalen Messgrößen zur Verfügung. Das Stabselement hat deshalb die Vielfaltsstudie „Bunt in der Bundeswehr?“ beauftragt. Ziel ist es, die Vielfaltsdimensionen und deren quantitative Ausprägungen im Geschäftsbereich des Verteidigungsministeriums zu erfassen. Ferner werden Meinungen und Einstellungen erhoben, die Aussagen über den Stand der Vielfalt und Inklusion in der Bundeswehr ermöglichen. Mit dieser Erhebung ist es erstmalig auf der Basis

empirisch erhobener Daten möglich, ein aussagefähiges Lagebild zu den Kerndimensionen Alter, ethnische und kulturelle Herkunft, Religion und Weltanschauung, Behinderung oder sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität in der Bundeswehr vorzulegen.

Bereits bei der Implementierung eines modernen Diversity-Managements spielt die Partizipation der Beschäftigten in den Prozess eine entscheidende Rolle. Die Möglichkeit, persönliche Wünsche und Vorstellungen einbringen zu können, stärkt zusammen mit der gezielten Entwicklungsförderung der Bundeswehrangehörigen die Bindung an den Arbeitgeber und erhöht die Motivation. Dies wird unterstützt durch dialogbasierte Führungsinstrumente wie z. B. Mitarbeitergespräche und die Möglichkeit, direkten Vorgesetzten Feedback geben zu können. Eine regelmäßige Überprüfung der Zufriedenheit aller Beschäftigten, u. a. im Rahmen von Mitarbeiterbefragungen, wird wichtige Hinweise auf bestehende Prozesse geben und gleichzeitig Handlungsbedarf für Weiterentwicklungen aufzeigen.

In den letzten Jahren wurden bereits viele Veränderungen in Bezug auf eine vielfältigere Bundeswehr erreicht. Die bisherigen Ergebnisse zeigen aber auch: Veränderungen geschehen nicht von selbst, sie müssen angestoßen werden. Vielfalt lässt sich nicht verordnen – sie ist eine Haltung und Einstellung. Es bedarf daher des nachhaltigen Einsatzes von Einfluss und Überzeugungskraft aller Führungsebenen – und es braucht Führungsvorbilder, die den Vielfaltsgedanken leben! Entscheidend sind daher die Menschen. Respektvoller Umgang miteinander, Anerkennung von Vielfalt und Wertschätzung sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche, zukunftsfähige und einsatzbereite Bundeswehr. ▲



Bundesministerium der
Verteidigung, Stabs-
element Chancen-
gerechtigkeit, Vielfalt
und Inklusion

Inklusion	Vielfalt
bedeutet für uns Zugehörigkeit und erteilt jeglicher Form von Ausgrenzung aufgrund von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität eine deutliche Absage. In einem inklusiven Arbeitsumfeld ist es gelebte Normalität, verschieden zu sein. Leistungen, Fähigkeiten und vielfältige Kompetenzen werden geschätzt und honoriert, Barrieren in den Köpfen abgebaut und ein tolerantes Betriebsklima in Kameradschaft und Kollegialität geschaffen.	beschreibt die Unterschiede von Menschen. Ein anderes Wort dafür ist Diversität oder Diversity. Sie kann auch als „Heterogenität“ beschrieben werden. Die Vielfalt der Menschen gilt es, als Chance mit eigenem Wert zu begreifen, immer da wo Gruppen mit ihren verschiedenen Talenten und unterschiedlichen Lebenssituationen eingesetzt werden.

Quelle:
BMVg, P ChgVI

„BIN ICH WENIGER SOLDAT?“

**Leutnant zur See Nariman Hammouti-Reinke
über die Sprachen ihrer Kindheit, Rassismus in der Truppe
und das lange Warten auf muslimische Seelsorger**

Interview: Felix Ehring

Frau Hammouti, vom Cover Ihres Buches schauen Sie den Leser ziemlich streng an. Beim Lesen des Buches machen Sie einen sehr sympathischen Eindruck. Warum das Cover?

Es ist ein Debattenbuch und ich provoziere eine Debatte, die längst überfällig ist. Mir geht es um eine Diskussion, die ernsthaft geführt werden soll. Wenn ich da vom Cover lächle, denken Leser vielleicht: Nehmen wir sie ernst oder nicht?

Wie oft werden Sie von Kameraden gefragt, woher Sie oder Ihre Eltern stammen?

Von Kameraden selten. Im zivilen Leben aber ständig.

Woher kommt der Unterschied?

Das liegt daran, dass wir bei der Bundeswehr alle Deutsche sind und uns die



Nariman Hammouti-Reinke hat bereits zwei Auslandseinsätze in Afghanistan absolviert und im Dienst gute Kameradschaft erlebt, aber auch Ablehnung



Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes twittet unter @ADS_Bund spannende Fakten, etwa dazu, wie Algorithmen bestimmte gesellschaftliche Gruppen benachteiligen oder wie nah (oder fern) die Staaten der Europäischen Union einer Geschlechtergleichstellung sind.



Leutnant zur See Nariman Hammouti-Reinke (40) stieg 2005 in die Feldwebellaufbahn ein und wechselte 2016 in die Offizierslaufbahn. Derzeit dient sie in Nordholz. Hammouti-Reinke ist Vorsitzende des Vereins „Deutscher.Soldat. e. V.“, der sich dafür einsetzt, dass Vielfalt als normal und als Chance angesehen wird.

„Ich habe bisher mein Leichentuch mit in den Einsatz genommen“

Nariman Hammouti-Reinke

Uniform gleichmacht. Wir dienen einer Sache.

In Ihrem Buch lassen Sie durchklingen, dass die Fragen nach der Herkunft mittlerweile nerven. Warum?

Ich unterstelle niemandem latenten Rassismus. Mir geht es darum, dieses Stereotypendenken abzuschwächen, dieses: Deutsch ist gleichbedeutend mit weiß, blond, blauäugig. Ich habe mich früher oft gefragt: Bin ich Deutsche? Bin ich Marokkanerin? Mich ärgert, dass wir das Jahr 2019 haben und ich mittlerweile seit 14 Jahren in den Streitkräften diene – und mich immer noch erklären muss,

wieso ich Deutsche bin. Das sind Leute, die ich auf Feiern treffe, auf Empfängen, wenn ich für den Verein Deutscher.Soldat. unterwegs bin.

Inwiefern spielt Ihr marokkanischer Hintergrund für Sie noch eine Rolle, welche Bindungen haben Sie noch?

Ich habe Familie in Marokko, eine Großmutter, eine Menge Tanten, Onkel, Cousins und Cousins. Ich spreche die Sprache. Ich lebe meine Religion, nicht besonders streng, aber ich lebe sie. Und ich mag das Essen!



Nariman Hammouti-Reinke:
Ich diene Deutschland.
Rowohlt, Berlin 2019,
256 Seiten, 14,99 Euro.

Top-Arbeitgeber im Bereich Chancengleichheit:

1	Google
2	Fraunhofer-Gesellschaft
3	Volkswagen
4	Siemens
5	Apple
6	Microsoft
7	Bosch
8	BMW Group

Sie sind in Hannover im Stadtteil Linden groß geworden. Was ist Linden für Sie, wenn Sie an Ihre Kindheit zurückdenken?

Linden war das Arbeiterviertel. Damals haben in bestimmten Straßen nur türkische Familien gelebt, oder nur spanische oder italienische. Das Viertel war sortiert und man selbst wurde auch einsortiert.

Wer hat einsortiert?

Die Firmen, bei denen die Leute gearbeitet haben. Die haben Wohnungen dort gesucht, wo die Landsleute gewohnt haben. Wir waren eine marokkanische Familie, die später eingebürgert wurde. Marokkanische Familien gab es nicht so viele in Hannover.

Von den Nachbarskindern haben Sie Sprachen gelernt, schreiben Sie.

Ja. Wir waren eng befreundet, ich habe die Freundinnen immer meine Schwestern genannt. Eine dieser Schwestern war Filiz. Die stammte aus einer türkischen Familie. Irgendwann hat sie mir gesagt, was Gurke auf Türkisch heißt. Da habe ich gesagt: Ist ja lustig, auf Marokkanisch heißt es auch so. Auf diese Weise haben wir uns nach und nach die Sprache beigebracht.

Sie haben unter anderem Farsi gelernt.

Genau, wir haben damals in einer modernen Hochhaussiedlung mit Einkaufspassage gewohnt – das blühende Leben. Wir hatten eine super Wohnung. Damals stammten die Nachbarn unter uns aus dem Iran, die über uns aus Afghanistan. Mit denen habe ich auch gespielt. Und weil die überhaupt kein Deutsch konnten, haben sie mir Farsi und Dari beigebracht.

Sprechen Sie die Sprachen heute noch?

Die sind etwas eingerostet, aber wenn ich eingeladen werde, neulich zum Beispiel zu einer Geburtstagsfeier einer Freundin, die aus dem Iran stammt, dann kann ich mich nach einer Stunde wieder unterhalten.

Wie kam es, dass Sie dachten: Die Bundeswehr – das könnte für mich passen!

Ich komme aus einer sehr promilitärischen Familie. Mein Vater wollte immer, dass meine Brüder was Tolles bei der Bundeswehr werden – Pilot, General, mindestens ein Stern. Mein Vater selbst war bei den Freiheitskämpfern aktiv, er hat sich im Untergrund militärisch ausbilden lassen, um gegen das französische Protektorat in Marokko zu kämpfen. Als er mit seiner Ausbildung fertig war, war Marokko zum Glück befreit.

Sie hatten vor der Bundeswehr andere Jobs.

Ja, aber nichts fand ich so richtig sinnvoll. Dann habe ich 2001 den Film „Pearl Harbour“ gesehen, der hat mich beeindruckt. Ich fand es toll, wie diese Werte vorgestellt wurden: stolz auf sein Land zu sein. Etwas für sein Land zu tun, auch unter schwersten Bedingungen. Zusammenhalt, Kameradschaft, füreinander einzustehen. Danach habe ich gesagt: Ich gehe zur Bundeswehr!

Und dann waren Ihre Sprachkenntnisse ein Vorteil.

Ja! Ich hatte nicht die Traumnoten, deshalb war das mein Rettungsanker, wodurch die Bundeswehr Interesse an mir hatte.

Sie haben Jahre später, 2017, als Mitglied der Bundesversammlung den Bundespräsidenten mitgewählt. Am Tag der Wahl kam es laut Ihrem Buch zu einem Dialog mit Sigmar Gabriel, damals Außenminister. Er sagte: „Übrigens, Frau Reinke, bei mir im Außenministerium arbeitet auch eine Marokkanerin.“ Ihre Antwort nach kurzer Pause: „Übrigens, Herr Gabriel, ich bin Deutsche.“ Können Sie mal Ihre Gefühlswelt zu dieser Aussage von Gabriel schildern?

Von einem Vizekanzler und Außenminister habe ich das nicht erwartet. Dass er mich anschaut, ich trage eine deutsche Marineuniform, und dann sagt er das. Das hat mich in meiner Grundfestigkeit und dem Respekt vor ihm und seinem Amt erst mal erschüttert. Dann habe ich gedacht: Jetzt sage ich ihm dazu etwas ganz Klares.

Eine Prognose, bitte: Wie viele Generationen benötigen wir in Deutschland noch, bis es nicht mehr seltsam für Leute ist, dass Deutsche auch schwarz sein können?

Ach, Gott, noch ein paar? Ich hoffe, nicht mehr so viele. Ich hoffe, meine Generation tut alles dafür, dass wir endlich als Deutsche akzeptiert und nicht auf äußerliche Unterschiede reduziert werden – damit es die nächste Generation einfacher hat.

Apropos schwarz: Begriffe wie „farbig“ oder „dunkelhäutig“ lehnen einige Fachleute mittlerweile ab, weil sie pejorativ seien. Derzeit gilt der Begriff People of

9	Daimler
10	Audi
11	Airbus
12	Bundeswehr
13	SAP
14	Max-Planck-Gesellschaft
15	Deutsche Bahn
16	Adidas

Quelle: www.arbeitgeber-ranking.de,
Befragung von mehr als 50 000
Berufseinsteigern durch die Trendence
Institut GmbH

Color / PoC als korrekt. Wie sehen Sie das?

Sprache kann schon sehr verletzend sein. Ich finde es generell nicht gut, dass man einen Titel für etwas braucht, das scheinbar anders ist. Warum kann man nicht einfach bei jedem davon ausgehen, dass er Deutscher ist? Und wenn es nicht so ist, kann man ja überrascht darüber sein. Unsere Nationalfarben sind Schwarz-Rot-Gold, nicht Weiß, Blond und blauäugig.

In Ihrer Heimatstadt Hannover will ein Dreisternegeneral a.D. für die AfD die Bürgermeisterwahl gewinnen. Wie haben Sie die Nachricht aufgenommen?

Ich habe mich geschämt, fremdgeschämt. Ein Dreisternegeneral für die AfD ... Wenn man Soldat ist und diese ständigen hetzerischen Äußerungen der AfD wahrnimmt ... Ich habe mich auch für meinen Berufsstand der Offiziere der Bundeswehr geschämt.

Haben Sie von Kameraden Rassismus erlebt?

Ja.

Früher mehr als heute?

Ja.

Wie haben Sie sich verhalten?

Zum ersten Mal war das bei der Grundausbildung. Da bestand quasi der gesamte Speiseplan aus Schweinefleisch. Ich griff am Morgen zum Geflügelauflauf. Der Küchensoldat guckte mich an und sagte zu mir: Bei uns in Deutschland wird gegessen, was auf den Tisch kommt, und das ist vom Schwein. Das hat er ganz ernst gesagt. Ich wollte dann nicht mehr in die Truppenküche und

habe das meinem Stabsunteroffizier mitgeteilt. Der hat gleich den Zugführer informiert und der den Chef. Der StUffz hat zu mir gesagt: Wir gehen jetzt zusammen hin und sie zeigen mir den Kameraden. So was lassen wir nicht zu.

Und später?

Als die AfD im Kommen war, nach den Silvestervorkommnissen am Kölner Hauptbahnhof zur Jahreswende 2015 / 2016, gab es wirklich schlimme Diskussionen. Ich kann nicht mehr alles davon wiedergeben, aber ich musste viele Diskussionen führen und mich für meine Herkunft rechtfertigen. Ich war damals in Daun stationiert, das war teilweise nicht nett.

Die Bundeswehr will diverser werden. Ist Ihnen bisher eine Kampagne Ihres Arbeitgebers aufgefallen, die gezielt Menschen mit Migrationshintergrund in den Mittelpunkt stellt, um die Vielfalt in der Truppe zu zeigen?

Nein. Man soll uns zeigen, wie wir aussehen. Man muss uns nicht verstecken.

Weshalb finden Sie es wichtig, dass es in der Bundeswehr auch muslimische Seelsorger gibt?

Wer Beistand im Glauben haben will, möchte jemanden, der der eigenen Religion angehört. Natürlich kann mir ein christlicher Pfarrer auch zur Seite stehen und mir Ratschläge geben. Aber er kann nicht mit mir meine Gebete sprechen. Ein Militärpfarrer kann auch meinen Eltern nicht den geistlichen Beistand geben, falls ich fallen sollte. Er weiß auch nicht sofort: Wie gehe ich mit der Leiche um? Ich war jetzt länger nicht im Einsatz, aber

der nächste kommt bestimmt. Ehrlich gesagt habe ich keine Lust, schon wieder eine Woche damit zu verschwenden, meine Beerdigung planen zu müssen. Ich habe bisher mein Leichentuch mit in den Einsatz genommen und meinem Chef eine Bedienungsanleitung geschrieben. Bei allen anderen wird das ganz selbstverständlich entsprechend ihrer Konfession gemacht, warum nicht bei mir? Bin ich weniger Soldat? Sind meine islamischen Kameradinnen und Kameraden weniger wert?

Was sagen Sie zu den Argumenten dafür, dass sich das verzögert, zum Beispiel weil es im Islam die verschiedenen Strömungen gibt?

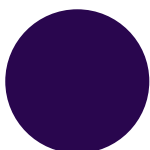
Das lasse ich nicht mehr gelten, es reicht jetzt. Andere muslimische Kameraden und ich müssen uns überlegen, wie wir im Einsatz den Ramadan verbringen. Ich finde nicht, dass das unsere Aufgabe ist. Wir dienen unserem Land genauso wie alle anderen Kameraden. Nach all den Jahren kann man endlich etwas tun, nicht nur reden. ▲

Vielfältige Soldaten



15

Prozent der Soldaten in der Bundeswehr haben einen Migrationshintergrund



25

Prozent der Soldaten in der Mannschaftslaufbahn haben einen Migrationshintergrund

9

Prozent der Offiziere haben einen Migrationshintergrund (circa)

Ist Nächstenliebe
verpflichtend?
Religiöser Dogmatismus
steht der Akzeptanz
pluraler Lebensformen
oft im Wege.



WAHLVERWANDT- SCHAFTEN

**Manche kirchliche Milieus haben
eine Nähe zu populistischen Positionen.
Trotzdem leben in den Gemeinden Nächstenliebe
und Willkommenskultur**

Von Gert Pickel

**Kirchgänger und nicht praktizierende Christen in Westeuropa äußern sich
häufiger negativ zu Immigranten und Minderheiten als konfessionslose Erwachsene**

Wahrscheinlichkeit, den Satz „Wir sind nicht perfekt, aber unsere Kultur ist anderen überlegen“ zu bejahen:



21%
mehr Kirchgänger als
Konfessionslose



21%
mehr Anhänger rechter
Ideologien als linker



16%
mehr nicht praktizierende
Christen als Konfessionslose

Quelle: Pew Research
Center (2017)

Spätestens nach einem Blick auf die 2018 erschienene Studie des New Yorker Pew-Institutes kamen bei der einen oder anderen Leser*in Zweifel an der Vorstellung auf, Christen seien aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einer der Nächstenliebe verpflichteten Kirche auch wirklich anderen Menschen gegenüber offener und solidarischer als Nichtchristen. In der Pew-Studie kam man sogar zu dem gegenteiligen Schluss, dass Christen Migration und Diversity gegenüber kritischer eingestellt sind als Nichtchristen und Konfessionslose.¹ Abgesehen davon, dass sich diese Ergebnisse in anderen Umfragestudien so nur begrenzt bestätigen lassen, sind solche Schlüsse auch zu einfach.

Christ*innen, wie Konfessionslose oder Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften, sind in der Regel vielfältig – auch in ihren Meinungen und Haltungen. So wirkt das Ergebnis von Pew vor dem Hintergrund der massiven Bereitschaft gerade von Christ*innen, sich in der Flüchtlingshilfe zu engagieren und der explosionsartigen Etablierung von entsprechenden Betreuungsfarmaten im Umfeld von christlichen Kirchen geradezu als „Fake News“. Leben nicht gerade Christ*innen ihre Nächstenliebe mit Blick auf alle pluralen Gruppen der Gesellschaft aus?

Nun existieren widersprüchliche Beobachtungen. Nicht wenige Christ*innen stehen Nichtchrist*innen, speziell Muslim*innen, und noch häufiger Menschen mit anderen Geschlechterorientierungen (z. B. Homosexuellen oder Transsexuellen) mit Unverständnis distanzieren, wenn nicht gar ablehnend gegenüber. Dies gilt speziell, wenn sie konservative Werte vertreten, ein eher dogmatisches Verständnis vom „Christsein“ besitzen und Bibeltexte als nicht interpretierungsbedürftige Fixpunkte ihres Verhaltens ansehen. Die empirischen Ergebnisse in Umfragen sind hier eindeutig, *religiöser Dogmatismus* steht einer Offenheit zu pluralen Lebensformen jeglicher Art – allerdings in besonderem Maße modernen sexuellen Lebensformen – oft im Wege.

Nächstenliebe und Dogmatismus halten sich die Waage

Dieser Befund gilt nicht nur für Christ*innen, sondern auch für Mitglieder anderer Religionen: Es ist nicht die theologische Andersheit von Religionen, sondern allein eine dogmatische Auslegung seitens einzelner Religionsmitglieder, welche eine Nähe zu Vorurteilen, Abwertung und Ablehnung von Diversität mit sich bringt. Ergebnisse des jüngst erschienen Berlinmonitors bestätigen dies.² Als Gesamtergebnis dieser Polarisierung unter Christ*innen zeigen sich in fast allen Umfragen doch selten statistische Zusammenhänge in die eine oder andere Richtung. Einfacher gesagt: Beide Gruppen gleichen sich aus oder halten sich die Waage. Christ*innen oder Kirchenmitglieder sind damit – zumindest, wenn man sie als homogene Gruppe versteht – nicht besser als andere Menschen. Allerdings sind sie auch nicht schlechter.

Das spiegelt sich in der Haltung zum Rechtspopulismus wider. So wie Christ*innen in der Regel Gewalt und extremistischem Verhalten ablehnen-



Prof. Dr. Gert Pickel ist Professor für Religions- und Kirchensoziologie am Institut für Praktische Theologie der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig und Mitglied der Akademie der Weltreligionen in Hamburg.

der als der Rest der Bevölkerung gegenüberstehen, sieht dies beim Rechtspopulismus und seinem Einstellungsgerüst gemischt aus. Solange es Populist*innen gelingt, die von ihnen vertretenen Positionen als populistisch und nicht extremistisch oder radikal darzustellen, schwindet die Hemmung unter Christ*innen und Kirchgängern, sich dem zu verweigern. Die, meist dogmatischen, Kirchenmitglieder finden zwar die Rechtspopulist*innen selbst oft nicht besonders gut und überzeugend, teilen aber einen Teil der von ihnen vertretenen konservativen und teils auch antipluralistischen Werte. Man könnte dieses Verhältnis als eine Art *Wahlverwandtschaft* bezeichnen. So empfindet man die im Rechtspopulismus überdeutlich formulierte kulturelle Ablehnung des Islams, die gegen Gleichstellungsmaßnahmen und (aus ihrer Sicht übertriebene) Ausweitung von Rechten für Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung sowie Gendergleichheit gerichtete Haltung und eine stark nationalistische Position als durchaus deckungsgleich mit eigenen Interessen.

Josephine Teske ist Pastorin in der Nordkirche – und Feministin: Auf Instagram postet sie unter @Seligkeitsdinge Beiträge zu ihrem undogmatischen Verständnis vom Christsein



Dies korrespondiert mit Positionen dogmatischer Christ*innen gegenüber Homosexuellen in Pfarrhäusern. Und war nicht bereits die Frauenordination ein Fehler? Es ist nicht die Religiosität, sondern eine bestimmte Form einer konservativen, dogmatischen christlichen Religiosität, welche zu antipluralistischen Haltungen und damit einer Wahlverwandtschaft und Nähe zu Rechtspopulist*innen führen kann. Denn natürlich ist nicht jede Christ*in, welche die Bibel als unantastbar und nicht uminterpretierbar ansieht, gleich offen für rechtspopulistische Parolen, nur eben häufiger.³ Als Konsequenz schützt damit der christliche Glaube an sich nicht vor rechtspopulistischen, antipluralistischen und teilweise antidemokratischen Einstellungen.

Kirchen sind kein geschlossenes Milieu

Nimmt man dies auf, dann sind Kirchen in einer modernen Gesellschaft weder ein geschlossenes noch ein homogenes Milieu. Zumindest zwei, wenn nicht sogar mehrere Gruppen mit einem unterschiedlichen Verständnis vom „Christsein“ stehen miteinander im Widerstreit, teilweise in heftiger Auseinandersetzung. Dieser Konflikt lagert sich tief in die Gemeinden ein, sind doch beide der oben angesprochenen religiösen Gruppen in den Gemeinden die Aktivposten. Beide Gruppen greifen auf normative und theologische Begründungen zurück und wollen etwas innerhalb der Kirche erreichen. Damit ist auch klar: Die Auseinandersetzung um eine zunehmende Selbstverständlichkeit von Pluralität, Vielfalt und *Diversity* wird innerhalb der christlichen Kirchen (nicht nur in Deutschland) heute und in Zukunft noch intensiver geführt werden als in der deutschen Gesamtbevölkerung und vielen weiteren europäischen Bevölkerungen.

Diskussionen um Gleichstellung, sexuelle Freiheit, Antipluralismus, Nationalismus, Antisemitismus und ethnische Homogenität sind dabei miteinander verzahnt.⁴ Und es bleibt offen, inwieweit nicht auch die Zugehörigkeit zum Christentum zum Referenzobjekt von Ablehnung werden könnte. Eindeutig ist nur, dass solche Haltungen mit den Grundprinzipien einer *liberalen Demokratie* nicht vereinbar sind. Und man sollte sich überlegen, inwieweit man den Gegnern einer offenen Gesellschaft immer wieder Freiraum und Sichtbarkeit einräumen sollte, sei es in und außerhalb der christlichen Kirchen. ▲

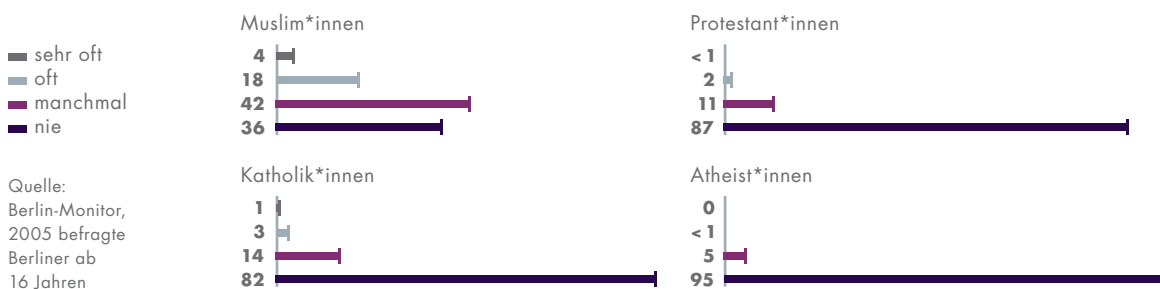
¹ Pew Research Institute, Being Christian in Western Europe, Forschungsbericht, New York 2018, www.pewforum.org

² Gert Pickel / Katrin Reimer-Gordinskaya / Oliver Decker, Der Berlinmonitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie, Berlin 2019, speziell die S. 35f.

³ Gert Pickel, Religion als Ressource für Rechtspopulismus? Zwischen Wahlverwandtschaften und Fremdzuschreibungen, in: Sonderheft „Rechtspopulismus und Religion“ der Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik (2 / 2018), S. 277–312.

⁴ Oliver Decker, Elmar Brähler (Hrsg.), Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Psychosozial-Verlag, Gießen 2018.

Diskriminierungserfahrung aufgrund der eigenen Religion (in Prozent)



Militärdekan
Dr. Roger Mielke leitet das
 Evangelische Militärpfarramt
 Koblenz III am Zentrum
 Innere Führung der Bundeswehr.



Der britische Künstler Chemical X thematisiert wirtschaftliche Ungleichheit in Los Angeles, wo Obdachlose unweit der Filialen von Luxusmarken wie Prada oder Chanel ihr Dasein fristen



Literatur:

- Kwame Anthony Appiah, **Identitäten**. Die Fiktionen der Zugehörigkeit, Hanser Berlin, München 2019, 336 Seiten, 24 Euro.
- Francis Fukuyama, **Against Identity Politics**. The New Tribalism and the Crisis of Democracy, Foreign Affairs 97, Vol. 5 (Sept/Oct 2018), S. 90–114.
- Francis Fukuyama, **Identität: Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2019, 236 Seiten, 22 Euro.

AFTER IDENTITY?



Die identitätspolitische Herausforderung der Demokratie – ein Blick auf Debatten in den USA

Von Roger Mielke

Auf Diversität zu setzen, ist unverzichtbar, für die Bundeswehr ebenso wie für andere Organisationen und Unternehmen. Eine alternde Gesellschaft wird auf die demografischen Entwicklungen nur mit möglichst umfassender Inklusion antworten können. Und umgekehrt, aus der Perspektive der einzelnen Menschen: Inklusion heißt, Individuen zu fördern, Teilhabe zu ermöglichen, „capabilities“ umfassend zu entwickeln.

Die andere Seite der Demografie heißt Zuwanderung. Das Wohlstandsgefälle des Alten Europa zu seinen Nachbarregionen im Süden, aber auch im Osten ist immens und zieht viele Menschen an, die Chancen suchen. Sie werden – grundsätzlich – gebraucht. Gesellschaftliche Heterogenität wächst damit. Das macht das Zusammenleben nicht einfacher. Eine hochgradig arbeitsteilige Gesellschaft ist von Voraussetzungen abhängig, die alles andere als trivial sind: Welche Sprache ermöglicht Verständigung? Wie können Praktiken der Bildung und Ausbildung, des Produzierens und Konsumierens, der Disziplinierung und des Zeitregimes synchronisiert werden? Und über die unmittelbar ökonomischen Zusammenhänge hinaus: Wie ist Teilnah-

me an der politischen Ordnung einer demokratischen Gesellschaft möglich, wenn diese Teilhabe vermittelt ist über Zugehörigkeit, über geteilte geschichtliche Erfahrung, über Sprache?

Diversität, Inklusion und Partizipation beziehen sich zwar auf Individuen, auf die Chancen und Möglichkeiten von einzelnen Menschen, allerdings sind die Einzelnen niemals nur soziale Atome. Menschen verstehen sich ihrerseits auch über ihre Zugehörigkeiten. Identität, also das, was einer ist, braucht immer eine soziale, im Kern eine kulturelle Abstützung: Familie, Herkunft, Nation, Religion, Fußballverein und so weiter. Aber wie viel davon? Diese Frage ist für die Demokratie von hohem Interesse: Braucht Identität Identitätspolitik? Eine identitätspolitische Agenda besagt dann: Um Diversität und Inklusion zu ermöglichen, bedarf es einer bewussten Förderung von Gruppen, die Zugehörigkeit und Beheimatung bieten. Wie von selbst richtet sich dann der Fokus gerade auf die Benachteiligten, auf die Angehörigen von Minderheiten, die von einer hegemonialen Mehrheitsgesellschaft und ihrer „Leitkultur“ an den Rand gedrängt werden. Aber: Wie viel Diversität, wie viele geteilte

• Yuval Levin, **The Fractured Republic**: Renewing America's Social Contract in the Age of Individualism, Basic Books, New York 2016, 272 Seiten, 5,69 Euro

• Mark Lilla, **The End of Identity Liberalism**, New York Times, 18. 11. 2016, www.tinyurl.com/lilla-identity

Ursprünglich stammt der Begriff „Leitkultur“ aus der Landwirtschaft. Der syrische Politikwissenschaftler Bassam Tibi beschrieb damit 1996 einen westlich-liberalen Wertekanon für eine pluralistische Gesellschaft. Später sprachen die CDU-Politiker Jörg Schönbohm (1998) und Friedrich Merz (2000) von einer spezifisch „deutschen Leitkultur“.

www.tinyurl.com/glossar-leitkultur

Zugehörigkeiten sind sinnvoll und unterstützungswürdig? Die Debatten über Grund und Grenze von Multikulturalität sind auch in Deutschland voll entbrannt, nicht erst nach den Erfahrungen des Jahres 2015. Vielleicht kann ein Blick auf die US-amerikanischen Debatten hilfreich sein, in denen die Frage nach den Grenzen der Diversität inzwischen gerade auch von liberalen Intellektuellen neu gestellt wird.

Protest gegen Campus-Debatten

Mark Lilla, Politikwissenschaftler an der Columbia University in New York und eine der linksliberalen Leitfiguren der US-Feuilletons, proklamierte in einem im November 2016, unmittelbar nach dem Triumph Donald Trumps in der amerikanischen Präsidentschaftswahl, in der „New York Times“ publizierten Essay das Ende des „Identity Liberalism“, eines Liberalismus, der auf „Diversität“ mehr als auf die gemeinsamen und geteilten Aufgaben nationaler, gemeinwohlbezogener Politik bezogen sei. Lilla analysierte den Wahlsieg Trumps als eine Reaktion derjenigen Bevölkerungsschichten, die sich von den Campus-Debatten um LGBT-Rechte und ethnische Diversität auf eine Weise vernachlässigt gefühlt hätten, dass die Wahl Trumps als ebenso verzweifelter wie nachvollziehbarer Protest verstanden werden müsse. Lilla skizziert einen *post-identity liberalism*: „Such a liberalism would concentrate on widening its base by appealing to Americans as Americans and emphasizing the issues that affect a vast majority of them. It would speak to the nation as a nation of citizens who are in this together and must help one another. As for narrower issues that are highly charged symbolically and can drive potential allies away, especially those touching on sexuality and religion, such a liberalism would work quietly, sensitively and with a proper sense of scale.“

Seitdem ist die Konjunktur der identitätspolitischen Fragestellung im US-Diskurs nicht schwächer geworden. Zwei Beiträge prominenter Intellektueller sind im Jahr 2018 erschienen und in diesem Jahr dann auch ins Deutsche übersetzt worden. Sie entsprechen einander spiegelbildlich in ihrer Position und politischen Empfehlung.

Francis Fukuyama, inzwischen in Stanford lehrender Politikwissenschaftler, in Deutschland am ehesten durch seinen Essay „Das Ende der Geschichte“ von 1992 bekannt, gab seinem Buch von 2018 den knappen Titel „Identity. The Demand for Dignity and the Politics of Resentment“. In den Spuren der Diagnose Lillas zeichnet Fukuyama die Karriere identitätspolitischer Politikmuster seit den frühen 1970er Jahren nach. Die Pointe seiner Argumentation liegt darin, dass die „Linke“ ihre ursprünglich an der Überwindung ökonomischer Ungleichheit orientierte Politik aufgegeben habe – zugunsten einer Obsession für die Gleichheitsrechte immer kleinerer Gruppen von Benachteiligten. Das sozialpolitisch frei gewordene Terrain sei dann von der „Rechten“ dankbar und unter Nutzung der nunmehr eingeübten identitätspolitischen Agenda besetzt worden. Die Bezauberung durch „Diversität“ sei dann Teil der populistischen Agenda geworden, die sich auf die Verteidigung einer tatsächlich oder angeblich bedrohten „Whiteness“ kapriziert habe. Eine Überwindung dieser auf der Rechten und der Linken symmetrisch sich entsprechenden Szenarien sei nur durch ein neues gemeinwohlorientiertes republikanisches Ethos zu erwarten.

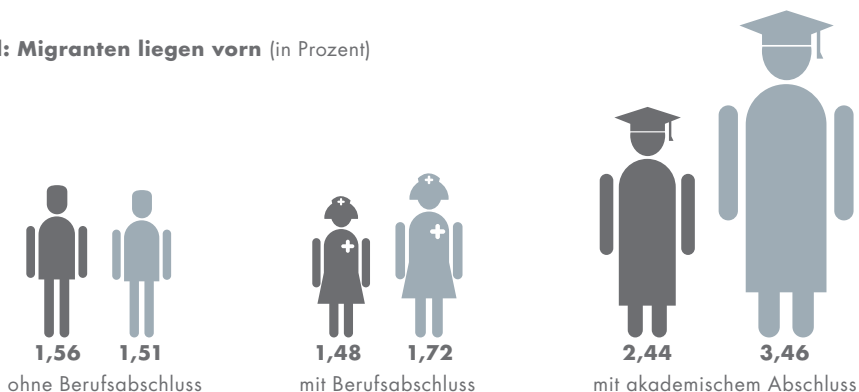
Individualismus als Erkennungszeichen

Ganz anders **Kwame Anthony Appiah**, der an der New York University lehrende ghanaisch-britische Philosoph, der sich für einen „kosmopolitischen Patriotismus“, so der deutsche Titel eines Buches von 2001, ausspricht. In sprachlich höchst eleganter, mit treffenden Beispielen und Anekdoten unterlegter Weise dekonstruiert Appiah die Identitätsanmutungen und -zumutungen im Zeitalter populistischer Polarisierung. „The Lies that bind“ lautet der einprägsame Titel seines neuen, gerade in deutscher Sprache veröffentlichten Buches. Die „Lügen“, die individuelle Spielräume und Chancen einzuschränken drohen: Classification, Creed, Country, Color, Class, Culture – so die sechs Kapitelüberschriften. Auf die Kapitel folgt eine „Coda“, in der Appiah für hybride, verflüssigte Identitäten eintritt und die Augen zu öffnen versucht für die mitunter schmerzhaften, aber immer unausweichlichen Prozesse der Identitätsarbeit, in denen die Würde

Gründerquote in Deutschland: Migranten liegen vorn (in Prozent)

■ Insgesamt
■ Migranten

Quelle: KfW-Gründungsmonitor 2016



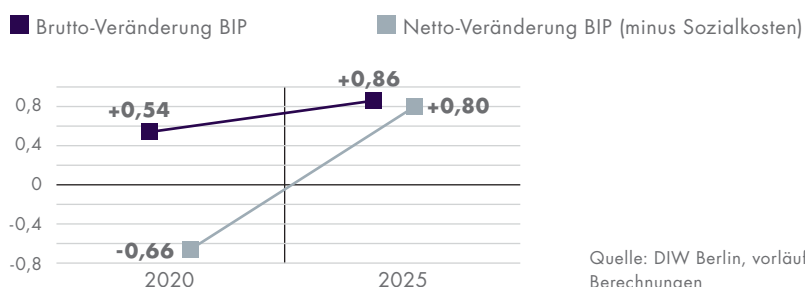
Die Pointe seiner Argumentation liegt darin, dass die „Linke“ ihre ursprünglich an der Überwindung ökonomischer Ungleichheit orientierte Politik aufgeben habe – zugunsten einer Obsession für die Gleichheitsrechte immer kleinerer Gruppen von Benachteiligten.

des Menschen zuerst und zuletzt besteht. In Appiahs Plädoyer werden Diversität und Individualismus zu fundamentalen Merkzeichen eines großzügigen weltbürgerlichen Liberalismus.

Noch eine letzte bemerkenswerte Facette der US-Debatten: **Yuval Levin**, Gründer des Politmagazins „National Affairs“ und Mitglied des konservativen Thinktanks „Ethics and Public Policy Center“ (EPPC), diagnostiziert in seinem 2016 erschienenen Buch „The Fractured Republic. Renewing America’s Social Contract in the Age of Individualism“ die tiefe Krise des US-Gesellschaftsmodells: Phänomene wie die Opioid-Krise, Rassismus und eskalierende Gewalt, politische und gesellschaftliche Polarisierung seien Ergebnisse eines Zerfalls der tragenden Institutionen und der demokratischen Versprechen einer Chance auf Teilhabe und gesellschaftlichen Aufstieg. Levin spricht sich als Gegenmittel für eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Assoziationen, besonders auch der religiösen *communities* und Gemeinden aus, die als Bindeglied („intermediär“) zwischen Individuen und den politischen Institutionen unverzichtbar seien.

Ein Blick auf die US-Szene lehrt, dass am Thema der „Diversität“ auch Grundfragen der politischen Ordnung verhandelt werden. Individuelle Lebensentwürfe und Lebenschancen, Überschreitungen scheinbar abgegrenzter Identitäten – dies ist das eine. Das andere ist die Suche nach einer Form von Zugehörigkeit, die alle Bürgerinnen und Bürger des Gemeinwesens umgreift, vereint und zusammenbindet – weil nur auf diese Weise Freiheit gewahrt werden kann. Das eine nicht ohne das andere. ▴

Wie Geflüchtete die deutsche Wirtschaft beeinflussen werden
Veränderungen des Bruttoinlandsprodukts (in Prozent)



Quelle: DIW Berlin, vorläufige Berechnungen

WENN RECHTE RECHT HABEN KÖNNTEN



Die offene Gesellschaft muss Wählerverhalten verstehen und Probleme adressieren – und die Trennlinie zwischen legitimem Meinungsstreit und Missachtung des demokratischen Werte- und Verfahrenskonsenses im Auge behalten

Von Frank Decker

Was unter Populismus im Allgemeinen und Rechtspopulismus im Besonderen zu verstehen sein soll, darüber scheiden sich sowohl im Alltagssprachegebrauch als auch in der Wissenschaft die Geister. In der Wissenschaft werden in der Regel die folgenden drei Merkmale genannt: Erstens kennzeichnet den Populismus die radikale Kritik an den gesellschaftlichen und politischen Eliten, denen der Vorwurf gemacht wird, dass sie die Interessen und Meinungen des Volkes systematisch missachteten und es hintergingen. Damit verbunden ist als zweites Merkmal die

Behauptung der Populisten, sie und nur sie selbst wüssten, was der wahre, eigentliche Volkswille sei, und nur sie würden diesen vertreten. Daraus wiederum wird als weiteres Merkmal insbesondere des rechten Populismus ein Verständnis von Volk abgeleitet, das dieses als kulturell oder sogar ethnisch homogene Einheit begreift. Der Populismus negiere damit die tatsächliche Meinungs- und Interessenvielfalt der Gesellschaft, sei mithin seinem Wesen nach „antipluralistisch“.

Gegen alle drei Zuschreibungen lassen sich gewisse Einwände vorbringen, die deutlich machen, dass es sich beim

Wertekonflikte sind im Unterschied zu Verteilungskonflikten moralisch hoch aufgeladen und als vorletzte oder letzte „Wahrheitsfragen“ nur bedingt kompromissfähig.

Wer will (k)einen Führer?

Befragte, die sich einen starken Führer wünschen, der sich über Gesetze hinwegsetzt (in Prozent)



Quelle: Ipsos Marktforschung
2019, mehr als 8500 Befragte

Pro Choice gegen Pro Life: In Washington treffen Zehntausende Demonstranten aufeinander, die für und gegen Abtreibungen auf die Straße gehen (oben). Im Deutschen Bundestag (unten) sind die Zwischentöne meist subtiler, erkennbar etwa am Blick Alice Weidels (AfD) auf Angela Merkel (CDU)



In den USA lässt sich dieser Rigorismus etwa bei den militanten Abtreibungsgegnern beobachten, in Europa bei den „Skeptikern“ der Zuwanderung.



Quiz: Wie populistisch sind Sie? 20 Fragen auf wissenschaftlicher Basis, die Aufschluss geben:
<https://interaktiv.derbund.ch/2019/populisten-quiz>

Populismus um ein heterogenes und zum Teil widersprüchliches Phänomen handelt. So darf zum Beispiel die Anti-Establishment-Orientierung nicht so verstanden werden, als ob der Populismus Eliten und das Prinzip der Elitenherrschaft als solche ablehne. Einerseits stammen populistische Akteure häufig selbst aus den Eliten oder waren, beziehungsweise sind, ein Teil der politischen Klasse, andererseits geht es ihnen ja gerade darum, die herrschenden Eliten zu verdrängen und sich selbst an deren Stelle zu setzen. Wo ihnen dieses gelingt, sind sie dann zwangsläufig genötigt, Teile ihrer Herrschafts- oder Systemkritik abzustreifen, was sie bei den eigenen Anhängern Sympathien kosten könnte.

In Bezug auf das zweite Merkmal muss bedacht werden, dass es sich bei der – zugegebenermaßen anmaßenden – Berufung auf den wahren Volkswillen auch um eine rhetorische Übertreibung handeln könnte. Dass Parteien für sich reklamieren, sie verträten die „richtige“ und ihre politischen Kontrahenten eine „falsche“ Konzeption des Gemeinwohls, gehört zu den normalen Begleiterscheinungen des politischen Wettbewerbs, der ja auch dem Ziel dienen soll, klare Alternativen herauszuarbeiten und dem Wähler eine Wahl zwischen diesen Alternativen zu ermöglichen. Wenn man sich daran erinnert, mit welcher Schärfe und ausgrenzenden Rhetorik Sozialdemokraten und Union in den 1970er Jahren einander bekämpft haben („Ihre Republik ist nicht unsere Republik“), dann kommt einem der Unterschied zu der Agitation der heutigen Rechtspopulisten nicht besonders groß vor. Dennoch würde niemand bezweifeln, dass es sich bei Helmut Schmidt, Franz Josef Strauß und Helmut Kohl um zutiefst überzeugte Demokraten gehandelt hat.

Populismus ist keine mildere Form des Extremismus

Auch die These, der Populismus sei per se antipluralistisch und antiliberal (und damit antidemokratisch) greift zu kurz. Populismus stellt keine mildere Form des Extremismus dar, auch wenn er – wie die AfD inzwischen zur Genüge beweist – mit einer extremistischen Ausrichtung zusammengehen kann. Die AfD vertritt zum Beispiel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik überwiegend marktliberale Positionen, was sie von den meisten ihrer Schwesterparteien in den anderen europäischen Ländern unterscheidet. Auch in wertebezogenen und gesellschaftspolitischen Fragen treten die Rechtspopulisten nicht durchweg antiliberal auf. Geert Wilders hat mit der Gleichstellung der Frau und den Rechten sexueller Minderheiten ebenso wenig ein Problem wie Marine Le Pen. Dass sie diese liberalen Werte gegen die vermeintliche kulturelle Rückständigkeit der muslimischen Zuwandererbevolkerung „instrumentalisieren“, mag man als doppelbödig oder sogar heuchlerisch kritisieren, ändert aber nichts an dem Sachverhalt. Was den Linkspopulismus betrifft, trifft die Charakterisierung als antipluralistisch noch viel weniger zu, steht dieser doch auch in der Zuwanderungs- und Migrationspolitik mehrheitlich für offene, liberale Positionen.



Prof. Dr. Frank Decker lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn. Er befasst sich seit 25 Jahren mit Rechtspopulismus.

Fünf AfD-Zitate aus fünf Jahren

„Ich möchte vor einem Vielvölkerstaat warnen, ich kenne kein Beispiel für erfolgreiche Vielvölkerstaaten.“

Bernd Lucke, 2014

„Er [Grenzpolizist] muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz.“

Frauke Petry, 2016

„Im 21. Jahrhundert trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp.“

Björn Höcke, 2015

Die Entstehung der rechts-populistischen Parteienfamilie und der große Zuspruch werden von der Wissenschaft vor allem darauf zurückgeführt, dass wertbezogene, gesellschafts- und identitätspolitische Fragen in der heutigen Gesellschaft gegenüber den klassischen verteilungsbezogenen Auseinandersetzungen an Bedeutung gewonnen hätten. Hier liegt eine wichtige Erklärung für die gewachsene Polarisierung. Wertekonflikte sind im Unterschied zu Verteilungskonflikten moralisch hoch aufgeladen und als vorletzte oder letzte „Wahrheitsfragen“ nur bedingt kompromissfähig. In den USA lässt sich dieser Rigorismus etwa bei den militanten Abtreibungsgegnern beobachten, in Europa bei den „Skeptikern“ der Zuwanderung. Wer in der Abtreibung einen Verstoß gegen das göttliche Recht sieht oder wer glaubt, dass ein Land sich durch die Zuwanderung aus fremden Kulturkreisen selbst „abschafft“, der wird denen, die Abtreibungen zulassen und die Zuwanderung ermöglichen, wenig Toleranz entgegenbringen. Der politische Gegner gerät dann leicht zum Feind, dem man die moralische Integrität und damit zugleich die demokratische Legitimität grundsätzlich abspricht. Ein solcher Feind, dem die Legitimität abgesprochen wird, gehört dann nicht nur bekämpft, sondern muss am Ende ganz

ausgeschaltet werden. Dafür sind – folgt man diesem Gedankengang – jegliche, auch illegitime oder illegale, Mittel erlaubt.

Ursachen verstehen – Argumente bedenken

Solange die Herausforderer in der Oppositionsrolle verharren und ihre Unterstützung eine bestimmte kritische Schwelle nicht erreicht, mögen die demokratiefeindlichen Gesinnungen vielleicht keine ernsthafte Bedrohung darstellen. Gelangen die Populisten jedoch selbst an die Macht, dürften sie nicht zögern, ihren autoritären Neigungen nachzugeben und die Außerkraftsetzung der demokratischen Spielregeln zu betreiben. Dass solche Befürchtungen keineswegs aus der Luft gegriffen sind, zeigen die Entwicklungen in Ungarn und Polen – immerhin beide Mitglieder der Europäischen Union. Um der Gefahr einer demokratischen Regression vorzubeugen, ist es deshalb wichtig, zum einen die Ursachen des populistischen Wählerprotests zu verstehen und durch entsprechende Gegenmaßnahmen anzugehen. Zum anderen gilt es, in der Auseinandersetzung mit den potenziellen Demokratiefeinden die richtigen Rezepte zu finden.

Gerade Letzteres birgt freilich ein schwieriges Dilemma. Denn grenzt man die Parteien oder Akteure, die auf dem Kriegsfuß mit bestimmten demokratischen Prinzipien stehen, allein deshalb aus dem politischen Diskurs aus, grenzt man ja nicht nur deren Wähler gleichzeitig mit aus, sondern auch diejenigen kritischen bis systemoppositionellen Positionen, die bei aller Zuspitzung und Übertreibung auf möglicherweise bedenkenswerten Argumenten beruhen. Der an die Adresse des linksliberalen Mainstreams gerichtete Vorwurf, dass dieser seinerseits Denkverbote errichte und bestimmte Themen, Positionen oder Sprechweisen aus dem Meinungsstreit verbannt sehen möchte, hat durchaus Berechtigung. Das betrifft die Minderheitenpolitiken im Allgemeinen und die Migrationspolitik im Besonderen. Altbundespräsident Gauck dürfte mit seiner Forderung nach einer „Erweiterung der Toleranz in Richtung rechts“ genau dieses gemeint haben – und nicht eine Verschiebung der Grenzlinien zwischen einem noch demokratiekonformen Populismus und einem systemfeindlichen Extremismus, die manche Kritiker in seinen Äußerungen anschließend erblicken wollten.

In der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus wird es vor allem darauf ankommen, diese Trennlinie zwischen legitimem politischem Meinungsstreit und Missachtung des demokratischen Werte- und Verfahrenskonsenses so zu ziehen, dass die Herausforderer es sich nicht ohne Not in einer Opferrolle bequem machen können. Nur so können die von den Populisten adressierten Probleme in ihrer tatsächlichen Substanz erkannt und politisch bearbeitet werden. ▲

„Die deutsche Volksgemeinschaft ist krank und leidet unter einem Befall von Schmarotzern und Parasiten, welche dem deutschen Volk das Fleisch von den Knochen fressen.“

Thomas Göbel, 2017

„Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.“

Alexander Gauland, 2018

WIE DIE KIRCHE DIVERS WURDE

Eine systematisch-theologische
Spurensuche
Von Sarah Jäger

Es war vor einigen Jahren auf dem Frankfurter Christopher Street Day, der jährlichen Demonstration für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Intersexuellen und queeren Menschen. Neben dem schwulen Sportverein, dem lesbischen Chor und vielen queeren Bars und Clubs, die mit großen Feierwagen unterwegs waren, stehen sie: etwa zwanzig Männer und Frauen, die eine riesige Regenbogenfahne tragen. Es sind queere Pfarrer*innen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Sie geben an diesem Tag der faktischen Diversität evangelischer Kirche ein Gesicht.

Diese Sichtbarkeit wäre noch vor etwa zehn Jahren undenkbar gewesen. 1987 betitelte die Theologin Monika Barz ihr Buch zu lesbischen Frauen in der Kirche: „Hättest du gedacht, dass wir so viele sind?“¹ Kirche hat sich schwergetan mit sexueller Vielfalt, hat sich immer nur zögernd mit gesellschaftlichen Veränderungen im Bereich von Geschlecht, Begehren und Sexualität auseinandergesetzt. Diesem Wandel

im Bewusstsein und der Wahrnehmung der evangelischen Kirche und Theologie in den vergangenen dreißig Jahren soll im Folgenden nachgegangen werden. Sprechendes Beispiel dafür war etwa der breite und kontroverse Diskussionsprozess, den die Orientierungshilfe des Rates der EKD „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit: Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken“² im Jahre 2013 ausgelöst hatte, die das Leitbild der Ehe vorsichtig infrage stellt.

Dies verbindet sich mit der These, dass Diversität im Sinne einer würdigen Anerkennung von persönlicher Unterschiedlichkeit und Vielfalt im göttlichen Geschaffensein des Menschen wurzelt.

Begriffsbestimmung

Im Weiteren wird mit dem Begriff Diversität oder Diversity auf individuelle, soziale und strukturelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Menschen und Gruppen fokussiert. Als Zuschreibungen und Zugehörigkeitsaspekte wirken sie bis in persönliche Identitätsprozesse und unsere Integrität. Dabei lässt sich zwischen ganz verschiedenen Kategorien der Zuordnung und Unterscheidung differenzieren: Geschlecht, sexuelle Identität, aber auch Alter, Behinderung oder ethnische Zugehörigkeit (im Englischen *race*). Alle diese Merkmale sensibilisieren für die geschaffene Unterschiedlichkeit des Menschen.

¹ Monika Barz, Herta Leistner, Ute Wild, Hättest du gedacht, dass wir so viele sind? Lesbische Frauen in der Kirche, Kreuz Verlag, Stuttgart 1987.

² EKD-Orientierungshilfe „Zwischen Autonomie und Gemeinschaft“:

www.tinyurl.com/ekd-gemeinschaft; abgerufen am 22.10.2019.

³ Denkschrift zu Fragen der Sexualethik, erarbeitet von einer Kommission der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2. Aufl. Gütersloh 1971, S. 28.

⁴ A.a.O., S. 40.

⁵ Mit Spannungen leben. Eine Orientierungshilfe des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Thema „Homosexualität und Kirche“, EKD Texte 57, Hannover 1996.

Peter Dabrock, et al.:
Unverschämt – schön.
Sexualethik: evangelisch und lebensnah, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2015, 176 Seiten, 14,99 Euro.



Sarah Jäger: **Bundesdeutscher Protestantismus und Geschlechterdiskurse 1949–1971.** Eine Revolution auf leisen Sohlen, Verlag Mohr Siebeck, Tübingen 2020 (im Erscheinen).

Rechtlich wurde der Möglichkeit nicht-binärer Geschlechtszugehörigkeit im Jahr 2018 durch den Eintrag „divers“ im Geburtenregister Rechnung getragen.

Kirchliche Reaktionen und Auseinandersetzungen mit Diversität

Solche Veränderungsprozesse im Bereich von Geschlecht und Begehren wurden vom Protestantismus stets als Herausforderung erlebt, die Reaktionen darauf waren sehr unterschiedlich. Drei Veröffentlichungen sollen exemplarisch in den Blick genommen werden:

Die Denkschrift zu Fragen der Sexualethik von 1971 – die erste kirchliche Auseinandersetzung mit Sexualität im Nachkriegsprotestantismus – setzte sich vorsichtig mit Möglichkeiten der Gestaltung von Sexualität, zumindest auch vor der Ehe, auseinander, indem sie festhielt: „Daher fällt die Entscheidung in die Verantwortung der Partner, in welchem Abschnitt der Entwicklung ihrer Beziehung zur Ehe hin sie den Geschlechtsverkehr aufnehmen.“³ Die Binarität von Geschlecht und das sexuelle Bezogensein von Mann und Frau aufeinander wurden allerdings an keiner Stelle der Denkschrift infrage gestellt und Homosexualität als „sexuelle Fehlform“⁴ bezeichnet.

Die Diskurse um Homosexualität als Teil von Diversität nahmen in den 1990er Jahren weiter Fahrt auf. „Mit Spannungen leben. Eine Orientierungshilfe des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Thema ‚Homosexualität und Kirche‘“ von 1996 stellte zwar Ehe und Familie als Leitbilder in den Mittelpunkt, billigte aber anderen Formen des menschlichen Zusammenlebens zu, dass auch hier wichtige Elemente verantworteter Beziehungsgestaltung, wie Treue und Verbindlichkeit, verwirklicht werden können und sie daher Achtung und

Schutz verdienen.⁵ Diese Position wurde in kontroversen Diskursen weiterentwickelt zur teilweisen Möglichkeit kirchlicher Eheschließungen auch für gleichgeschlechtliche Paare.

Im Rahmen von Diversität ganz aktuell sind die Diskurse um Transsexualität. Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau hat dazu im März 2018 eine Broschüre vorgelegt, die viele persönliche Erfahrungen abbildet und einen Prozess der Auseinandersetzung mit diesem bisher kaum beleuchteten Thema – Transsexualität und Kirche – anstoßen möchte.

Ende gut – alles gut?

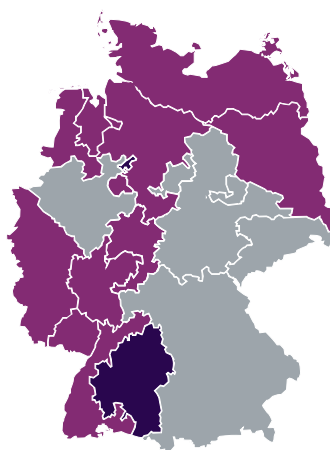
Evangelische Orientierung kann sich, möchte sie die Möglichkeiten verantworteter Entscheidungsfindung ernst nehmen, vor konkreter Lebensrealität von Menschen in der Gegenwart nicht verschließen. Zugleich gilt es, Sexualität und Geschlechtlichkeit als Gabe Gottes zu entdecken und zu würdigen, die es zu gestalten gilt. Dabei orientiert sich evangelische Ethik an der Bibel in der Gewichtung dessen, „ob sie Christum treibet“ (Martin Luther), und den kirchlichen Bekenntnisstraditionen in ihrer Polyfonie. Beide Orientierungsstränge bedürfen der steten Hermeneutik und Aktualisierung, sind sie selbst doch hochgradig zeitgebunden. In dieser immer neuen Auslegung des Evangeliums und dem Versuch, von der Liebe Gottes aus Orientierung auch in Fragen von Diversity bereitzustellen, ist Kirche bleibend aufgerufen und auf dem Weg. ▲



Dr. theol. Sarah Jäger

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e. V. (FEST) sowie am Institut für Diakoniewissenschaft und Diakonienmanagement der Kirchlichen Hochschule Wuppertal / Bethel.

Kirchliche Trauung oder Segnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in den evangelischen Landeskirchen



- Trauung für alle
- Segnung im öffentlichen Gottesdienst
- Nichtöffentliche Segnung der Partnerschaft

Quelle: www.evangelisch.de,
Stand: 23.09.2019



Für Gleichberechtigung:
In den Strand von Biarritz
malen Künstler vor dem
G7-Gipfel 2019 die Konterfeis
der teilnehmenden Staatschefs

VIELFALT IST NICHT SCHWER



**Militärische Kultur wird wesentlich
durch Vorschriften bestimmt.
Aber der gesellschaftliche Wandel
muss auf allen Ebenen der Organisation
mit Leben gefüllt werden**
Von Hartmut Stiffel

Der Wehrbeauftragte befasste sich 2018 mit 7298 Sachverhalten. Darunter:

Personalangelegenheiten aktiver Soldatinnen und Soldaten	2611
Disziplinarrecht, Rechtsverstöße	816
Versorgung, Soziales	744
Verwendungsplanung, Beurteilung, Beförderung	725
...	...
Diversity (darin enthalten):	102
• Frauen in den Streitkräften (Gleichstellungsfragen)	81
• Soldaten mit Migrationshintergrund	5
• Sexuelle Vielfalt	5

Quelle: Bericht des Wehrbeauftragten
für das Jahr 2018

In der Rückbetrachtung der Diskussionen um die Öffnung aller Laufbahnen in den Streitkräften für Frauen erinnere ich mich an die verschiedenen Argumente dafür und dagegen. Es wurden Berichte mit Erfahrungen aus anderen Streitkräften (z. B. Israel) dagegen zitiert und es wurde mit normativen Grundlagen dafür argumentiert. Wie diese Diskussion entschieden wurde, ist bekannt. Heute hat sich die Öffnung für Frauen in den Streitkräften in die Organisationskultur integriert.

Vielfalt ist im Grunde weder ein neues noch ein schwieriges Thema. In der Betrachtung stehen verschiedene Diversitätskategorien. Diese sind Alter, Religion, Geschlecht (Gender), ethnische Zugehörigkeit, sexuelle Orientierung und Behinderung.

Innerhalb der Bundeswehr sind die Bindung an das Grundgesetz – insbesondere die Artikel 1 bis 4 – sowie das Soldatengesetz und die gültigen Rechtsvorschriften für die zivilen Angehörigen der Bundeswehr die Grundlagen des täglichen Miteinanders.

Neben den bereits genannten normativen Grundlagen existieren die Lebenswelten der einzelnen Menschen mit den dort stattfindenden gesellschaftlichen Entwicklungen.

Bestimmte Rechte unterliegen gesellschaftlichen Entwicklungen und sind in der Nachbetrachtung nicht mit den normativen Grundlagen vereinbar. Ein prominentes Beispiel hierfür ist der § 175 des Strafgesetzbuches (StGB) mit der Strafbarkeit von Homosexualität, der in den 1990er Jahren des letzten Jahrhunderts aus dem StGB gestrichen wurde. Gesellschaftliche Entwicklungen waren und sind immer Teil der Organisationskultur der Bundeswehr. In Verbindung mit der damaligen Betrachtung der Thematik Homosexualität durch die Gesellschaft wurden homosexuelle Angehörige der Bundeswehr mit einem Dienstunfähigkeitsverfahren aus dem Dienst entfernt. Man musste also die sexuelle Orientierung negieren bzw. eine andere als eigene vortäuschen, um im Kameradenkreis akzeptiert zu werden.

Ein weiteres Beispiel für gesellschaftliche Veränderung und damit auch für die Bundeswehr ist die Öffnung aller Laufbahnen in den Streitkräften für Frauen nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes im Jahr 2001. Für den zivilen Anteil der Bundeswehr war dies im Übrigen relativ unproblematisch. Dort waren für Frauen alle Laufbahnen seit der Gründung der Bundeswehr geöffnet.

Das Gesetz

Für die Streitkräfte ist der Umgang mit diesen Veränderungen eindeutig. Im Soldatengesetz regelt der § 12 das Grundverständnis:

§ 12 SG – Kameradschaft

- 1 Der Zusammenhalt der Bundeswehr beruht wesentlich auf Kameradschaft.
- 2 Sie verpflichtet alle Soldaten, die Würde, die Ehre und die Rechte des Kameraden zu achten und ihm in Not und Gefahr beizustehen.
- 3 Das schließt gegenseitige Anerkennung, Rücksicht und Achtung fremder Anschauungen ein.

Die zivilen Angehörigen werden über die zentrale Dienstvorschrift A-2600/1 „Innere Führung. Selbstverständnis und Führungskultur“ miteingebunden. Dort heißt es in der lfd. Nr. 641:

- „Auf der Basis des Soldatinnen- und Soldaten-Gleichbehandlungsgesetzes sollen die Vorgesetzten sicherstellen, dass es bei den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nicht zu Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion, der Weltanschauung oder der sexuellen Identität für den militärischen Dienst kommt. Darüber hinaus ist es Aufgabe der Vorgesetzten sicherzustellen, dass schwerbehinderte Soldatinnen und Soldaten nicht wegen ihrer Behinderung benachteiligt werden.“

Weiter heißt es in der lfd. Nr. 502:

- „Die zivilen Angehörigen der Bundeswehr müssen sich bewusst sein, dass ihr Handeln vielfach die Rechte und Pflichten der Soldatinnen und Soldaten berührt. Damit bestimmen sie die innere Verfassung der Streitkräfte wesentlich mit und sind deshalb gehalten, ihr Handeln in gleicher Weise an den Grundsätzen der Inneren Führung auszurichten.“

Ein Ziel der Bundeswehr ist der wertschätzende Umgang miteinander – aber auch die Nutzung aller vorhandenen Potenziale im Sinne der Angehörigen der Bundeswehr und zum Nutzen der Organisation zur Erfüllung des durch das Grundgesetz vorgegebenen Auftrags.

„Warum also nicht neue unkonventionelle Wege gehen? Ein außergewöhnliches Beispiel hierfür hat jüngst die israelische Armee gezeigt. Sie hat autistische Personen eingestellt, um deren besondere Talente bei hochsensiblen Geheimdienstaufgaben etwa bei der Auswertung von Satellitenaufnahmen nutzen zu können. Eine Idee, die auch den Diversity-Gedanken mit Leben füllt.“

Quelle: Bericht des Wehrbeauftragten für das Jahr 2018

Potenziale nutzen

Die immer komplexere und volatile Sicherheitslage erfordert eine stärkere Nutzung der in der Gesellschaft vorhandenen Potenziale. Dazu bemüht sich die Bundeswehr, sich als attraktiver Arbeitgeber in Konkurrenz zur zivilen Arbeitswelt zu präsentieren und zu platzieren. In diesem Rahmen werden vermehrt auch Gruppen angesprochen, die sich die Bundeswehr bisher nicht unbedingt als Arbeitgeber vorstellen konnten. Dies schließt auch Gruppen mit ein, die im Rahmen von Migration seit der Gründung der Bundesrepublik bis heute nach Deutschland kamen. Betrachtet man zum Beispiel die religiöse Vielfalt bis in die 1990er Jahre des letzten Jahrhunderts, so hat sich dort einiges entwickelt. So sind heute neben Christen z. B. Muslime und Juden in der Bundeswehr zu finden. Diese Religionen benötigen ebenso wie Christen seelsorgliche Betreuung. Um vorhandene Seelsorgebedürfnisse abzudecken und dort attraktiv auftreten zu können, wurde die Zentrale Ansprechstelle für Soldatinnen und Soldaten anderer Glaubensrichtungen (ZASaG) geschaffen.

Ein prominenteres Beispiel für die Erschließung von neuen Potenzialen ist die Verpflichtung von Angehörigen des Sikhismus. Dies war in der Presse nachzulesen.

Das Ziel aller Bemühungen zum Umgang mit Vielfalt in der Bundeswehr ist die Schaffung eines Klimas der Akzeptanz und des gegenseitigen Vertrauens zur professionellen Erfüllung des Auftrags unter der Nutzung aller vorhandenen Potenziale.

Um dieses Ziel zu dokumentieren und als Zeichen von Transparenz unterzeichnete die Bundeswehr im Jahr 2012 die Charta der Vielfalt. Die Charta der Vielfalt ist auch ein Verein unter der Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin mit dem Ziel der Steigerung der Akzeptanz und der Umsetzung von Vielfalt in der Gesellschaft. In der Charta heißt es:

„Im Rahmen dieser Charta werden wir

- ▶ 1. eine Organisationskultur pflegen, die von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung jeder und jedes Einzelnen geprägt ist. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Vorgesetzte wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Werte erkennen, teilen und leben. Dabei kommt den Führungskräften bzw. Vorgesetzten eine besondere Verpflichtung zu.
- ▶ 2. unsere Personalprozesse überprüfen und sicherstellen, dass diese den vielfältigen Fähigkeiten und Talenten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie unserem Leistungsanspruch gerecht werden.
- ▶ 3. die Vielfalt der Gesellschaft innerhalb und außerhalb der Organisation anerkennen, die darin liegenden Potenziale wertschätzen und für das Unternehmen oder die Institution gewinnbringend einsetzen.
- ▶ 4. die Umsetzung der Charta zum Thema des internen und externen Dialogs machen.
- ▶ 5. über unsere Aktivitäten und den Fortschritt bei der Förderung der Vielfalt und Wertschätzung jährlich öffentlich Auskunft geben.
- ▶ 6. unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Diversity informieren und sie bei der Umsetzung der Charta einbeziehen.

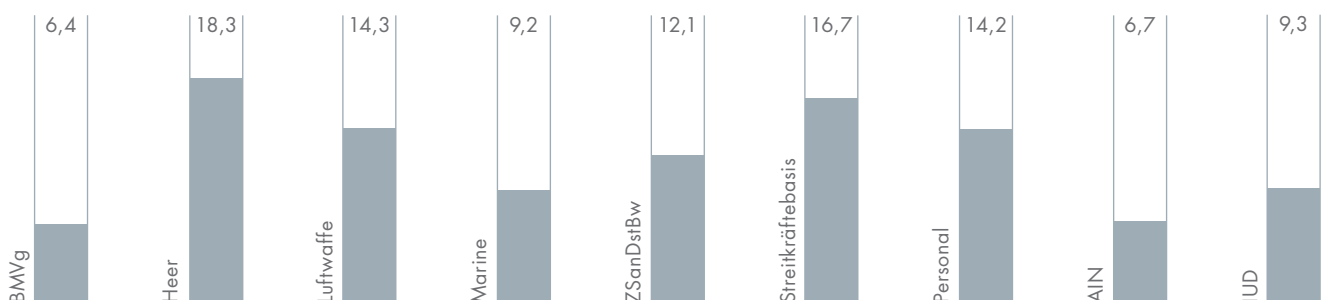
Wir sind überzeugt: Gelebte Vielfalt und Wertschätzung dieser Vielfalt hat eine positive Auswirkung auf die Gesellschaft in Deutschland.“ (Quelle: www.tinyurl.com/charta-vielfalt-wortlaut, abgerufen am 22.10.2019).

Hartmut Stiffel

arbeitet als Geograf in der
Zentralen Koordinierungsstelle
Interkulturelle Kompetenz am
Zentrum Innere Führung.



Beschäftigte mit Migrationshintergrund (in Prozent)



Legt man die Zentrale Dienstvorschrift A-2600/1 – Innere Führung – daneben, stellt man fest, dass man sich in den meisten Punkten nicht sicher sein kann, wer quasi von wem „abgeschrieben“ hat.

Die Situation zur Umsetzung des Umgangs mit Vielfalt in der Bundeswehr wird derzeit maßgeblich durch das Element Chancengerechtigkeit, Vielfalt und Inklusion gestaltet. Ein weiterer Teil des Elements ist die Antidiskriminierungsstelle der Bundeswehr.

Nicht nur Regeln, sondern auch ihren Sinn kommunizieren

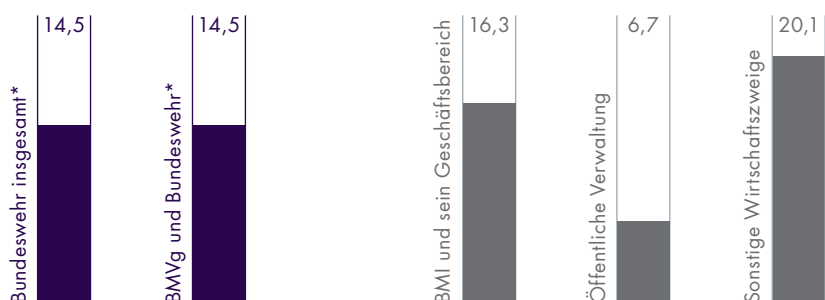
Das Element ist zuständig für die Personalgewinnung und die Konzeptionierung und Umsetzung von Vielfalt auf der strategischen Ebene. In den konzeptionellen Überlegungen wird die Umsetzung von Vielfalt in die Verantwortung der Vorgesetzten gelegt. Dies hat zur Folge, dass der Umgang mit Vielfalt ein Thema unter vielen bleibt. Eine sich permanent ändernde und anpassende Organisation, getrieben durch innere und äußere Treiber des Wandels, bedarf einer entsprechend angepassten Kommunikation innerhalb des Unternehmens. Dies bedeutet nicht nur, dass einzelne Ziele und Maßnahmen bekannt gegeben werden müssen, sondern auch, dass die Bedeutung für die Angehörigen der Bundeswehr kommuniziert werden muss. Ein Beispiel hierfür ist die Einführung muslimischer und jüdischer Seelsorger. Dabei handelt es sich nicht, wie es manchmal angesprochen wird, um eine besondere Behandlung, sondern um die Schließung einer „Fähigkeitslücke“ für einen bestehenden Bedarf.

Weiter gehört zur konsequenten Umsetzung der Strategie und Erreichung der gesetzten organisationalen Ziele neben dem Top-down-Approach der Bottom-up-Approach. Nur wenn beide Ansätze zusammenwirken, können Ziele erfolgreich erreicht werden. Dazu gehört vor allem, dass, wenn Maßnahmen und Ziele entwickelt, kommuniziert und vorgegeben werden, Fehlverhalten konsequent geahndet wird.

Man kann den Umgang mit Vielfalt durchaus als Ergänzung der bestehenden Antidiskriminierungsstrategie vor dem Hintergrund einer steigenden Vielfalt verstehen.

Vielfalts- oder Diversitymanagement wird in vielen Organisationen als Teil der Organisationsentwicklung und spezifischer als Teil des Personalmanagements gesehen. Man könnte auch sagen, dass es um die wirtschaftliche und politische Gleichstellung benachteiligter Gruppen und Umgestaltung bzw. Weiterentwicklung vorhandener Strukturen geht.

Beim Thema Quoten schlagen die Emotionen sehr schnell sehr hoch.



Quelle: Streitkräfteamt, Erhebung von 2015
*Zahlen hochgerechnet

Zur Weiterentwicklung gehört auch die Kommunikation mit und die Sensibilisierung für Gruppen, die nicht im Fokus stehen. Dazu wird am Zentrum Innere Führung in Koblenz die Zentrale Ansprechstelle für den Umgang mit Vielfalt (ZAVi) eingerichtet.

Damit soll die Kommunikations- und Vermittlungslücke der Bedeutung für den Umgang mit Vielfalt geschlossen werden. Hierbei steht nicht die strategische, sondern die Arbeitsebene im Fokus.

Vorgesetzte sollen in der Vermittlung der Sinnhaftigkeit des Umgangs mit Vielfalt unterstützt werden. Man könnte es auch Vielfalt aller Truppen nennen.

Dabei ist die Verhinderung von Diskriminierung – sowohl negativer als auch positiver – eine der wichtigsten Tätigkeiten. Beim Thema Quoten schlagen die Emotionen sehr schnell sehr hoch und führen dazu, dass eine Gruppe, die in eine Quotenregelung fällt, sehr schnell Ablehnung erfährt. So wurden und werden Frauen häufig mit dem Vorurteil eines vermeintlichen Quotenvorteils konfrontiert. Die damit konfrontierten Frauen reagieren genervt. Sie wollen und werden nach Eignung, Leistung und Befähigung betrachtet.

Manchmal bleiben aber immer noch ein paar Fragen im Raum stehen, wie z. B. warum das Element Chancengerechtigkeit, Vielfalt und Inklusion in naher Zukunft zum vierten Mal in Folge von einer Frau geleitet wird? Eine Überbetonung bestimmter Aspekte kann sehr schnell das Gegenteil der intendierten Wirkung erzeugen, nämlich Ablehnung.

Ein Beispiel hierfür ist die Thematik Gender, die in der Truppe meistens auf ein paar Begriffe reduziert wird: Quote, Gleichstellung und Anpassung der Sprache. Die tatsächliche Bedeutung von Gender, vor allem im militärischen Kontext, wird nicht oder nur in Ausnahmefällen vermittelt.

Dass Gender im militärischen Kontext Bezüge zur VN-Resolution 1325 aus dem Jahr 2000 hat und dass damit auch Ziele verknüpft sind, die im zivilen Umfeld so keine Rolle spielen, ist wenig bekannt. Ein Beispiel ist die Erhöhung des Frauenanteils in VN-Einsatzkontingenten der jeweiligen Nationen. Gemeint sind alle Organisationen (militärisch und nichtmilitärisch), die im Rahmen einer VN-Mission tätig sind. Hierzu hat sich Deutschland ebenfalls verpflichtet.

Zusammenfassung:

Für die Angehörigen der Bundeswehr sind Vielfalt und der Umgang damit eine Selbstverständlichkeit, die Teil des beruflichen Selbstverständnisses ist.

Die hohe Kunst besteht darin, die angesprochenen Themen der Vielfalt weder über- noch unterzubetonen. Wandel muss kommuniziert und gelebt werden. Dabei sind alle Angehörigen „mitzunehmen“ – und eben nicht nur das Führungspersonal.

Dies bedingt auch den Perspektivwechsel von der strategischen hin zur persönlichen Ebene aller Angehörigen der Bundeswehr, um damit möglicherweise einhergehenden sozialen Spannungen und Diskriminierungen entschieden entgegenzutreten.

Gelingt es, alle Angehörigen der Bundeswehr zu erreichen, ist dies ein großer Schritt zur Normalisierung im Umgang mit Vielfalt hin zu einem respektvollen und professionellen Miteinander im Sinne des Auftrags der Bundeswehr. ▲



Artikel 3 GG

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

SICHERHEITS- POLITIK

Der britische Premierminister Boris Johnson, Brexit-Befürworter der ersten Stunde (o.);
Ortsgrenze von Free Derry, zwischen 1969 bis 1972 selbst ernannte autonome Region
Nordirlands und lange Schauplatz gewalttätiger Auseinandersetzungen (u.)



FRIEDEN HAT PARTNER IM BMVg

**Über die Etablierung eines Dialogs zwischen
Ministerialbeamten und Friedensforscher*innen**
Von Claudia Baumgart-Ochse

Wenn die Herausgeberinnen und Herausgeber des Friedensgutachtens jährlich im Frühsommer zur Präsentation des neuen Gutachtens im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) erscheinen, treffen sie auf gut vorbereitete Gesprächspartner: Notizen, bunte Anstreichungen und Lesezeichen zieren die Ausdrücke von Stellungnahme und Kapiteln, die vor den Mitarbeitern des BMVg auf den Tischen liegen. Und entsprechend sachorientiert, detailreich und engagiert ist der Austausch zwischen den Herausgeberinnen und Herausgebern der vier beteiligten Friedens- und Konfliktforschungsinstitute und den Vertretern des BMVg.

Ein Austausch, der erst seit wenigen Jahren stattfindet: Was im Sommer 2014 im kleinen Rahmen begann, ist inzwischen ein fester und gut besuchter Termin bei der jährlichen Präsentation des Friedensgutachtens in Berlin. Überraschen mag beim Dialog mit den „Verteidigern“, dass bei vielen Themen durchaus Einigkeit besteht zwischen Friedens- und Konfliktforscherinnen und -forschern und den Mitarbeitern verschiedener Referate aus der Abtei-



Ein deutscher Fallschirmjäger der MINUSMA sucht 2018 auf der Strecke zwischen Gao und Gossi in Mali nach Sprengsätzen (IEDs)

lung Politik des BMVg; zugleich bietet das Friedensgutachten bei vielen Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik auch Stoff für Diskussion.

Sowohl 2018 als auch 2019 war beispielsweise die Stabilisierungspolitik der Bundesregierung ein zentrales Thema im Friedensgutachten – und die Forscherinnen und Forscher zogen eine sehr kritische Bilanz: Die aktuelle Politik der Stabilisierung, un-

ter der westliche Staaten und internationale Organisationen ihre militärischen, polizeilichen, diplomatischen und entwicklungspolitischen Interventionen in Gewaltkonflikte bündeln, richte sich in erster Linie auf die Stärkung staatlicher Sicherheits- und Verwaltungsorgane. Diese Politik sei jedoch kontraproduktiv. Denn: Die Belange der Bevölkerung in Konfliktgebieten würden zu wenig berücksichtigt. Daher muss



Dr. Claudia Baumgart-Ochse
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Redaktionsleiterin des Friedensgutachtens.

nach Ansicht der Herausgeberinnen und Herausgeber die Stabilisierungspolitik neu überdacht werden. Ein Stabilisierungsansatz, der die Regierung als Partner stärkt, obwohl diese hauptverantwortlich für bestehende Instabilität ist, könne nicht erfolgreich sein. Die Zusammenarbeit mit Staaten wie Mali müsse daher neu ausgehandelt und durch eine Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und mit lokalen Gemeinschaften ergänzt werden.

Analysen und Ratschläge

Kontrovers diskutiert wurden bei der Präsentation 2019 noch weitere Themen – beispielsweise die Beteiligung der Bundeswehr an Einsätzen der Vereinten Nationen, die Krisenregionen stabilisieren oder Konflikte beenden sollen, die aber häufig von Widersprüchen und Zielkonflikten gekennzeichnet seien; oder die Politik der Bundesregierung im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Das Friedensgutachten begrüßt ausdrücklich den derzeitigen Rüstungsexportstopp nach Saudi-Arabien. Er müsse eine dauerhafte Abkehr von deutschen Waffenexporten in autoritäre Staaten und in Spannungsgebiete einleiten. Deutschland solle darüber hinaus in der EU und im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) für ein Waffenembargo gegen alle Kriegsparteien im Jemen eintreten und generell die multilaterale Rüstungskontrolle stärken.

Das Friedensgutachten wird seit 1987 herausgegeben. 2018 erschien es erstmals in neuer Konzeption und neuer Gestaltung. Expert*innen-Teams aus den beteiligten Instituten – Bonn International Center for Conversion (BICC), Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) und Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) –

Nach Ansicht der Herausgeberinnen und Herausgeber muss die Stabilisierungspolitik neu überdacht werden

analysieren den aktuellen Stand des weltweiten Konfliktgeschehens und der Friedens- und Sicherheitspolitik in fünf jährlich wiederkehrenden Themenfeldern: Bewaffnete Konflikte, Nachhaltiger Frieden, Rüstungsdynamiken, Institutionelle Friedenssicherung und Transnationale Sicherheitsrisiken. In einem sechsten Kapitel – dem Fokus – wird ein jeweils aktuelles Thema ausführlich untersucht. 2019 war dies die Krise der globalen Nuklearordnung. Die Stellungnahme der Herausgeberinnen und Herausgeber – also der Leitungen der vier Institute – greift die wichtigsten Ergebnisse der Analysen auf und gibt konkrete Empfehlungen für die deutsche Politik. 2019 lautet die zentrale Empfehlung, neue Partner für eine innovative und tatkräftige Friedenspolitik zu gewinnen – nicht zuletzt angesichts des Rückzugs der USA aus vielen multilateralen Abkommen und Verpflichtungen. Deutschland müsse neue strategische Bündnisse schmieden, um zu verhindern, dass die Staatengemeinschaft auseinanderfällt und internationale Regeln weiter geschwächt werden. Diese Partner könnten Staaten sein, mit denen Deutschland strategische Allianzen bildet, um konkrete Initiativen voranzubringen. Zugleich gehörten bestehende Partnerschaften auf den Prüfstand – beispielsweise sogenannte Migrations- und Mobilitätspartnerschaften mit autoritären Regimen, wenn sie selbst zu Repression und Menschenrechtsverletzungen beitragen.

Die Herausgeberinnen und Herausgeber stellen das neue Friedensgutachten jeweils nach Erscheinen in Berlin vor: in der Bundespressekonferenz, in den Fraktionen des Bundestages, in einschlägigen Ministerien, im Bundeskanzleramt und im Bundespräsidialamt. Das Friedensgutachten kann online unter www.friedensgutachten.de kostenlos heruntergeladen werden. ▲



In Syrien: Ein kurdischer Kämpfer schaut 2015 auf die vom IS zurückeroberte Stadt Kobane. Im Oktober 2019 haben syrische und russische Kräfte Kobane eingenommen

STRATEGIEN SIND NICHT IN STEIN GEMEISSELT

**Warum Deutschland mit dem
gesamtstaatlichen Ansatz
sicherheitspolitisch mehr Verantwortung
übernehmen kann und muss**

Von Martin Lammert

Die Welt scheint zunehmend unfriedlicher, rauer zu werden. Ob sie „... aus den Fugen ...“ geraten ist, wie der heutige Bundespräsident und damalige Bundesaußenminister Frank Walter Steinmeier formulierte, liegt sicherlich in den Augen des Betrachters, beziehungsweise des Analytikers. Allerdings reichen die Konfliktlinien heute in der Tat von Afghanistan bis nach Osteuropa in die Ostukraine, von Syrien, Irak und dem Jemen in einem Krisenbogen entlang der nordafrikanischen Staaten, einschließlich Mali, bis hin zu der aktuellen Frage, wie in Hongkong die Meinungsvielfalt und damit der innere Frieden insgesamt erhalten werden kann.

Der Bundesrepublik Deutschland kommt als Mittelmacht im Herzen Europas eine besondere Verantwortung zu, ja, sie muss Verantwortung in dieser unsicheren Welt übernehmen. Dazu hat sich die Bundesregierung im Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr 2016 verpflichtet: Deutschland muss selbstverständlicher und sichtbarer Verantwortung übernehmen – nicht nur in Europa, sondern weltweit.



**Martin Lammert,
Oberstleutnant i. G.,**

ist Dozent für Sicherheitspolitik und Strategie an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Zuvor war er bei der NATO in Brüssel tätig und im Verteidigungsministerium Teil der Projektgruppe Weißbuch 2016.

Neben der Tatsache, dass Sicherheitspolitik in Deutschland wieder mehr Beachtung erfahren und zudem strategisches Denken für eine langfristige staatliche Daseinsvorsorge als zwingende Notwendigkeit erkannt und anerkannt werden muss, gilt folgender Befund: Die Bundesregierung muss den gesamtstaatlichen Ansatz weiter vorantreiben und diesen in naher Zukunft zu einer Selbstverständlichkeit des Regierungshandelns werden lassen.

Es geht nicht ums Ob, sondern ums Wie

Es sind fragile Staaten wie Syrien, Irak oder Mali, in denen Staatlichkeit abnimmt, in denen Staatszerfallskriege wüten, die ganze Regionen destabilisieren und den dort lebenden Menschen die Existenzgrundlagen rauben. Für die Bundesregierung bedeutet das, ihre krisenpolitischen Aktivitäten und die Entwicklungszusammenarbeit an den wechselnden Anforderungen auszurichten. Die Auswirkungen der beschriebenen Krisen und Konflikte reichen inzwischen an die Grenzen Europas heran und setzen das europäische Projekt unter Druck. Es sind vor allem die globalen

Flucht- und Migrationsbewegungen, die inzwischen auch für uns Deutsche spürbar sind und uns verunsichern.

Der gesamtstaatliche Ansatz im Internationalen Krisenmanagement ist ein probates Mittel, diese Herausforderungen anzugehen. Reagieren muss allerdings stärker in Agieren umgewandelt werden. Dabei geht es längst nicht mehr um die Frage, ob der gesamtstaatliche Ansatz angewandt und umgesetzt werden muss, sondern es geht klar und deutlich um die Beantwortung der Frage, wie ein Mix aus diplomatischen, entwicklungspolitischen und militärischen Mitteln wann, wo und in welchem Umfang fein aufeinander abgestimmt eingesetzt werden kann und muss. Ziel ist es, einen bewaffneten Konflikt zu beenden, die zur Rede stehende Region zu stabilisieren und schließlich dauerhafte Stabilität zu schaffen, möglichst mit einem lokalen „Gesicht“. Um das zu erreichen, muss Krisenfrüherkennung noch eher ansetzen, müssen Krisen und Konflikte noch stärker als bisher „gelesen“, ja, verstanden werden, um den zuvor genannten Mix in der geeigneten Dosierung zusammenzusetzen.

Die Bundesregierung verfügt über einige Erfahrung im Internationalen Krisenmanagement (IKM): In Afghanistan, aber auch bei der Bekämpfung der Ebola-Epidemie in Westafrika wurde das Zusammenwirken verschiedener Instrumente einer intensiven Probe unterzogen. Im Nahen und Mittleren Osten arbeiten unterschiedliche Akteure mit unterschiedlichen Instrumenten an einem gemeinsamen Ziel: Die Entwicklungszusammenarbeit wirkt sich in Syrien und den angrenzenden Staaten aus, die Bundeswehr ist auch weiter-

hin aktiv in Jordanien im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat. Das Mandat „Counter Daesh“ des Deutschen Bundestages steht Ende Oktober 2019 (nach Redaktionsschluss) zur Verlängerung an. In Mali ergänzen konkrete entwicklungspolitische Maßnahmen und Projekte die europäische Ausbildungsmission EUTM Mali, an der auch deutsche Soldaten beteiligt sind. Die Vereinten Nationen sind durch die MINUSMA-Mission prominent in einer gemeinsamen Mission von Soldaten, Polizisten und zivilem Personal vertreten.


Auch Beraten ist militärisches Engagement

Gleichzeitig geben die Konzeption der Bundeswehr (KdB) und das neue Fähigkeitsprofil auch die Rückorientierung auf Landes- und Bündnisverteidigung, auf klassische, konventionelle Szenarien vor. Trotzdem sind Streitkräfte nicht mehr nur auf den reinen Kampf zu reduzieren. Die Ausbilder- und Beratertätigkeiten machen schließlich heute einen umfangreichen Anteil am militärischen Engagement aus. Dies ist in Afghanistan, Irak, und auch Mali prominent der Fall. Andererseits begleitet militärisch-robustes Engagement häufig die zivilen, gerade die entwicklungspolitischen Instrumente, schafft die Voraussetzungen, dass zahlreiche Nichtregierungsorganisationen ihre Arbeit machen können. Diese sind darauf angewiesen, dass Streitkräfte bei Bedarf die grundlegende und notwendige Sicherheit für ziviles Engagement herstellen. Der Einsatz von Streitkräften verschafft wertvolle Zeit für diplomatische Lösungen. Er schafft aber auch die Voraussetzungen, damit sich Stabilität, Sicherheit, Vertrauen und Entwicklung entfalten und etablieren können.

Und ja, es ist richtig: Deutschland übernimmt bereits Verantwortung im internationalen Krisenmanagement. Allerdings: Es dürfte schon ein wenig mehr sein. Deutlicher, sichtbarer, stärker an deutschen sicherheitspolitischen Interessen ausgerichtet. Deutschland muss mehr internationale Verantwortung übernehmen, um seiner Relevanz nachzukommen und dadurch auch relevant zu bleiben. Um diese Verantwortungsübernahme, auch in der Führung, wirkungsvoll zu gestalten, müssen das gesamtstaatliche Instrumentarium und die Sicherheitsarchitektur so weiterentwickelt werden, dass sie in einem tiefgreifend veränderten Sicherheitsumfeld bestehen können. Die Bundeswehr als eines dieser Instrumente muss über ein umfassendes Fähigkeitspektrum verfügen, um ihre gleichrangigen Aufgaben erfüllen zu können – von der Landes- und Bündnisverteidigung über den Heimatschutz bis zum internationalen Krisenmanagement und der Ertüchtigung von Partnern.

Von Anfang an alles mitdenken

Es ist ein scheinbares Paradoxon, das da lautet: Strategisch zu handeln, bedeutet, unter den Bedingungen des aktuellen und absehbar auch des künftigen Sicherheitsumfelds flexibel zu sein. Es handelt sich dabei allerdings nur vordergründig um ein Paradoxon, denn tatsächlich war, ist und wird es einer der zeitlosen Grundsätze strategischen Handelns sein: Strategien sind nicht in Stein gemeißelt, sondern müssen anpassungs- und wandlungsfähig sein, dabei aber immer im Blick behalten, wie sich veränderte Strategien auf die Ziele und die verfügbaren Mittel auswirken. Anders ausgedrückt: Bei aller Flexibilität muss gewährleistet sein, dass Zweck, Ziel und Mittel im Verhältnis stehen.

Für Deutschland geht es darum, gesamtstaatlich noch konsequenter und koordinierter zu handeln und den Einsatz von Streitkräften von Beginn an mitzudenken. Ziel ist und bleibt eine vorausschauende Sicherheitspolitik, in der das internationale Krisenmanagement ein wesentlicher Pfeiler ist. Die Herausforderungen unserer Zeit verlangen danach. Wir müssen uns bewusst machen: Für Frieden und Sicherheit gilt es aktiv einzutreten, gilt es selbstbewusst und entlang deutscher Interessen Verantwortung zu übernehmen. Das geht am besten mit einem gesamtstaatlichen Ansatz, für den einsatzfähige, gut ausgerüstete, mobile und interoperable Streitkräfte die Voraussetzung sind. 

FRIEDENS-ETHIK

Hunderte Afghanen marschieren im Februar 2018 in dem von Unruhen geplagten Distrikt Nad Ali für Frieden. Die Demonstranten fordern die Taliban auf, ihre Kämpfe einzustellen und den Dialog mit der Regierung zu suchen



BRÜCKEN ZUM FEIND

Frieden beginnt im Krieg. Die Wissenschaft entdeckt die Notwendigkeit von Versöhnung – weit über formale Waffenstillstandsabkommen hinaus. Wie sieht ein versöhnungsfördernder Auslandseinsatz aus?

Von Martin Leiner



Beschwerlicher Gang: Die serbische Artillerie überkreuzt während des Ersten Weltkriegs auf einer hölzernen Behelfskonstruktion die Save

Versöhnung ist der neue Ansatz zum Thema Frieden. Obwohl seine Wurzeln unter anderem in Deutschland liegen, ist der Versöhnungsansatz hierzulande noch relativ unbekannt und wird auch leicht missverstanden. Deshalb erst ein paar Sätze zu diesem neuen, auch für Soldaten bedeutungsvollen Ansatz. Anders als frühere Versöhnungsaktivitäten sieht der neuere Versöhnungsansatz die Zusammenarbeit mit Militär und Soldaten als unverzichtbar und sehr vielversprechend an. Militäreinsätze werden von den meisten Vertretern dieses Ansatzes nicht abgelehnt, sondern als Mittel zur Selbstverteidigung, zur Verhinderung schwerster Menschenrechtsverletzungen und als manchmal nötiger Schritt zur Überwindung

von Gewalt anerkannt. Ferner ist der Versöhnungsansatz auch nicht mehr exklusiv religiös, christlich oder jüdisch verwurzelt, sondern wird von Atheisten, Buddhisten, Muslimen, Baha'i-Hindus, im Grunde von Vertretern aller Religionen mit Begründungen aus ihrer Tradition vertreten.

Versöhnung als internationale Aufgabe

UN und OSZE sprechen zunehmend von Versöhnung. Bereits die Agenda for Peace des UN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali von 1992 beschrieb in Grundzügen ein Versöhnungsprogramm als notwendige Aktivität nach Gewaltkonflikten. Die Generalversammlung der UN hat dann 1999, dem Versöhnungsansatz sehr



Brücke vom Feind – Brücke zum Feind: In Serbien ist man heute noch froh über die Save-Brücke, die die Deutschen im Zweiten Weltkrieg bauten

ähnlich, eine Kultur des Friedens gefordert. Die Diskussionen gehen weiter, und es sind Verlautbarungen zur Versöhnung aktuell in Vorbereitung.

Die OSZE war immer schon einem relativ integrativen Ansatz verpflichtet. Sie hat jüngst im Dezember 2018 in Wien einen Text vorgestellt: „Religion and Security Building in the OSCE Context“, in dem Versöhnung eine wichtige Rolle spielt. Auch wissenschaftlich wird Versöhnung als Ansatz weiterentwickelt. Universitäten in den USA, in Irland, Großbritannien, Südafrika, Japan und Israel forschen seit den 1990er Jahren zu Versöhnungsprozessen. 2018 schlossen in Jena 20 Universitäten aus dem Nahen Osten und Nordafrika eine Allianz zum Aufbau von Versöhnungs-

forschung in dieser Region. 2020 wird die Weltgesellschaft für Versöhnungsforschung gegründet werden. In Deutschland gibt es bisher erst ein Zentrum für Versöhnungsforschung, das JCRS in Jena; möglicherweise kommt die Universität Bonn im nächsten Jahr hinzu.

Was ist Versöhnung?

Der Versöhnungsansatz geht davon aus, dass zahlreiche Maßnahmen auf sehr unterschiedlichen Ebenen nötig sind, um in Krisengebieten die dort herrschende Kultur, Wirtschaft und Psychologie der Gewalt und des Konflikts zu überwinden. Es geht bei Versöhnung darum, Verhandlungen, Sicherheitskräfte, Wirtschaft, Recht, internationale Akteure, aber auch Erziehung,

Begegnungen zwischen verfeindeten Gruppen, Entschuldigungen für vergangenes Unrecht, Erinnerungsorte, Traumatherapien, die Kooperation mit religiösen Organisationen und ihren Leitern, Wahrheits- und Versöhnungskommissionen, traditionelle Aktivitäten der Entwicklungspolitik, Veränderung der Medien und einiges mehr in einer für den Konflikt passenden Weise zusammenzubringen.

Versöhnung wird deshalb verstanden als Langzeitprozess mit dem Ziel, beginnend inmitten von Kriegen, Bürgerkriegen, Völkermorden und schweren Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibungen, Apartheid oder Kolonialismus, „normale“ und wenn möglich gute, vertrauensvolle Beziehungen zwischen den Gruppen und Menschen wiederaufzubauen. Die Versöhnung mit dem anderen, mit sich selbst und mit dem Leben und seinen Grenzen und unwiederbringlichen Verlusten sind dabei drei Dimensionen, die stets Hand in Hand gehen.

Aus welchen Erfahrungen entstand der Versöhnungsansatz?

Der Versöhnungsansatz entstand in den 1990er-Jahren. Er zieht die Konsequenzen aus den Erfahrungen seither. Negative Erfahrungen wurden gemacht, als Friedensabkommen ohne Bearbeitung der Vergangenheit und ohne Veränderung der Kultur scheiterten, selbst wenn UN-Truppen im Land waren. Dies war mit dem Arusha-Abkommen von 1993 der Fall, das geradezu zum Völkermord an den Tutsi in Ruanda führte. Das Oslo-Abkommen konnte nicht umgesetzt werden, weil Teile der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung nicht bereit waren für den Frieden. Auch die Wiedervereinigung Zyperns scheiterte an der

Opposition der Bevölkerung im Südteil der Insel. Amerikanische und israelische Forscher bildeten den Begriff des „intractable conflict“ (deutsch: „unteilbarer Konflikt“), um zu beschreiben, dass Konflikte nicht durch Verhandlungen, rechtliche Regelungen und Militär allein gelöst werden können.

Positive Erfahrungen mit Versöhnung wurden in Deutschland, Chile, Südafrika, Tschechien, Ruanda und Nordirland gemacht. Deutschland steht für eine langjährige Versöhnungspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg – insbesondere mit Ländern wie Israel, Frankreich, Polen und neuerdings auch Griechenland. Im Zusammenhang der Wiedervereinigung wurde deutlich, dass ohne diese Politik die internationale Zustimmung und das Vertrauen in ein starkes und friedfertiges Deutschland unmöglich gewesen wären.

Chile berief 1990 die erste Versöhnungskommission weltweit und schaffte den Wandel zu Demokratie und Menschenrechten unter äußerst schwierigen Rahmenbedingungen. Südafrika stand vor einem Bürgerkrieg und konnte durch die gemeinsame, von Nelson Mandela und Frederik de Klerk geleitete Versöhnungspolitik der Katastrophe entgehen. Tschechien und die Slowakei trennten sich einvernehmlich, wurden 1993 selbstständige Staaten und gaben der Welt ein Beispiel, dass versöhnliche Trennungen Gewaltkonflikte verhindern. Nach dem Völkermord 1994 gelang es Ruanda durch eine Versöhnungspolitik, das Land zu einem der sichersten und wirtschaftlich erfolgreichsten in Afrika zu machen. Der Nordirlandkonflikt, einer der längsten Gewaltkonflikte in Europa, konnte durch das Karfreitagsabkommen 1998 beendet werden. Damit sind wir schon bei den Beispielen.



Prof. Dr. Martin Leiner

ist Professor für Systematische Theologie mit Schwerpunkt Ethik an der Universität Jena und leitet das Jena Center for Reconciliation Studies (JCRS).

Amerikanische und israelische Forscher bildeten den Begriff des „intractable conflict“ (deutsch: „unteilbarer Konflikt“), um zu beschreiben, dass Konflikte nicht durch Verhandlungen, rechtliche Regelungen und Militär allein gelöst werden können.

„Er kam als Besatzer und er ging als Freund“ – Versöhnung zwischen Besatzungsarmee und Bevölkerung

„Er kam als Besatzer und er ging als Freund“; dieser Satz steht auf einer Brücke über den Inn in Innsbruck und bezieht sich dort auf Marie Émile Antoine Béthouart, den leitenden General der französischen Besatzung Tirols nach dem Zweiten Weltkrieg. Besatzungen nach einem Krieg – und erst recht in einem Krieg – können so gestaltet werden, dass die Bevölkerung die Besatzer hasst; sie können aber auch so gestaltet werden, dass Achtung der Bevölkerung und manchmal auch Vertrauen und Freundschaft entstehen. Das ist offensichtlich in Tirol gelungen.

Welches sind die Faktoren, damit eine Besatzung die Feindschaft nicht noch schlimmer macht, sondern Schritte zur Verbesserung der Beziehungen und somit zur Versöhnung einleitet? Zum einen sind es die Bedürfnisse der Bevölkerung. Ein Krieg hat die Bevölkerung oft in materielle Notlagen gebracht. Es fehlt an Häusern, Nahrung und Brennmaterial. Brücken und Verkehrswege sind zerstört. Besatzungsarmeen haben oft die Möglichkeiten, der Bevölkerung zu helfen. Wenn Besatzungsarmeen, statt Lebensmittel zu konfiszieren, den Menschen in ihrem Überlebenskampf helfen, entstehen erste Brücken von Vertrauen.

Um ein persönliches Beispiel zu nennen: Selbst in Ländern, in denen die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg schwere Kriegsverbrechen begangen hat, erinnert

man positiv den Bau von Brücken und Straßen. Ich konnte das in Belgrad kurz nach dem Bosnienkrieg erfahren, wo man bis heute froh ist über eine Brücke, die die Deutschen im Krieg gebaut haben. Ich hatte nach der Brücke gefragt, auf der sich die Protestbewegung gegen die Luftangriffe der NATO gesammelt hatte. Mein Gesprächspartner zeigte mir aber erst eine andere Brücke, die 430 Meter lange Save-Brücke, und sagte, sie sei so stabil und nützlich für die Stadt und so gut gebaut von den deutschen Besatzern im Zweiten Weltkrieg. Man habe sie lange „die deutsche Brücke“ genannt. Glücklicherweise verzichteten deutsche Soldaten beim Rückzug 1944 darauf, die Brücke zu sprengen.

Ähnlich positiv sprach der Friedensforscher Johan Galtung bei der Feier seines 80. Geburtstages über die Straßen, die die Deutschen in Norwegen gebaut haben. Solche Aussagen erstaunten mich, machen aber auch klar, wie viel von Besatzungsarmeen falsch gemacht werden kann. Grundbedürfnisse, Infrastruktur, Sicherheit der Bevölkerung, Rechtlichkeit, Fairness, Entschuldigung für eigene Irrtümer und Fehler, vor allem Achtung der Einheimischen sind der Schlüssel für eine versöhnungsfördernde Besatzung, wie auch für einen versöhnungsfördernden Auslandseinsatz. Kasernierung von Soldaten und Kontaktverbote führen häufig zu Entfremdung, während persönliche Begegnungen, wenn sie möglich sind, in aller Regel auch zu positiven Beziehungen führen.

**Kriegsveteranen als Freunde –
ein Beispiel aus dem Falklandkrieg**

Die argentinischen Soldaten, die im Falklandkrieg kämpften, gingen von völlig falschen Voraussetzungen aus. Sie dachten, eine ihnen ähnliche Bevölkerung vorzufinden, die sie als Befreier bejubeln würde, keine Englisch sprechenden Schafzüchter. Aber auch die Engländer waren überrascht von den kleinen Pukará-Propellermaschinen, mit denen argentinische Piloten auf der winzigen Startbahn der Falklandinseln landeten – und starteten – und so nah an der Meeresoberfläche fliegen konnten, dass sie vom Radar nicht registriert wurden. Nach dem Ende des Krieges gab es Interesse aus dem Vereinigten Königreich, die Maschinen und die Piloten näher kennenzulernen, um zu erfahren, wie sie diese beeindruckenden Flüge durchgeführt haben. Auf diese Weise sind Freundschaften zwischen ehemaligen Feinden entstanden. Die Hochachtung für den anderen, seinen Mut und seine Leistungen und das positive Interesse am anderen können, wie dieses und viele andere Beispiele zeigen, eine Brücke für Versöhnung sein.

**Versöhnung und Empathie –
ein Forschungsprojekt mit Palästinensern
und Israelis**

Zum Abschluss möchte ich kurz von einem DFG-Forschungsprojekt berichten, das wir mit Palästinensern und Israelis in den Jahren 2013 bis 2019 durchgeführt haben. Wir wollten wissen, ob die Begegnung mit dem Leiden der anderen Gruppe die Bereitschaft zur Versöhnung fördern kann. Wir wählten Israelis und Palästinenser, weil in beiden Gruppen das Leiden der jeweils anderen Gruppe in der Schulbildung und in der Öffentlichkeit keinen Platz hat. Der Holocaust kommt in den palästinensischen Lehrplänen genauso wenig vor wie die Vertreibung der Palästinenser und ihr Leiden in den israelischen.

Reisen nach Auschwitz, Buchenwald, an ehemalige Wohnorte von Palästinensern und in Flüchtlingslager in der Nähe von Jerusalem führten zu unterschiedlichen Reaktionen der jeweils etwa 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Eine kleine Minderheit, etwa ein bis zwei Personen auf beiden Seiten, verweigerten sich der Erfahrung, verließen den Bus oder behaupteten, dass dies alles nicht wahr sei. Alle übrigen waren nach den Erfahrungen überzeugt, dass das Leiden stattfand und sehr schlimm war. Palästinenser weinten in Auschwitz und etwa 20 Prozent beteiligten sich sogar an Aktivitäten, die Wirklichkeit des Holocaust in der palästinensischen Gesellschaft mit Publikationen zu bezeugen. Bei den Israelis war die Reaktion ähnlich, nur weniger expressiv und organisiert. Es gab aber auch starke Gegenreaktionen von außerhalb. So verleumdete eine Zeitung in Palästina die Reise als von zionistischen Organisationen finanziert. Es gab Morddrohungen gegen den palästinensischen Professor, der seine Lehrtätigkeit eingestellt hat.

Während eine große Zahl von Teilnehmern des Projekts Empathie mit dem Leiden der anderen Gruppe empfand, hatten viele wenig Hoffnung auf einen Versöhnungsprozess im Heiligen Land. Sie fragten eher: Warum tun die Israelis uns das an, was wir jeden Tag erleben, wenn die Juden dies erleben mussten? Oder: Warum hören die Palästinenser nicht auf mit ihren Angriffen auf Israelis? Eine sehr große Zahl der Teilnehmer unterstrich die Zustimmung zur Identität der eigenen Gruppe, die durch diese Erfahrungen nicht gesunken sei. Empathie ist ein guter Schritt. Sie führt zu mehr Sympathie, weniger Angst und weniger Hass auf die jeweils andere Gruppe. Aber Empathie allein kann noch nicht den Wandel bringen. Versöhnung ist ein Projekt, das Maßnahmen auf vielen Ebenen verlangt und bei dem die Regierungen in Palästina und Israel sich für den Frieden entscheiden müssen. ▲

Empathie ist ein guter Schritt. Sie führt zu mehr Sympathie, weniger Angst und weniger Hass auf die jeweils andere Gruppe. Aber Empathie allein kann noch nicht den Wandel bringen.

DER ZAUN ZWISCHEN GLOBAL ZERO UND NUKLEARER TEILHABE STEHT IN BÜCHEL



Zum „Kirchlichen Aktionstag gegen Atomwaffen“ am 7. Juli 2019

Von Roger Mielke

Oberst Thomas Schneider, der Kommodore des Taktischen Luftwaffengeschwaders 33, war mit dem Motorrad gekommen und hatte sich unter die Teilnehmer des „Aktionstages“ gemischt – ohne Uniform, wie er berichtet, um besser die Stimmung wahrnehmen zu können. Zum zweiten Jahrestag der Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages hatte ein Bündnis von Friedensgruppen eingeladen und etwa 750 Menschen waren gekommen. Auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel lagern nach offiziell nicht bestätigten Informationen B61-Wasserstoffbomben. Büchel gilt daher schon seit Jahren als ein Symbolort des Protestes gegen Atomwaffen und auch gegen eine deutsche Sicherheitspolitik, die auf nukleare Teilhabe setzt.

Margot Käßmann, die frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland und prominentes Gesicht einer pazifistischen Friedensethik, predigte im ökumenischen Gottesdienst zur neutestamentlichen Bitte aus Lukas 1,79: „... und richte unsere Füße auf den Weg des Friedens“. Gerade wegen der vielfältigen Krisen der internationalen Ordnung gelte es, „sich nicht in eine Verantwortungslosigkeit ‚hineinschläfern‘ zu lassen!“. Vielmehr sollten die Kirchen in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis darauf hinarbeiten, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichne. Käßmann betonte aber auch: „Wenn wir heute hier gegen diese Waffen demonstrieren, ist das keine Demonstration gegen die Soldatinnen und

Soldaten der Bundeswehr und ihre Angehörigen.“ Aktionskünstler aus Jena hatten zwanzig mit Luft gefüllte Atombombenattrappen mitgebracht, die zum Abschluss des Aktionstages in sich zusammensanken und in Mülltonnen entsorgt wurden.

Hinter dem Zaun des Fliegerhorstes standen Soldaten und betrachteten das Treiben mit gemischten Gefühlen. Im vergangenen Jahr hatten Aktivisten Zäune durchgeschnitten und waren in die Liegenschaft eingedrungen. Oberst Schneider betont im Gespräch: „Die Proteste sind Teil einer lebendigen Demokratie. Wir haben mit unterschiedlichen Annäherungen das gleiche Ziel: dem Frieden zu dienen.“ Mit 90 Prozent der Protestierenden, besonders mit denjenigen aus der Region, stehe man in einer guten Verbindung. Problematisch sei es, wenn der Protest militant werde. Ein junger Soldat fragt: „Warum bringen uns die Friedensaktivisten in diese Situation, in der wir vom Hausrecht Gebrauch machen müssen?“

Der Aktionstag führt die Ambivalenzen vor Augen: Die Frage der atomaren Bewaffnung wird in Deutschland gegenwärtig wenig diskutiert. „Global Zero“ und nukleare Abrüstung scheinen angesichts der Krise der internationalen Ordnung gegenwärtig wenig realistisch. Evangelische Friedensethik wird das Anliegen wachhalten müssen. Allerdings: Auch eine pazifistische Friedensethik wird auf die politischen Fragen politische Antworten geben müssen. ▲



Militärdekan

Dr. Roger Mielke

leitet das Evangelische Militärpfarramt Koblenz III am Zentrum Innere Führung der Bundeswehr.

Berichte zum Aktionstag:

www.tinyurl.com/zsbw-buechel

www.tinyurl.com/zsbw-aktionstag

Die Predigt von Margot Käßmann:

www.tinyurl.com/zsbw-kaessmann

GERECHTER FRIEDEN VERZWEIFELT GESUCHT

**Kirchen als Akteure für gerechten Frieden in Simbabwe:
Die Dimension des christlichen Glaubens
ist allgegenwärtig**
Von Tim Kuschnerus

Die Männer tragen dunkle Anzüge und glänzende Krawatten oder die unterschiedlichsten Gewänder kirchlicher Würdenträger. Die Frauen bringen mit bunten, eleganten Kleidern oder dem roten Umhang der Gebetsfrauen mit weißem Kragen und weißer Kopfbedeckung Farbe in den Saal. Die Klimaanlage hat das fensterlose riesige Auditorium des Harare International Convention Center auf frische 19 Grad heruntergekühlt. Rund 500 Gäste warten an den runden Tischen nun schon fast zwei Stunden, dass das National Leadership Prayer Breakfast endlich anfängt. Die vier großen christlichen Dachverbände in Simbabwe haben am 6. Februar 2019 in bemerkenswerter ökumenischer Verbundenheit eingeladen: der protestantische Kirchenrat ZCC, die katholische

Bischofskonferenz ZCBC, der evangelikale Zusammenschluss EFZ und die Vereinigung der apostolischen, unabhängigen afrikanischen Kirchen UDACIZA. Mit dem groß angelegten Gebetsfrühstück soll der abgebrochene nationale Dialog zwischen Regierung und Opposition neu belebt werden. Wird Staatspräsident Emmerson Mnangagwa noch kommen? Oppositionsführer Nelson Chamisa ist immerhin schon da.

Versammelt sind außer den Kirchen etliche Regierungsvertreter sowie Politikerinnen und Politiker aller Parteien. Zahlreiche Geschäftsleute, Diplomatinen und Diplomaten, UN- und Nichtregierungsorganisationen sind ebenfalls im Raum. Endlich geht es los. In seiner Predigt thematisiert der Generalsekretär des ZCC, Kenneth Mtata, die Ge-

schichte der verfeindeten Brüder Jakob und Esau aus dem 1. Buch Mose. Daraus leitet er Wege zur Versöhnung ab, die später in der Fürbitte vertieft werden. Adressaten sind Staatspräsident und Oppositionsführer: Rauft euch zusammen, sprecht miteinander, findet endlich Lösungen für unser krisengeschütteltes Land! Beendet die Spaltung der Gesellschaft. Wir brauchen echten Dialog, und zwar nicht nur der Eliten in der Hauptstadt, sondern in der Breite und landesweit.

Schließlich sickert durch, dass Präsident Mnangagwa nicht kommt. Er hat seine Verteidigungsministerin geschickt, die eine nicht wirklich versöhnlich klingende Rede vorträgt. Anschließend unterstreicht auch der junge, charismatische Oppositionsführer Chamisa seinen Anspruch, die Mehrheit

der Stimmen bei der Präsidentschaftswahl im Juli 2018 gewonnen zu haben. Hat der große Aufwand für das Gebetsfrühstück überhaupt irgendwas gebracht? Vordergründig wohl nicht. Kundige Beobachter jedoch vertreten die Ansicht, dass allein die Tatsache, dass Regierung und Opposition gekommen sind und einander zugehört haben, einen großen Erfolg darstellt. Viele „Strippen“ mussten gezogen und Kontakte hergestellt werden, um Vertreter der beiden Lager in einen Raum zu bringen. So wurden Kanäle hergestellt, die weiterhin genutzt werden können. Allein schon dies dürfte Aufwand und Kosten rechtfertigen.

Ein Land kurz vor dem Bürgerkrieg

Nach 37 Jahren Allein- und Gewaltherrschaft von Staatspräsi-

Ökumene in Simbabwe:
protestantische, katholische,
evangelikale und apostolische
Würdenträger treffen sich
mit Politikern beim National
Leadership Prayer Breakfast



**„RAUFT EUCH ZUSAMMEN,
SPRECHT MITEINANDER,
FINDET ENDLICH LÖSUN-
GEN FÜR UNSER KRISEN-
GESCHÜTTELTES LAND!“**

Kenneth Mtata, Generalsekretär des ZCC



Tim Kuschnerus
ist evangelischer Geschäftsführer
der Gemeinsamen Konferenz
Kirche und Entwicklung
(GKKE).

dent Robert Mugabe und einer dramatischen Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage übernahm das Militär im November 2017 in einem weitgehend gewaltfreien Staatsstreich die Macht in Simbabwe. Im Vorfeld hatten die katholische Bischofskonferenz und der protestantische Kirchenrat in mutigen Hirtenworten zu nationalem Dialog und Versöhnung aufgerufen. Auch waren es die Kirchen, die nach der Machtübernahme des Militärs durch Stellungnahmen und Veranstaltungen eine Gegenöffentlichkeit hergestellt und zivilgesellschaftliche Initiativen für einen demokratischen Neuanfang des Landes vorangetrieben hatten. Aus den Wahlen im Juli 2018 ging der frühere Geheimdienstchef von Mugabe, Emmerson Mnangagwa, Spitzname „das Krokodil“, knapp als Sieger hervor, was jedoch von der Opposition angezweifelt wird. Sicherlich haben ihn viele Menschen gewählt, weil sie sich von einem Vertreter des Militärs eher Stabilität und Sicherheit versprochen und der Oppositionsführer weder viel Erfahrung noch Ansehen mitbrachte.

Die Kirchen bieten Orte und Raum für Dialog

Nach einigen Monaten der politischen Öffnung kam es im Januar 2019 zu massiven Unruhen und Gewalt, Simbabwe schien kurz vor einem Bürgerkrieg zu stehen. Wenigstens zwölf Menschen kamen ums Leben, über 600 wurden verhaftet und misshandelt. Die desolate Wirtschaft drohte vollends zu kollabieren. In dieser Situation hatten die Kirchen zum Gebetsfrühstück eingeladen. Und in diese Zeit fiel der schon länger geplante Besuch unserer Delegation. Ziel der Reise der Gemeinsamen

Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) war, den Beitrag der Kirchen zu einem gerechten Frieden in Simbabwe in Augenschein zu nehmen und die Kirchen dabei zu unterstützen.

Der protestantische Kirchenrat und die katholische Bischofskonferenz hatten uns eingeladen. Insgesamt zehn Personen gehörten unserer Delegation an, darunter auch Prälat Martin Dutzmann als evangelischer Vorsitzender der GKKE und Pater Nikodemus Schnabel, OSB, als Mitarbeiter des Referats Religion und Außenpolitik des Auswärtigen Amtes. Wie sieht nun dieser Beitrag der Kirchen in Simbabwe aus?

Die Kirchen bieten Orte und Raum für Dialog, und zwar nicht nur auf der nationalen Ebene, wie beim Gebetsfrühstück, sondern auch und gerade an der Basis vor Ort. Friedensbotschafter und Komitees werden von den Kirchen gegründet und geschult. Sie bringen Menschen unabhängig von Parteizugehörigkeit, Ethnie oder Funktion zusammen. Die Komitees treffen sich in Kirchenräumen. Und auch in abgelegenen Regionen steht die Kirche im Dorf. Über 80 Prozent der Menschen in Simbabwe bekennen sich zum christlichen Glauben. Nach den Ausschreitungen im Januar 2019 haben Friedenskomitees oft die Rolle des zivilgesellschaftlichen Gegenübers zu lokalen Behörden eingenommen. Dies konnten

wir bei den Peace Ambassadors in Mutare oder den Local Peace Committees in Bulawayo und in der Region Masvingo beobachten.

Kirchen sind Orte für Heilung und Versöhnung

In den ersten Jahren der Unabhängigkeit kam es Mitte der 1980er Jahre im Süden des Landes zu schwersten Gewaltexzessen des Militärs. Die Gräueltaten mit über 20 000 Toten wurden bis heute weder aufgearbeitet noch gesühnt und liegen wie Blei auf der Bevölkerung. Auch heute ist Friedens- und Versöhnungsarbeit im ganzen Land vonnöten, weil zu den historischen Gewalterfahrungen neue hinzukommen. Die Kirchen sind ein Ort für Healing of Memories. So hatte die katholische Kirche die Initiative ergriffen, die Gewalttaten aus den 1980er Jahren dokumentiert und Menschenrechtsverletzungen öffentlich gemacht. Auch nach den Unruhen vom Januar 2019 haben die Kirchen den Opfern von Gewalt Räume für ihr Leid und ihre Klage geboten. Betroffene werden ermutigt, ihre Geschichten zu erzählen – der erste entscheidende Schritt auf dem langen Weg zu Versöhnung und Gerechtigkeit.

Die Dimension des christlichen Glaubens ist allgegenwärtig und macht den Unterschied

Gebete und Gottesdienste sind uns in Simbabwe tagtäglich begegnet. Wir konnten es in unseren Gesprächen und Begegnungen direkt erfahren: Der christliche Glaube stiftet Gemeinschaft – und nur gemeinsam können die Menschen die harten Herausforderungen des Alltags meistern. Der christliche Glaube gibt den Menschen die Kraft, auch in der größten Not nicht die Hoffnung zu ver-

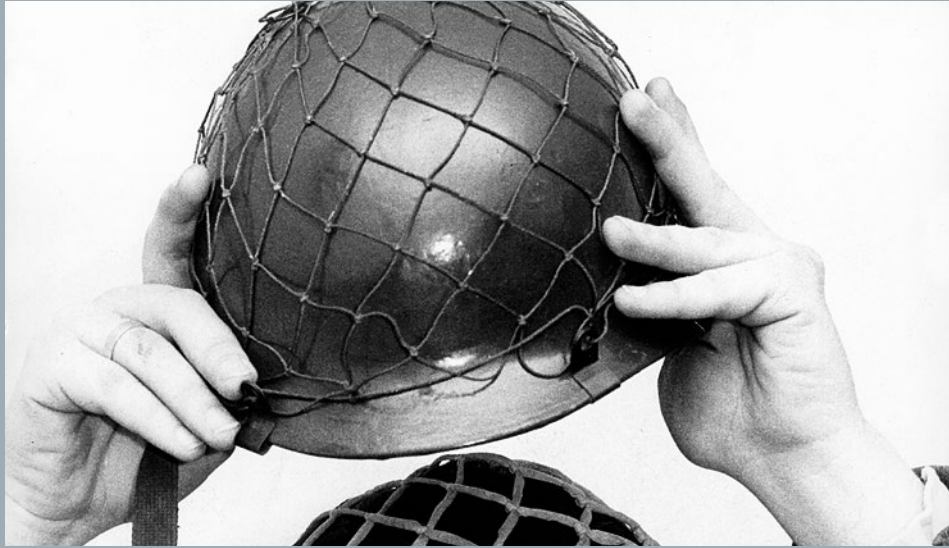
lieren. Er stellt eine wichtige Ressource dar, die die Widerstandsfähigkeit der Gläubigen stärkt. Der christliche Glaube gibt den Menschen nicht zuletzt Sinn und Inhalt für ihr Leben.

Die Geschichten der Gewaltopfer kommen in kirchlichen Räumen nicht nur zur Sprache. Es wird gesungen, geschwiegen oder gebetet, wenn Worte versagen, wenn Nähe, Trost und Segen gebraucht werden. Vielleicht gibt es in Simbabwe schon eine Form von Friedensspiritualität. Zeichen davon haben wir gesehen.

Natürlich sind Gläubige und Kirchen in Simbabwe auch von Brüchen und Widersprüchen durchzogen. Viele Geistliche der historischen Missionskirchen – und sicherlich der unabhängigen afrikanischen Kirchen – waren Teil des Systems Mugabe. Ihre Zahl dürfte kleiner geworden sein. Aber auch heute noch stärken Kirchen und Gemeinden, zumeist durch ihr Schweigen, der Regierung von Staatspräsident Mnangagwa den Rücken. Und die Kirchenlandschaft wird durch Neugründungen vor allem evangelikaler und unabhängiger afrikanischer Kirchen noch heterogener. Der protestantische Kirchenrat und die katholische Bischofskonferenz, die uns sieben Tage begleitet haben, stellen sich dieser Herausforderung. Sie suchen die ökumenische Zusammenarbeit. In den lokalen Komitees scheinen konfessionelle Unterschiede ohnehin kaum eine Rolle zu spielen. Doch die Kirchen haben in Simbabwe auf dem Weg zu einer gerechten und friedlichen Gesellschaft noch eine weite Strecke vor sich. Sie verdienen unsere Aufmerksamkeit für ein beeindruckendes christliches Friedenszeugnis. Sie verdienen nicht zuletzt unsere Unterstützung. ■

INNERE FUHRUNG

Ein Oberstleutnant testet 1971 mit Perücke und Haarnetz, wie man Haare unter einem Stahlhelm platziert. Seit Februar 1971 zwang der Haarnetz-Erlass Soldaten, deren Haare länger waren als der Hemdkragen, zum Tragen eines Netzes. Im Mai 1972 wurde der Erlass wieder aufgehoben



ETHIK TUT NOT



**Wer handeln muss, braucht Kriterien.
Wer Kriterien braucht, muss nachgedacht haben.
Wer Nachdenken einüben will, braucht Vorbilder.
Wer Vorbild sein soll ...
Ein Gespräch zur neuen Ethikvorschrift
der Bundeswehr
Von Walter Linkmann**



**Oberst i. G.
Dr. Sven Lange** ist
Referatsleiter FüSK III 3
„Innere Führung; Militärseel-
sorge“ im Bundesministerium
der Verteidigung

Sven Lange weiß, dass er nichts Neues erfindet: „Ethische Bildung gab es in der Bundeswehr immer.“ Ihren Soldaten war eigenes Nachdenken von Anfang an nicht nur erlaubt, sondern befohlen. Auch wer einen Befehl ausführt, muss das verantworten.

Trotz dieser „DNA“ der Bundeswehr ist Lange überzeugt, dass jetzt die Zeit für eine Vorschrift zur ethischen Bildung gekommen ist: Die Einsatzwirklichkeit der Soldatinnen und Soldaten ist eine andere geworden. Hinzu kommen eine zuvor nicht erlebte soziale Vielfalt und ein schwindender gesellschaftlicher Konsens über Grundwerte. Neue Kommunikationsformen und -möglichkeiten verstärken diese Prozesse nicht nur, sondern führen teilweise zu ganz neuen Ausdrucksweisen – und manchmal auch Problemen. „Cybermobbing und Sexting sind Phänomene, auf die wir ethisch vorbereitet sein müssen.“ Spätestens mit den jüngsten Diskussionen zur Tradition deutscher Streitkräfte wurde klar, dass die Bundeswehr festlegen muss, was sie tut, damit die ihr anvertrauten jungen Menschen sich der gemeinsamen Werte vergewissern, die Kriterien politischer Entscheidungen und ihres eigenen Handelns verstehen und reflektieren. Der Oberst und Referatsleiter im Bundesministerium der Verteidigung arbeitet deshalb mit seinem Team an drei Vorschriften zur politischen, historischen und ethischen Bildung in der Bundeswehr.

An zwei Stellen wird es schwierig, die Planungen konkret zu fassen. Die Themen des Politik-, Geschichts- und Ethikunterrichts lassen sich nicht scharf voneinander abgrenzen: „Politisch kann man die Bundesrepublik nur als Antwort auf die Geschichte verstehen – und das bestimmt unsere Gesetze und Wertvorstellungen.“ Den Verantwortlichen sollen deshalb Freiräume gewährt werden, um – je nach Bedarf und eigener Einschätzung – Schwerpunkte setzen zu können.

Denken ist kein Unterrichtsfach

Eine zweite, deutlich schwerer wiegende Schwierigkeit ist, mit Unterrichten, Seminaren oder Exkursionen ein Themenfeld zu bearbeiten, das von seiner Natur her nicht Unterrichtsfach, son-

**„Reflexion in der
Erlebniswelt
der jungen Leute
ist viel besser
als jeder Unterricht
in irgendeinem
U-Raum.“**

Oberst i. G. Sven Lange

dern Querschnittsaufgabe ist. Ethisches Wissen, Urteilsvermögen und der Austausch darüber gehören in den Alltag der Soldatinnen und Soldaten. „Reflexion in der Erlebniswelt der jungen Leute ist viel besser als jeder Unterricht in irgendeinem U-Raum.“ Niemand in der Bundeswehr fängt damit bei null an, aber es ist auch niemand mit dem Thema fertig. Die Szenarien, die Lange skizziert, zum Beispiel das Schießtraining mit spontan integrierter ethi-

scher Reflexion unter Anleitung des Ausbilders, klingen irgendwie idealtypisch – aber auch erstrebenswert.

Hat er manchmal Sorge, dass die Verantwortlichen vor Ort die neue Ethik-Vorschrift aus dem hohen Ministerium einfach zur Seite legen werden? Dass sie Zeit und Ressourcen vermeintlich Dringenderem widmen? Dass Ethik-Ausbildung in der Truppenpraxis nicht stattfindet? „Nein.“ Diese Antwort überrascht – so wie die Fortsetzung: „Meine Sorge ist weniger, dass die Ausbildung gestrichen, sondern dass sie outgesourct wird.“ Man merkt, dass hier jemand spricht, der nicht nur die jungen Leute erziehen möchte, die zur Bundeswehr kommen, sondern auch (vielleicht: noch mehr) ihre Vorgesetzten. Die sind die entscheidenden Kontaktpersonen. Sie stehen unter Beobachtung als Vorbilder und Begleiter. Sie müssen glaubwürdig Rede und Antwort stehen.

Nicht alle gehen mit ethischen Fragestellungen und Reflexionen routiniert und sprachfähig um. Das ist kein Makel, aber auch keine Entschuldigung, sich „wegzuducken“. Unterrichtsmaterial und Seminare sollen ihnen helfen, dass sie ihrer Rolle gerecht werden können. „Wir wollen Vorgesetzte nicht überfordern – aber fordern.“

Der Wert der weichen Themen

Wird man in der Welt von Personal- und Tagespolitik, von Etats, Rüstungsprojekten und Strategien belächelt, wenn man sich

Fragen geklärt werden und beide in der Militärseelsorge vertretenen Kirchen haben sich aktiv in die Beratungen eingebracht: „Auch ich selbst habe im vergangenen Jahr sehr viel dazugelernt.“

Sven Lange erfindet nichts Neues, ethische Bildung gab es in der Bundeswehr immer. Das Ziel der Inneren Führung, das durch die neue Vorschrift nicht erfunden, sondern nur beschrieben wird, sind Männer und Frauen, die durchdachte Entscheidungen fällen und umsetzen können. „Wir wollen ja gerade nicht den unbedingten Gehorsam – wir verlangen schon seit 60 Jahren, dass die Soldaten Befehle vor ihrem Gewissen prüfen.“ Diese Fähigkeit bestimmt nicht nur – wie schon



Schnelle Eingreifkräfte üben 2013 bei Baghlan. Wer schießt, braucht regelmäßig ethische Bildung

Themen wie Moral und Ethik widmet? Macht es Spaß, im Verteidigungsministerium Referatsleiter ausgerechnet für „Innere Führung und Militärseelsorge“ zu sein? Lange hat eine doppelte Antwort. Zum einen warnt er davor, Themen zu unterschätzen: „Wenn man weiche Themen zu lange ignoriert, werden daraus extrem harte Themen.“ Zum anderen berichtet er von der Erfahrung, dass er mit seiner Initiative überall auf Zustimmung gestoßen ist – bis hin zum entsprechenden Auftrag durch den Generalinspekteur. „Widerstand kam zunächst ausgerechnet von den Kirchen.“

Die stören sich an der Idee, dass dieselben Vorgesetzten, die Befehle geben, ihre Untergebenen anleiten sollen, das Befohlene kritisch zu reflektieren. Auch war zu Anfang der Beratungen nicht allen Kirchenvertretern deutlich, dass der Lebenskundliche Unterricht, der in der Regel durch Militärgeistliche erteilt wird, in der bewährten Form weiter bestehen wird. Inzwischen konnten viele

die Pioniere der Inneren Führung wussten – den militärischen „Wert“ der Einzelnen, sie ist auch Voraussetzung für körperliche und seelische Gesundheit: „Bildung trägt unmittelbar zur Einsatzbereitschaft bei und erhöht die eigene Resilienz.“ ▲

DIE PERSÖNLICHE MEINUNG

Darf ein Generalmajor sich politisch äußern – oder beeinflusst er damit seine Untergebenen? Ein Zwischenruf

Von Arnd Brummer

Die Bundeswehr hat's wirklich schwer! Den Spruch musste ich als Journalist zimal von Offizieren hören. Da saßen wir nach einer offiziellen Veranstaltung oder einer Pressekonferenz bei einem Tässchen oder Gläschen zusammen und redeten über Themen und Ereignisse, die ein leitender Mann nur im vertraulichen Klima ansprechen konnte: „Das bleibt aber unter uns! Das zitieren Sie nicht!“

Kein Offizier kann befehlen, was falsch und was richtig ist

An den eingangs zitierten Spruch musste ich vor ein paar Wochen denken. In mehreren Medien kursierte die Nachricht, Generalmajor Reinhardt Zudrop, Kommandeur des Zentrums Innere Führung in Koblenz, habe wegen Äußerungen heftig Ärger. Bei einer „internen Dienstversammlung“ im Juni soll Zudrop ein paar Minuten lang „vor versammelter Mannschaft“ erklärt haben, warum die Partei AfD für Soldaten nicht wählbar sei.

Als Argument nannte der Redner demnach die Nähe einiger leitender

AfD-Leute zu rechtsextremen Kreisen. Zwar soll der Generalmajor in seiner Einlassung „ausdrücklich“ erklärt haben, dies sei seine „persönliche Auffassung“. Seinen Gegnern aber erscheint diese Position unhaltbar. Sie berufen sich dabei auf das Soldatengesetz. In dessen Paragraph 15 heißt es: „Ein Soldat darf als Vorgesetzter seine Untergebenen nicht für oder gegen eine politische Meinung beeinflussen.“

Dieser Punkt erscheint mir angesichts der Geschichte des deutschen Militärs als durchaus wichtig. Kein Offizier kann seinen Soldaten befehlen, was sie für absolut richtig oder völlig falsch zu halten haben. Er ist Befehlshaber und kein Diktator. Doch auch für Offiziere der Bundeswehr gilt das Grundgesetz, in dessen Artikel 5 heißt es: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern.“ Auch ein Generalmajor ist in diesem Sinne ein „Jedermann“. Dass Zudrop sagt, wie er, „ganz persönlich“, eine aktuelle politische Situation bewertet, ist in diesem Sinne kein Regelverstoß. Es ist

zentraler Bestandteil der zu verteidigenden Verfassung.

Persönliche Einlassung im Sinne der Bundesrepublik

Zudrop hat im Sinne der Bundesrepublik gehandelt, indem er ausdrücklich vor der Gefahr rechtsextremer Kreise warnte. Und sein Hinweis ist eine klare Aufforderung an die AfD, nationalistisches Gedankengut in den eigenen Reihen zu bekämpfen.

Dass der Wehrbeauftragte und das zuständige Ministerium den Vorgang prüfen, ist recht und billig. Falls Reinhardt Zudrop jedoch wegen seines Verhaltens aus dem Dienst entfernt werden sollte oder andere „Strafmaßnahmen“ zu erdulden hätte, hoffe ich auf öffentlichen Widerstand in Bundeswehr und Gesellschaft: ohne Waffengewalt, aber in deutlicher Wortwahl und Lautstärke. ▲

Arnd Brummer ist geschäftsführender Herausgeber des evangelischen Magazins *chrismon*.



GESCHICHTE ALS HELFER IN DER NOT UND ETHISCHE BREMSE



**Die „Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege“
der Bundeswehr sind ein zutiefst politisches Papier
und markieren den Perspektivwechsel vom „schwierigen Vaterland“
zum „besten Deutschland, das es je gab“**

Von Uwe Hartmann



Dr. Uwe Hartmann
ist Oberst i. G. in
der Bundeswehr und
unterrichtet an der
US-amerikanischen
Naval Postgraduate
School in Monterey.

Am 28. März 2018 traten die „Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege“ der Bundeswehr in Kraft. Ein problematischer Umgang mit der Wehrmacht hatte eine Neuerschaffung notwendig gemacht, wie es bereits bei den Traditionserlassen aus den Jahren 1965 und 1982 der Fall gewesen war. Daher ist es nicht verwunderlich, dass der neue Traditionserlass die Wehrmacht als Institution deutlicher als jemals zuvor aus dem Erbe des deutschen Soldaten ausgrenzt. Seine starke Fokussierung auf die historische Bildung lässt allerdings das in den Hintergrund treten, was für ein ganzheitliches Verständnis des Erlasses unverzichtbar wäre: seine Kontextgebundenheit, d. h. seine Beeinflussung durch aktuelle sicherheitspolitisch relevante Entwicklungen, und seine Zukunftsorientierung, die in den Aufgaben des Soldaten und den dafür gültigen Werten, Vorbildern und Prinzipien zum Ausdruck kommt. Dieses Hintergrundwissen hilft uns, die neuen Perspektiven, welche uns die Richtlinien anbieten, klarer zu erkennen.

Kontext und Perspektivenwechsel

Die Arbeiten am neuen Traditionserlass fanden in einem Umfeld statt, in dem der liberale Westen sowie die demokratische Grundordnung von innen sowie von außen unter Druck geraten waren. In öffentlichen Debatten wurde Geschichte erneut als politische

Literatur
Zusammen mit
Prof. Dr. Donald
Abenheim hat Uwe
Hartmann kürz-
lich veröffentlicht:
**„Einführung in
die Tradition
der Bundeswehr.“**
Das soldatische Erbe
in dem besten
Deutschland, das es
je gab“ (Miles-Verlag
Berlin 2019).

Waffe eingesetzt – nicht zuletzt, um bei Angehörigen der Sicherheitsberufe Sympathien für bestimmte politische Orientierungen zu wecken. Zum Kontext gehört auch, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Bundeswehr durch rechtsextreme Umtriebe und schikanöse Ausbildungsmethoden gelitten hat. Gleichzeitig nahm der Vertrauensverlust der Soldaten in die politische Leitung sowie die militärische Führung nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Schere zwischen Auftrag und Mitteln zu. Auch die Suche nach Wehrmachtsdevotionalien in Kasernen trug dazu bei. Wegen dieser krisenhaften Entwicklungen, deren Ende nicht absehbar ist, geht es dem neuen Traditionserlass vor allem um die Stärkung von Bindungen und Zusammenhalt: Das reicht von der Westbindung Deutschlands über die demokratischen zivil-militärischen Beziehungen bis hin zur Kohäsion innerhalb der Bundeswehr. Der Traditionserlass ist daher ein zutiefst politisches Dokument, das auf gefährliche außen- und innenpolitische Entwicklungen reagiert. Er umfasst deutlich mehr als eine Abgrenzung der Bundeswehr zur Wehrmacht und die Betonung der historischen Bildung in der Truppe.

Die politische Dimension des Traditionserlasses legt uns mehrere Perspektivenwechsel nahe. Bisher war der Umgang mit dem soldatischen Erbe stark durch die „tiefen Einbrüche“ in der Geschichte deutscher Streitkräfte geprägt. Deutschland insgesamt galt als ein „schwieriges Vaterland“. Der neue Traditionserlass



Historische Aufnahmen
deutscher Soldaten.
Als Vorbild soll künftig
vor allem die Bundeswehr
selbst dienen

fordert nun dazu auf, die Zeit nach 1945 und damit das „beste Deutschland, das es je gab“ (Josef Joffe), in den Vordergrund zu rücken. Diese Sichtweise macht den Weg frei, weitaus stärker als in den letzten Jahrzehnten auf das zu schauen, was Deutschland nach 1949 geschaffen hat – ein eigenes Vorbild, das größte Anerkennung auch aus dem Ausland erfährt. Teil dieses selbst geschaffenen Vorbilds sind der Aufbau der Bundeswehr sowie ihre Leistungen im Kalten Krieg, als Armee der Einheit und als Einsatzarmee. Auf diese Weise sollen die Angehörigen der Bundeswehr den Wert dieses Deutschlands erkennen und sich einen verfassungsorientierten Patriotismus erarbeiten, der sie stark macht für die Demokratie – was angesichts hybrider Bedrohungen von außen und populistischer Spaltungsversuche im Innern dringend notwendig ist.

Zudem stellt der Erlass die Funktion von Tradition als konkrete Lebenshilfe für Soldaten deutlich heraus. Sie benötigen Werte und Vorbilder als ‚Helfer in der Not‘, weil das Element der Gefahr zu ihrem Beruf gehört. Traditionen dienen ihnen als ein verlässlicher moralischer Kompass für gutes Handeln und eine schnell einsetzende ethische Bremse gegen Versuchungen und Verführungen aller Art. Auch dürfen sie sich darauf verlassen, dass ihre an den Werten des Grundgesetzes orientierten Handlungen Anerkennung und Wertschätzung in Politik und Gesellschaft finden. Dies schafft Selbstvertrauen bei den Soldaten.

Der neue Erlass betont auch die Funktion von Tradition als einer vertrauensbildenden Maßnahme. Traditionspflege in der Bundeswehr ist ein demokratisches Wertebekenntnis des Soldaten. Sie stärkt das Vertrauen von Politik und Gesellschaft in ihre Streitkräfte. Daraus resultiert auch die hohe Bedeutung, die der neue Erlass zu Recht der Inneren Führung beimisst. Denn diese bietet nicht nur praxisnahe Grundsätze zur Menschenführung, sondern Prinzipien und Wertorientierungen für die Gestaltung und Pflege belastbarer demokratischer zivil-militärischer Beziehungen. In einer Welt, die aus den Fugen gerät, werden diese immer

wichtiger für die Widerstandsfähigkeit von Staaten und deren Institutionen.

Folgerungen für die Bildung in der Bundeswehr

Was bedeuten diese Perspektivenwechsel für die Bildung in der Bundeswehr? Ohne Zweifel ist historische Bildung wichtig, um die geschichtlichen Wurzeln von Sicherheitspolitik und Soldatsein zu verstehen. Und es ist auch richtig, die Beschäftigung mit der Geschichte Deutschlands nach 1945 zu intensivieren. Dabei sollte – neben den Einsätzen – die Gründungs- und Aufbau-phase der Bundeswehr besonders stark berücksichtigt werden. Denn hier wurden die geistigen Grundlagen für das Selbstverständnis des Soldaten in der Demokratie gelegt. Für Kenntnis und Akzeptanz der Inneren Führung heute ist dieses historische Wissen unverzichtbar. Bei der Auswahl des gültigen Erbes des Soldaten und seiner darauf beruhenden Selbstvergewisserung reichen historische Bildung und militärgeschichtliche Beratung allerdings bei weitem nicht aus. Die für ihren Beruf wesentliche Orientierung können Soldaten eher aus der politischen und ethischen Bildung ableiten. Zum einen sind diese unverzichtbar für ein Verständnis des gegenwärtigen sicherheits- und gesellschaftspolitischen Kontextes mit seinen krisenhaften Entwicklungen. Zum anderen bieten sie den Soldaten die Möglichkeit, ein demokratisches Verständnis von Patriotismus zu erarbeiten. Daraus können sie die verbindlichen Maßstäbe ableiten, die ihnen im Einsatz wie auch im Grundbetrieb als Helfer-in-der-Not und als vertrauensbildende Maßnahmen dienen. Es kommt also darauf an, das weite Themenfeld der Tradition gerade auch in Veranstaltungen zur politischen und ethischen Bildung zu behandeln und daraus Orientierung für die Auswahl des soldatischen Erbes im 21. Jahrhundert abzuleiten. Dann dürften Probleme im Umgang mit der Wehrmacht bald der Vergangenheit angehören. ▀

DIE LISTEN UND SCHLICHE DER ANSTÄNDIGEN

**Katholisch, konservativ und
radikal rechtsstaatlich – die Autobiografie
Paulus van Husens**

Rezension von Klaus Beckmann

Im Kreis der Verschwörer des 20. Juli 1944 ist Paulus van Husen (1891-1971) „divers“: Nicht nur kein Protestant wie die Mehrzahl der Wehrmachtsoffiziere, sondern auch von dem süddeutschen Katholiken Stauffenberg unterschieden durch eine im preußischen „Kulturkampf“ geprägte rebellische Haltung gegen alles, was zu gewaltig „Staat“ sein möchte.

Der analytische Blick des Juristen van Husen fürs Grundsätzliche beeindruckt: In der Rückschau auf persönlich Erlebtes konturiert sich das Allgemeine, wahrgenommen durch einen streitbaren Anwalt des Rechts: „Man sieht hieran, wie zersetzend eine ungerechte Regierung wirkt, was nicht nur für die Hitlerzeit gilt. Die anständigen Staatsbürger müssen zu unkorrekten Listen und Schlichen greifen, um Unrecht zu verhüten oder zu mildern, wenn sie nicht von Beruf Märtyrer sind.“

Im katholisch-bürgerlichen Milieu Westfalens verwurzelt, wurde van Husen 1927 Mitglied der Kommission des Völkerbundes für Oberschlesien, um als Anhänger der Zentrumsparterie von den Nationalsozialisten dort abberufen und ans Preußische Oberverwaltungsgericht versetzt zu werden. Umstände, die er als glücklich empfand, enthoben van Husen der Gewissenszermürbung des Richteramtes unter NS-Bedingungen

und machten ihn zum Rechtsberater im Oberkommando der Wehrmacht. Nicht ohne Anflug von Süffisanz schildert van Husen, wie eifrig Nazifunktionäre sich vor dem Kriegsdienst drückten. Ihm selbst verlieh der Status des Wehrrechtsjuristen gegenüber Parteileuten eine gewisse Autorität.

Seit 1941 gehörte er dem Kreisauer Kreis an, wurde schließlich im Oktober 1944 verhaftet. Gerade bei den persönlichen Schilderungen der Widerständler gibt van Husens dezidiert katholische Perspektive der Darstellung besondere Würze.

1952 wurde van Husen Präsident des Verfassungsgerichtshofs von Nordrhein-Westfalen. Kritisch und integer blieb er auch da, konstatierte er doch unumwunden, in der Bundesrepublik sei die Selbstständigkeit der Gerichte gegenüber der Exekutive nur zum Schein verwirklicht.

Es ist die freimütige Positionalität – katholisch, konservativ, radikal rechtsstaatlich –, die diesen Lebensbericht so lehrreich und „zeitlos“ sein lässt. Auch in den weltanschaulichen Grundlagen abweichende Leser werden der literarisch exzellenten Autobiografie manche Einsicht danken. Dank gebührt ebenso van Husens Großneffen Manfred Lütz, dem Theologen und Psychotherapeuten, für die gekonnte Edition. ▲



Manfred Lütz /
Paulus van Husen:
**Als der Wagen
nicht kam.** Eine
wahre Geschichte
aus dem Widerstand,
Herder-Verlag,
Freiburg / Basel / Wien
2019, 376 Seiten,
25 Euro.

OHNE RÜCKGRIFF AUF DIE TRADITION WIRD KEINER OFFIZIER

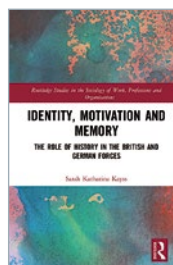
Sarah Kayß untersucht Motivation und Geschichtsbilder deutscher und britischer Offiziersanwärter

Rezension von Jobst Reller

Kayß widmet sich nach dem „Traditions hype“ bei der Bundeswehr 2018 einem noch immer brennenden Thema: Welche Rolle kann Geschichte für Selbstverständnis, Motivation und Gedenken in der Bundeswehr, aber auch in den britischen Streitkräften spielen? Kayß selbst ist studierte Zeithistorikerin in der Abteilung für „Kriegsstudien“ am King’s College in London – und damit geradezu prädestiniert, sich dieser zentralen Frage zu widmen. Als Methode verwendet sie qualitative Interviews an den Offiziersakademien in Großbritannien und Deutschland. Individuelle und institutionelle Ziele werden unterschieden mit einem offenen Blick für Werte, Lebensanschauungen und Bilder vergangener Kulturen, die bei der Entscheidung, Offizier zu werden, begegnen. Wenig überraschend zeigen sich zwei unterschiedliche Soldatentypen in beiden Ländern, die auch unterschiedlich von Geschichte Gebrauch machen. Eindeutig lässt sich belegen, dass eine Entscheidung für den Offiziersberuf ohne historische Rückgriffe nicht vorkommt – sei es wie in Großbritannien in zum Teil unkritischem Rückgriff auf Ruhm und Ehre des britischen Em-

pire, sei es wie in Deutschland in bewusster Abgrenzung zur Geschichte des sogenannten „Dritten Reichs“ und des Zweiten Weltkriegs, die auch zur Forderung nach einem rigiden Schlussstrich unter die Rezeption dieser Phase in der Bundeswehrtradition werden kann.

Das Buch eignet sich als Nachschlagewerk zum Thema. Ein Schlagwortregister hilft beim vertieften Lesen. ▲



Sarah Katharina Kayss:
Identity, Motivation and Memory. The Role of History in the British and German Forces. Routledge, London/New York 2019, 214 Seiten, ca. 135 Euro.

MEHR ALS ETHIK

Sigurd Rink positioniert sich friedensethisch, aber er gibt auch Einblicke in die Praxis der Militärseelsorge

Rezension von Tilman Asmus Fischer

Die Militärseelsorge in der Bundeswehr ist gegenwärtig von unterschiedlichen Neuerungen und Aufbrüchen geprägt: Seit fünf Jahren hat die Evangelische Kirche in Deutschland die Hauptamtlichkeit ihres Militärbischofs erprobt; und kurz- bzw. mittelfristig soll es zu einer Pluralisierung der Seelsorge durch Öffnung für Judentum und Islam kommen. Zudem gilt es abzuwarten, wie sich die „Friedenssynode“ im Herbst dieses Jahres langfristig auch auf den Handlungsbereich Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr auswirken wird.

Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass der amtierende evangelische Militärbischof mit seinem Buch „Können Kriege gerecht sein?“ eine eigene Positionsbestimmung vorgelegt hat, die zu einer nicht nur innerkirchlichen, sondern gesamtgesellschaftlichen Debatte einlädt: sowohl über grundlegende Fragen der Friedensethik als auch über die Seelsorge in der Bundeswehr. Denn anders als die beiden fast zeitgleich erschienenen Bücher „Konstruktive Konfliktkultur“ des katholischen Militärbischofs Franz-Josef Overbeck und

„Pflugscharen und Schwerter“ des langjährigen evangelischen Militärdekans Hartwig von Schubert geht Rink über die theologische Erörterung friedensethischer Fragen hinaus und gibt – ausgehend von persönlichen Erfahrungen – Einblick in die Arbeit der Militärseelsorge.

Dabei unterstreicht Rink den Selbstanspruch der Militärseelsorge, ziviles Element innerhalb der Institution Bundeswehr zu sein und aus dieser Unabhängigkeit heraus zur „Gewissensschärfung“ der Soldaten beizutragen. Und so tut es auch nicht Wunder, dass Rink mit der im Buchtitel aufgeworfenen Frage am Ende keine Renaissance der Idee eines „gerechten Krieges“ befördert, sondern derjenigen des „gerech-



Sigurd Rink: **Können Kriege gerecht sein?** Glaube, Zweifel, Gewissen – wie ich als Militärbischof nach Antworten suche. Ullstein, Berlin 2019, 285 Seiten, 20 Euro.

ten Friedens“ verpflichtet bleibt. Diese Idee aus einer verantwortungsethisch orientierten Perspektive für gegenwärtige Gewaltkonflikte ausbuchstabiert – und zudem ihre Vereinbarkeit mit einer gesellschaftlichen Anerkennung des Soldatenberufs aufgezeigt – zu haben, ist das große Verdienst dieses Debattenbeitrags. ▲

IN DIE ÜBERWACHUNGSROLLE GEDRÄNGT

Markus Reisner schafft eine ergiebige Zusammenschau des rasanten Fortschritts im Bereich unbemannter Systeme

Rezension von Veronika Drews-Galle



Markus Reisner: **Robotic Wars.** Legitimatorische Grundlagen und Grenzen des Einsatzes von Military Unmanned Systems in modernen Konfliktszenarien. Miles-Verlag, Berlin 2018, 392 Seiten, 34,80 Euro.

Manchmal reicht bereits ein Blick in das Abkürzungsverzeichnis eines Buches für einen Erkenntnisgewinn. So mag es manchem gehen, der bisher wenig mit herumschwirrenden UCAVs oder, allgemeiner, der Bedeutung von RAS zu tun hatte. Doch für Markus Reisner geht es bei seiner detailreich aufgefächerten Darstellung um mehr als das: Für den Autor ist der zunehmende Einsatz von unbemannten (teil)autonomen Waffensystemen „eine emergente Strategie des Militärs“, die einen Wandel in der Kriegsführung einläutet – unaufhaltsam und mit unabsehbaren Folgen.

Seine Klassifikation der unterschiedlichen „Robotic Systems“ offenbart nicht nur, wie weit diese Entwicklung bereits in der Praxis fortgeschritten ist, sondern

auch, unter welchen vorherrschenden Einsatzmodalitäten. „Ist der Einsatz von zunehmend autonomen, unbemannten Waffensystemen in militärischen Konflikten auf Basis geltender Völkerrechtsnormen rechtskonform und entspricht dem heutigen ethischen Verständnis oder ist eine Erweiterung der bestehenden völkerrechtlichen Rechtsnormen und eine exakte Definition ethischer Rahmenbedingungen notwendig?“

Reisners interdisziplinäre Fragestellung lässt ihn letztendlich die steuernde Verbindung zwischen Mensch und System fokussieren. Regulation sei dringend geboten, lautet seine Schlussfolgerung. Doch dazu müsse die Menschheit erst einmal den Wandel der Kriegsführung zur Kenntnis nehmen und das setze eine Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit ebenso voraus wie eine Meinungsbildung unter den Völkerrechtssubjekten, -institutionen und -experten; mit dem Ziel der Definition exakter ethischer Grenzen. Inwieweit die Menschheit hier noch on-the-loop ist und welche Interventionschancen die Überwacherrolle den beteiligten Akteuren lässt, hierüber lässt sich, ausgehend von Reisners Arbeit, vortrefflich streiten. Und er hat recht: Die Zeit drängt. ▲

SOZIALDISZIPLIN UND EIN GETRÖSTETES GEWISSEN

Jobst Reller richtet den Blick auf die Anfänge einer evangelischen Militärseelsorge vor 500 Jahren

Rezension von Roger Töpelmann

Mit diesem Buch gelingt ein beachtliches Vorhaben: die Darstellung der evangelischen Seelsorge unter Soldaten in ihren Anfängen. Mehr noch: Die historische Rückschau ist äußerst exakt gearbeitet und mit Quellenverweisen belegt. Allein das Personenregister enthält über 300 Namen. Jobst Reller – als Militärpfarrer am Bundeswehrstandort Munster tätig – verortet die Anfänge der protestantischen Soldatenseelsorge in der Zeit der Bauernkriege 1524/1525, als Ortsgeistliche und Feldprediger die kriegesischen Bauernhaufen mit charismatischem Elan begleiteten. Auf der Gegenseite steht Landgraf Philipp von Hessen, der in die Schlacht bei Frankenhausen einen Feldprediger mitnahm und damit erstmalig einen evangelischen Militärseelsorger institutionalisierte.

Martin Luther rechtfertigt den Stand der Soldaten oder Söldner so: Kämpft ein Krieger um verletztes Recht und mit dem Ziel, Frieden herzustellen, so führt er eine gerechte Auseinandersetzung zum Ziel. Der Reformator hält einen Verteidigungskrieg „zu Wehr und Schutz“ für rechtens, solange das Ziel der Friede bleibt. In seiner Schrift „Ob Kriegerleute auch in seligem Stande sein können“ hat er deshalb die Rechtmäßigkeit kriegesischen Handelns verteidigt und gleichzeitig die Frage aufgeworfen, wie es um die Tröstung des Gewissens bei der Übertretung des 5. Gebotes „Du sollst nicht töten“ stehe.

Reller macht deutlich, dass dem Militär im 16. und 17. Jahrhundert nicht nur intern eine disziplinierende Rolle zukam, sondern dass hier eine Sozialdisziplinierung beginnt, die eine neue Sittlichkeit einleitet:

Kirchgang und Abendmahlsteilnahme werden für ein Gott wohlgefälliges Leben zur Pflicht, nicht allein bei den Soldaten. Schon um 1600 war Militärseelsorge zumindest in einigen Ländern der Reformation eine institutionalisierte Größe. Das Lied „Ein feste Burg ist unser Gott“ bekam damals seinen Sitz im Leben der Feldgottesdienste.

Ein roter Faden zieht sich durch die Anfänge der Seelsorge an Soldaten bis in den Dreißigjährigen Krieg: die Aufforderung, im Gegner den Menschen zu sehen und zu Barmherzigkeit und Frieden bereit zu sein. Reller beendet seine Untersuchung mit einem Gebet des schwedischen Feldkonsistoriums von 1631: „Du hast alle Herzen in Deinen Händen. Nimm hinweg alle Feindschaft und allen Hass und alles Missverstehen. Bereite den Weg für Frieden und Versöhnung.“ Damit hat der Autor den Faden bis in unsere militärseelsorgerliche Gegenwart gespannt. ▲



Jobst Reller: **Die Anfänge der evangelischen Militärseelsorge.**
Miles-Verlag, Berlin 2019,
180 Seiten, 19,80 Euro.

GLAUBENS- FRAGEN

Zwei Schwestern haben zum Lichterfest (Chanukka) Kerzen auf einer Chanukkia entzündet. Im Laufe der achttägigen Feier wird jeden Tag eine weitere Kerze zum Leuchten gebracht. Der neunte Arm dient nur zum Anzünden der anderen Kerzen. Das Fest erinnert an die Wiedereinweihung des zweiten jüdischen Tempels in Jerusalem 164 v. Chr.



ARMEE, DAS WAREN DIE ANDEREN



**Mit der Wiedervereinigung änderte sich nicht nur
die Rechtsform der Soldatenseelsorge
in den östlichen Bundesländern,
sondern vor allem der Blick
von zivilen Gemeindemitgliedern
und Soldaten aufeinander**
Von Albrecht Steinhäuser



„Gesprächsbereit“:
NVA-Generaloberst
Horst Brünner (Mitte)
diskutiert im Dezember
1989 in der Eibauer
Kirche (Sachsen) mit
DDR-Bürgerrechtlern

Persönliche Vorbemerkungen

Unter keinen Umständen hätte ich im September 1982 vermutet, dass meine berufliche Existenz einmal mit den Themen Bundeswehr und Militärseelsorge zu tun haben könnte.

Wenige Monate vorher noch hatte ich in der medizinischen Klinik „Weißer Hirsch“ in Dresden, wo ich als Hilfspfleger arbeitete, Besuch von einem Offizier der Staatssicherheit bekommen. Über den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ wollte der mit mir reden. Und mich für eine engere Zusammenarbeit gewinnen – kann man ja mal versuchen.

Gott sei Dank hatte mir der damalige Chefarzt diesen Besuch angekündigt. Zeit genug, mich vertraut zu machen mit den rechtlichen Hintergründen dieses Zeichens der Friedensbewegung, um dessentwillen viele junge Menschen Nachteile in Ausbildung und Beruf in Kauf nahmen. Und nebenbei auch zu lernen, was „Dekonstruktion“ meint: meine klare Ankündigung gegenüber der Staatsmacht, meinem Pfarrer auch Gespräche mit der Stasi nicht zu verschweigen. Das Interesse an einer weiteren Zusammenarbeit ging so ganz schnell verloren.

Als ich 1982 dann mein Theologiestudium am Katechetischen Oberseminar Naumburg begann, da faszinierte mich die Arbeit des dortigen Friedenskrei-

ses. Fantasiervoll versuchten wir, mit kleinen Aktionen und gegenseitigem Austausch nicht einfach nur zuzusehen bei der Aufrüstung durch SS-20, Cruise-Missile und Pershing. Naiv vielleicht – aber irgendetwas musste man doch tun! Soldatenseelsorge? Für mich war das damals kein Thema.

Soldatenseelsorge zu Zeiten der DDR

Für andere allerdings schon. Eine Reihe von Mitarbeitern in Gemeinden und kirchlicher Verwaltung boten Beratung an für junge Männer, die den Dienst mit der Waffe verweigern und stattdessen Bausoldat werden wollten. Totalverweigerung war häufig mit schweren rechtlichen Konsequenzen bis hin zu Gefängnisstrafen verbunden. Die Begleitung in diesen Prozessen war durchaus auch Seelsorge.

Für diejenigen, die als Christen ihren Wehrdienst in der NVA leisteten, war die Teilnahme am Gemeindeleben der Standorte, an denen sie Dienst taten, in der Regel mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Gänzlich unmöglich indes war insbesondere der Besuch gerade von Gottesdiensten nicht. Und es gab durchaus Gemeinden, die ihre Gottesdienstzeiten so verändert haben, dass Soldaten ein Besuch ermöglicht wurde.

Und schließlich war da noch eine ganz praktische Möglichkeit der Hilfeleistung gerade für lebensältere

Soldaten. Da es so etwas wie heimatnahe Verwendung ja nicht gab, hatten die seltenen Heimaturlaube hohe Bedeutung. Und auf manchen Pfarrgrundstücken standen PKW oder Motorräder, die in den Kasernen nicht abgestellt werden durften. So sparten die Soldaten wertvolle Zeit, die sie am Heimatwochenende mit der Familie verbringen konnten.

Festzuhalten ist aber in jedem Fall, dass sich Seelsorge für Soldaten als ein Angebot für die jungen Menschen verstand, die in der NVA eigentlich gar nicht sein wollten. Und darin liegt ein signifikanter Unterschied zur etablierten Militärseelsorge in Westdeutschland. Dort waren ja über alle Dienstgradgruppen hinweg Menschen bei der Bundeswehr, die sich zum Teil ganz bewusst für diesen Dienst entschieden hatten. In der NVA hingegen hatte der Staat alles darangesetzt, das Offizier- und Unteroffizierkorps möglichst frei von Mitgliedern der Kirche zu halten. Die wenigen Offiziere und Unteroffiziere, die trotz allem Christen waren und blieben, taten das mehr oder weniger heimlich.

Dass das so gekommen war, hatte durchaus eine gesamtdeutsche Vorgeschichte. Noch zu Beginn der 1950er Jahre hatte die (damals noch gesamtdeutsche) Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland die Frage der Wiederbewaffnung zu einer politischen Ermessensfrage erklärt, die im Glauben verschieden beantwortet werden könne. Die Möglichkeit einer geordneten seelsorgerlichen Begleitung von Polizei und Militär stand dabei nie grundsätzlich infrage. Auch wenn die Verhandlungen über einen entsprechenden Vertrag dafür zwischen Bundesregierung und EKD geführt wurden – für das Gebiet der DDR waren die Bemühungen um eine geordnete Seelsorge in den Streitkräften bis in die zweite Hälfte der 1950er Jahre hinein nicht aufgegeben worden.

Im Vorfeld der Unterzeichnung des Militärseelsorgevertrages hatte die DDR-Regierung durch ihren stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke jedoch unmissverständlich klargemacht, dass eine Verbindung der EKD mit dem „Bonner Staat“ durch diesen Vertrag von Seiten der DDR als Affront verstanden würde. Auch nach der Freistellung der aus der DDR stammenden EKD-Synodalen 1958 hörten die Angriffe durch die DDR-Führung nicht auf, zielten aber immer klarer auf eine Distanzierung der DDR-Kirchen von der EKD.

Mit der Synode von 1958 war für die Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland die Situation entstanden, dass es in Sachen „Militärseelsorge“ keine einheitlichen Wege mehr gab.

Die ersten Schritte nach der friedlichen Revolution

Das änderte sich erst mit der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung zur Bundesrepublik Deutschland. Bereits während der Zeit der friedlichen Demonstrationen für mehr Freiheit und Demokratie gab es einzelne Offiziere, die der strikten Linie von Partei und Regierung nicht mehr so ohne weiteres folgen wollten. Vereinzelt gab es erste Kontakte auch zu Kirchengemeinden vor Ort. Mit der Übernahme der NVA durch die Bundeswehr trugen ab Oktober 1990 dann Kommandeure aus dem Westen die Verantwortung, die aus ihren früheren Verwendungen ein funktionierendes System von Seelsorge in den Streitkräften kannten, das sie sich für ihren neuen Verantwortungsbereich und die ihnen anvertrauten Soldaten auch wünschten. Viele der Geistlichen der Kirchengemeinden, zu deren Bereich auch Standorte der Bundeswehr gehörten, waren auch tatsächlich bereit, neben ihrem Gemeindedienst der Einladung in die Kasernen zu folgen und den Soldaten Angebote für Seelsorge, Unterrichtung und Gespräch zu machen.

Von einer ähnlich strukturierten Seelsorge wie in der alten Bundesrepublik konnte da aber keine Rede sein. Noch vor der Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland hatte die Synode des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR, des Zusammenschlusses der acht evangelischen Landeskirchen in der DDR, festgestellt, dass es mit dem Beitritt nach Art. 23 GG eine Ausweitung des Geltungsbereiches des Militärseelsorgevertrages in den Bereich der östlichen Kirchen hinein nicht geben solle. Begründet wurde diese Haltung mit dem Verweis auf den Beschluss „Bekennen in der Friedensfrage“ (1987), mit dem die Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung verstanden wird als Konsequenz aus dem Gehorsam gegenüber Gott. So war die Frage nach einer geeigneten Struktur für die seelsorgliche Begleitung von Soldaten verknüpft mit einer friedensethischen Positionsbestimmung der Kirchen.



**Oberkirchenrat
Albrecht
Steinhäuser** ist
Beauftragter der
Evangelischen Kirchen
bei Landtag und
Landesregierung
in Sachsen-Anhalt.



Freiräume nach
Dienstschluss:
NVA-Soldaten
der Perleberger
Unteroffizierschule
spielen Gitarre (1978);
Soldaten der Offiziers-
hochschule der
Grenztruppen der DDR
in Suhl tanzen
in einer Diskothek
(1984)

Enttäuschungen und Ent-Täuschungen

Nicht überall stieß die Zurückhaltung der evangelischen Kirchen in dieser Frage auf das Verständnis der handelnden Personen. Zu meinem Dienstbeginn als Inhaber der „Kreisfarrstelle für Soldatenseelsorge“ des Kirchenkreises Weißenfels bin ich zunächst jedenfalls unterschiedlichen Erwartungen an meinen Dienst begegnet. Erwartungen, die sich auf die Fragestellung scheinbar nicht eingelassen hatten, auf welche Weise Kirche eine begleitende Seelsorge für Soldaten leisten könne, ohne in die Abhängigkeit sie bindender Strukturen zu geraten.

Kollegen sahen in mir jedenfalls erst einmal „den von der Bundeswehr“. Und das, obwohl mein Status ja nun gerade nicht der eines Bundesbeamten auf Zeit war, wie bei meinen westlichen Kollegen der Fall, sondern der eines Pfarrstelleninhabers des Kirchenkreises. Die Kosten dafür wurden zwar refinanziert aus den Kirchensteuermitteln der Soldaten, aber eben nicht aus Bundesmitteln. Die Details waren also nicht so recht deutlich geworden.

Einige führende Offiziere sahen in mir zunächst den „Vertreter dieser Kirche, die die Soldaten nicht haben will“. Dass es um eine Verweigerung des Dienstes für Soldaten gar nicht gehen sollte, sondern gerade um die Unabhängigkeit der Seelsorge – das war demnach auch nicht erkennbar geworden. Und etwas skurril war die Erwartung einiger Unteroffiziere mit NVA-Tradition.

Einer sagte mir einmal: Früher hat uns der Polit-Stellvertreter gesagt, in welche Richtung zu denken ist. Das ist jetzt wohl Ihr Job.

Natürlich haben sich Erwartungen und Wahrnehmungen bei allen Beteiligten verändert. Schneller bei denen, die nah an der täglichen Arbeit waren. Etwas weniger schnell bei denen, die nur vermittelte Kenntnis von den tatsächlichen Abläufen und Inhalten der Seelsorge unter Soldaten hatten.

Nach wenigen Monaten hatte dann auch ich die Erfahrung gemacht, dass unter den verbeamteten Kollegen im Westen sehr viele mit einer erfrischenden Unabhängigkeit am Werk waren. Und mir sind Kollegen begegnet, die als Gemeindepfarrer ihrer östlichen Kirchen nebenamtlich in die Kasernen gingen. Wenige haben trotz dieser klaren Verortung eine Nähe zu militärischem Gestus entwickelt, die nachdenklich werden ließ. An den Strukturen kann das nicht gelegen haben ...

Wege in die Normalität

Auch wenn Strukturen binden können, besteht ihr Ziel doch vor allem darin, Gutes zu ermöglichen und es zu ordnen. Und so waren für den Dienst der Seelsorge in der Bundeswehr in den neuen Bundesländern Regelungen zu finden, die einen wirkungsvollen Dienst auch unter den gegebenen Bedingungen möglich machen. Bereits 1991 gab es eine Weisung des Bundesministeri-

ums der Verteidigung für die Zusammenarbeit mit den für die Seelsorge an Soldaten beauftragten Pfarrern der evangelischen Landeskirchen in den Wehrbereichen VII und VIII. Sie ging davon aus, dass Geistliche diesen Dienst haupt- oder nebenamtlich als Pfarrer ihrer Landeskirchen tun.

Nachdem die Bundesregierung zu erkennen gegeben hatte, dass sie für eine grundsätzliche Veränderung des bestehenden Militärseelsorgevertrages keine Veranlassung sieht, wurde 1996 eine „Rahmenvereinbarung über die evangelische Seelsorge in der Bundeswehr in den neuen Bundesländern“ geschlossen. In einer „Innerkirchlichen Vereinbarung“ wurde der Weg geebnet, dass Geistliche ihren Dienst haupt- oder teilsamtlich als Kirchenbeamte der EKD versehen. Nebenamtliche Beauftragung blieb weiterhin möglich.

2002 beschloss die Synode der EKD eine Änderung der Grundordnung, nach der die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr Gemeinschaftsaufgabe der EKD ist. In einem eigenen Kirchengesetz, das auf den 1957 geschlossenen Militärseelsorgevertrag Bezug nimmt, wird die Gestaltung des Dienstes geregelt. Im Regelfall sind die Pfarrerinnen und Pfarrer damit hauptamtlich und Bundesbeamte auf Zeit.

Was anders ist und bleiben wird

Strukturell hat sich Seelsorge für Soldaten in Ost und West inzwischen so entwickelt, dass Gegensätze kaum mehr erkennbar sind. Dennoch bleiben Unterschiede. Dass die nun allerdings ganz klar an der Trennlinie zwischen Ost und West verlaufen, ist so eindeutig nicht.

Ich sehe drei Tendenzen:

► Die Bundeswehr hat sich verändert und verändert sich weiter.


Ausgesetzte Wehrpflicht, Auslandseinsätze, Soldatinnen und Soldaten mit und ohne Migrationshintergrund, religiöse Vielfalt und Konfessionslosigkeit mögen als Stichworte genügen. Eine Reihe dieser Veränderungen ist in den östlichen Standorten anders ausgeprägt als in den westlichen. Multireligiosität beispielsweise gehört in Sachsen-Anhalt weniger zum Erfahrungshintergrund der Menschen als beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, Konfessionslosigkeit hingegen schon. Und noch immer gilt: Wer im Westen nicht Mitglied einer Kirche ist, der ist sehr wahrscheinlich irgendwann einmal ausgetreten. Wer es im Osten nicht ist, der war sehr wahrscheinlich niemals drin.

► Die Kirchen haben sich verändert und verändern sich weiter.

Auch in den westlichen Ländern leiden Kirchen unter Mitgliederverlust und abnehmender gesellschaftlicher Relevanz. Im Osten hat dieser Prozess, auch durch die repressive Politik der DDR, schon sehr viel früher eingesetzt. Es wäre übertrieben, angesichts dieser Entwicklung von Marginalisierung zu sprechen. Die Zeiten allerdings, in denen kirchliche Verlautbarungen per se Beachtung fanden, sind vorbei. Wenn Repräsentanten der Kirchen zu gesellschaftlichen Fragen Stellung nehmen, dann müssen sie zunehmend erklären, warum sie das tun. Gerade in friedensethischen Fragen sind die Kirchen dabei aber auf die Expertise von Soldaten angewiesen. Dass sich diese Expertise auch in den Kirchen findet, hat im Westen Tradition, im Osten eher nicht.

► Unsere Gesellschaft hat sich verändert und verändert sich weiter.

Die Akzeptanz gesellschaftlicher Institutionen ist über die Zeit Veränderungen unterworfen. Das gilt für Parteien und Gewerkschaften, und das gilt auch für Bundeswehr und Kirchen. Die Plausibilität von Bundeswehr und Kirchen muss deswegen, wenngleich aus unterschiedlichen Gründen, immer wieder neu erwiesen werden. Und auch hier vermute ich in den östlichen Ländern und Kirchen ein stärker ausgeprägtes Institutionenmisstrauen als im Westen.

Veränderungen sind aus sich heraus nicht Anlass zu Besorgnis oder Abwehr. Wenn sie gesehen und verstanden werden, wenn sich Menschen ihnen stellen, sie gestalten, dann bergen sie die Chance auf gute und neue Erfahrungen. Nicht alles wird so bleiben, wie es immer war. Aber es kann Neues wachsen und gedeihen. So wie wir es schon in der Bibel lesen: „Prüft aber alles, und das Gute behaltet.“ (1.Thessalonicher 5, 21) 

„Liebt eure Feinde“ oder „Du sollst nicht töten“:
Soldaten werden im Einsatz oft mit ihrem Glauben konfrontiert.
Feldgottesdienste helfen, diesen Konflikt zu erörtern –
wie hier mit Militärfarrer Andreas-Christian Tübler
in Mali (2014)



„ICH VERSUCHE ZU BEZEUGEN, DASS GLAUBEN EINE GUTE IDEE IST“



**Oberst i.G. Sascha Zierold sagt,
wie der Glaube seinen Dienst prägt,
wo er sich aufgehoben fühlt und wie man christlich bleibt,
wenn man in Afghanistan regelmäßig
tödliche Anschläge erlebt**

Interview: Gabriele Meister

Herr Zierold, in der Bibel steht die Aufforderung „Liebt eure Feinde“. Was bedeutet das für Sie als Christ und Soldat?

Heute gab es schon drei Explosionen, nur 800 Meter von uns entfernt. Afghanische Soldaten wurden getötet und einige Zivilisten. Da fällt es schwer, die Täter nicht zu verdammen. Es ist also nicht einfach zu beantworten, wie man „Liebt eure Feinde“ und das Soldatsein zusammenbringen kann. Aber vielleicht ist die Haltung, sich solche Fragen zu stellen, zumindest der erste Schritt.

Noch mehr Kopfzerbrechen bereitet vermutlich der Satz „Du sollst nicht töten“.

Ja, das ist sicher ein Konflikt, aber nicht nur für Christen in der Bundeswehr. Generell sollte es keinem leichtfallen, das Leben eines anderen zu beenden, und ich bin dankbar, dass mir so eine Situation bisher erspart geblieben ist. Aber wenn man sieht, dass Menschen Unfrieden stiften und andere umbringen, hat man nur die Wahl zuzugucken oder selbst aktiv zu werden. Man muss sich entscheiden, auch wenn es nie eine gute Lösung geben wird im Sinne von „unschuldig bleiben“.

Sie haben sich fürs Aktivwerden entschieden. Ist Ihr Glaube der Grund dafür?

Ich bin mit 18 Jahren Christ geworden. Damit ging für mich der Auftrag einher, Verantwortung in der Welt zu übernehmen – in meinem Fall als Soldat. Deshalb stehen mein Christsein und mein Beruf in engem Zusammenhang.

Als Erwachsener Christ zu werden, ist ja eher ungewöhnlich. Wie kam das?

Das war die Gnade Gottes. Einige meiner Schulkameraden gehörten zu einer Landeskirchlichen Gemeinschaft und haben mir den Glauben nähergebracht. Kurz darauf habe ich in Celle mit der Grundausbildung angefangen und mich aufgrund meines Glaubens – der für mich wie gesagt bedeutet, Verantwortung zu übernehmen – dann länger verpflichtet. Außerdem war kurz vor Beginn meiner Grundausbildung die Mauer gefallen. Das habe ich als so großes Geschenk empfunden, dass ich der Gesellschaft gern etwas zurückgeben und mitgestalten wollte.

Wie hat Ihre Gemeinde reagiert, als Sie sich länger verpflichtet haben?

Natürlich gab es dort viele Kriegsdienstverweigerer, entsprechend war meine Entscheidung ein Gesprächsthema. Aber es gab großes Verständnis und Respekt vor meiner individuellen Entscheidung. Die Leute haben gemerkt, dass ich mir lange Gedanken gemacht hatte und Verantwortung übernehmen wollte.

Sind Sie dann auch gleich Mitglied der „Cornelius-Vereinigung e.V. – Christen in der Bundeswehr“ geworden?

Das war etwas später. 1994 haben zwei Kameraden, spätere Freunde, die Cornelius-Vereinigung bei uns in München vorgestellt, daraufhin bin ich beigetreten.

An welchen Stellen Ihrer Arbeit werden Sie heute mit Glauben konfrontiert?

In gewisser Weise ständig: Mein Glaube veranlasst mich zu hinterfragen, ob ich mit meinem Gegenüber richtig umgehe und was ich besser machen kann, um im wahrsten Sinne des Wortes einen „glaubwürdigeren Eindruck“ zu machen und zu bezeugen, dass Glauben eine gute Idee ist.

Was bedeutet das für Ihren Alltag?

Dass ich gewisse Ansprüche habe. Es ist keine wirkliche Übernahme von Verantwortung, wenn man den Dienst „so lala“ macht. Es geht darum, sich mit der ganzen Person einzusetzen.

Sagen Sie das auch Unterstellten?

Der Anspruch richtet sich in erster Linie an mich selbst. Weil ich so viele Fehler habe, bin ich dankbar für Gottes Gnade und versuche immer, nicht hartherzig auf meine Mitmenschen zu schauen. Man weiß ja nie, welche Probleme jemand gerade hat. Und ich kann auch nicht verlangen, dass andere aufgrund meiner Motivation Dinge so oder so tun. Ich kann nur dafür werben, irgendeine Motivation zu entwickeln. Im persönlichen Gespräch sage ich allerdings schon manchmal, dass mein Glaube der Grund für meine Motivation ist.

Oberst i.G. Sascha Zierold
(47) dient derzeit als Executive
Officer for Chief of Staff Resolute
Support Mission in Afghanistan.



Wie reagieren die Unterstellten darauf?

Die Reaktionen sind wie immer gemischt. Häufig erlebe ich Befremden. Aber es ergeben sich dann oft gute Gespräche daraus. Jeder reflektiert seinen Standpunkt.

Glauben Sie, dass manche extra in den Gottesdienst gehen, um Ihnen zu gefallen?

Das weiß ich nicht, man kann ja nicht in die Köpfe hineingucken. Aber ausschließen kann ich das natürlich nicht.

Sollte man als Vorgesetzter da nicht lieber neutral bleiben?

Wenn ich darüber spreche, ist das ja meine persönliche Überzeugung und keine Frage von richtig oder falsch. Ich möchte Menschen einladen, über Dinge nachzudenken, und respektiere andere Standpunkte. Insofern sehe ich die Gefahr der Beeinflussung nicht. Vielmehr empfinde ich beim Neutralitätsbegriff die Gefahr, dass alles gleich wichtig oder unwichtig ist.

Wie sieht es bei schwierigen Einsätzen aus: Beten Sie, bevor Sie nach Afghanistan fliegen?

Das ist für mich eher eine Frage der Grundgeborgenheit, die ich empfinde. Was immer passiert, wird einen Sinn haben, auch wenn ich ihn erst einmal nicht ergründen werde. Deshalb gebe ich mir diesbezüglich auch gar keine Mühe und gehe lieber gespannt durch die Welt als in ständiger Angst.

Sie sind alleinstehend. Machen Sie all diese Themen nur mit sich aus?

Die Cornelius-Vereinigung spielt eine große Rolle für mich. Wir sind eine überregionale und insofern versetzungsresistente Gemeinschaft und kennen uns zum Teil schon sehr lange. Auch Pfarrer sind dabei. Da muss man sich nicht für seinen Glauben rechtfertigen wie bei manchem Kameraden und auch nichts erklären, wie etwa bei Militärseelsorgern, die neu sind und vielleicht noch nichts Persönliches von einem wissen. Dreimal im Jahr fahren wir auf Rüstzeit, ansonsten schreiben wir uns. Natürlich sprechen wir nicht ständig über berufsethische Fragen oder den Glauben. Aber eben auch. Wir haben einen starken Grund, der uns eint. ▲

Information

Die Corneliusvereinigung e. V. – Christen in der Bundeswehr wurde 1898 als Zusammenschluss christlicher Offiziere gegründet. Mittlerweile steht die Gemeinschaft allen Bundeswehrangehörigen und ihren Familien offen. Gegenseitiger Austausch und Stärkung für den Alltag stehen im Fokus. Dafür bietet die Gemeinschaft zum Beispiel Rüstzeiten an: www.cov.de

KIRCHE UNTER DEN SOLDATEN

Die Kapelle im Fliegerhorst Wunstorf
Von Walter Linkmann



Von Angesicht zu Angesicht:
Das Altarbild von
Kerstin Carbow zeigt
keinen Schmerz

In der Kapelle kann man mit geistlichem Beistand beten und ohne: Sie hat zwei Zugänge. Der eine führt durch das Militärpfarramt, wo Pfarrerin und Pfarrhelferin sich um die Standortgemeinde kümmern, wo man reden, Sorgen abladen oder einen Kaffee trinken kann. Der andere Eingang führt direkt von draußen in die Stille. Sonne scheint durch die Oberlichter. Eine blaue Wand greift um den Altar, rundet den Gottesdienstraum ab. Aus der Tiefe des Blau schaut der Menschensohn den Betrachter an.

Sie wollte keinen Schmerzensmann malen, keinen Gekreuzigten, sondern „einen von uns; einen, der mitten unter uns ist; einen Menschensohn; einen Bruder“. Viele Christus- und Menschenbilder hat Kerstin Carbow, Designerin aus Hamburg, dafür studiert, Gesichter aus Europa und dem Nahen Osten, hat gelesen, Musik gehört und dann etliche Schichten Seidenpapier, Farben und Leim übereinander aufgetragen. Jetzt schauen die dunklen Augen des Menschensohns in die Kapelle. Ruhig und durchdringend, machen das ehemalige



Aus der Tiefe des Blau:
Eine Wand greift um den Altar,
Sonne scheint durch ein Oberlicht
in die Kapelle



Wunstorf ▲

Der Altar stammt
aus der alten Garnisonkirche
in Wunstorf

Abfertigungsgebäude aus den 1970er Jahren zu einem heiligen Ort, seinem Ort. Die Kapelle gehört Christus – und sie gehört der Gemeinde. Viele haben mit angepackt, Zeit und Liebe in den Umbau investiert, Wände versetzt, den Raum mit historischen Stücken aus der ehemaligen Fliegerhorstkirche und neuen Spenden geschmückt. Fast gab es bei der Eröffnung einen Eklat, weil auf einer Motivkerze das Flugzeug des Lufttransportgeschwaders 62 zu erkennen ist: der Airbus A400M. Darf man das:

ein Militärflugzeug in der Kirche? Die Gegenfrage wurde zum Glück nicht gestellt: eine Kirche im Militärflughafen? Jetzt können sie durch die beiden Türen gehen. Aus der technischen Welt des Ausbildungs- und Flugbetriebs in die Welt des Menschensohns, der jeden unverwandt anschaut. Die, die hier singen und beten, leben in beiden. Aber es sind nicht zwei. ▲

Impressum



Im Auftrag des Evangelischen Militärbischofs
herausgegeben von Professorin Dr. Angelika Dörfler-Dierken,
Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften
der Bundeswehr; Dr. Dr. Frank Hofmann, Andere Zeiten
e. V.; Professor Dr. Friedrich Lohmann, Universität der
Bundeswehr München

Mitarbeitende dieser Ausgabe:

Claudia Baumgart-Ochse, Klaus Beckmann, Arnd
Brummer, Frank Decker, Veronika Drews-Galle, Tilman
Asmus Fischer, Uwe Hartmann, Sarah Jäger, Tim
Kuschnerus, Martin Lammert, Martin Leiner, Gabriele
Meister, Roger Mielke, Gert Pickel, Jobst Reller,
Stabelement Chancengerechtigkeit, Vielfalt und
Inklusion, Albrecht Steinhäuser, Hartmut Stiffel, Roger
Töpelmann, Henning Wrogemann

Redaktion:

Dirck Ackermann (Chefredakteur),
Walter Linkmann, Martin Middendorf,
Felix Ehring, Florian Siebeck

Redaktionsanschrift:

Jebensstraße 3, 10623 Berlin
Telefon: 030 310181-123

Internet:

www.militaerseelsorge.de

E-Mail:

militaerseelsorge@ekd.de

Beirat für die Redaktion:

Veronika Drews-Galle, Roger Mielke,
Anne Peters-Rahn, Jobst Reller, Marcus Schaper

Realisierung:

Gemeinschaftswerk der Ev. Publizistik gGmbH
Abteilung Printprodukte, Leitung: Ursula Ott
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt/Main
Bildredaktion: Caterina Pohl-Heuser
Gestaltung und Satz: Zully Kostka

Druck:

Strube Druck & Medien OHG,
Stimmerswiesen 3, 34587 Felsberg

Verlag:

Evangelische Verlagsanstalt Leipzig,
Blumenstraße 76, 04155 Leipzig

Vertrieb:

Gemeinschaftswerk der Ev. Publizistik gGmbH
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt/Main
Martin Amberg, Telefon: 069 580 98-223
E-Mail: mamberg@gep.de

Erscheinungsweise:

Zweimal jährlich

ISSN: 1869-4497



Bildnachweise

Titel: Giulia Fiori, Getty Images / S. 5 David Carson,
picture-alliance, AP / S. 6 Andrea Enderlein / S. 7
Amanda Edwards, Getty Images / S. 9 Regina
Schmeken, SZ-Photo / S. 11–12 Patrik Bransmüller,
Björn Wilke, Bundeswehr / S. 15 Susann Prautsch,
picture-alliance / S. 19 Wolfgang Schmidt,
epd-bild / S. 22 Ari Perilstein, Getty Images / S. 27
Karen Bleier, AFP, Getty Images; Sean Gallup, Getty
Images / S. 32 Peter Dejong, picture-alliance / S. 37
P.Scaasi, NurPhoto, picture-alliance; picture alliance,
Arco Images / S. 38 Seyllou, AFP, Getty Images /
S. 40 Bulent Kilic, AFP, Getty Images / S. 43 Abdul
Aziz Safdari, Xinhua, picture-alliance / S. 44–45
De Agostini, Getty Images; Andrej Isakovix, AFP,
Getty Images / S. 51 Tim Kuschnerus / S. 53 Göttert,
picture-alliance / S. 55 Andrea Bienert, Bundes-
wehr / S. 56 Lena Uphoff / S. 58 Peter Hirth, laif /
S. 63 DEEPOL, plainpicture / S. 64–67 Eberhard
Klöppel, picture-alliance (3) / S. 69 epd-bild, privat /
S. 74 'People of the Twenty-First Century', Hans
Eijkelboom, Phaidon Verlag / S. 76 Gremlin,
Getty Images

In Vielfalt vereint: Seit 25 Jahren reist der niederländische Fotograf Hans Eijkelboom durch die Welt und fotografiert Menschen auf der Straße, zum Beispiel Männer in roten Allwetterjacken oder Frauen in weißen Kleidern. Wie gleich oder individuell die Menschen sind, liegt einmal mehr im Auge des Betrachters. Seine Beobachtungen hat Eijkelboom in einem Buch festgehalten: „People of the Twenty-First Century“ (Phaidon, 512 S., 29,95 Euro)



22 NOV 2004

Rotterdam, NL

12.00 - 16.00



Hanna Nouri Josua

Jahrgang 1956, geboren im Libanon, studierte Politikwissenschaft und Geschichte des Islam in Beirut sowie Evangelische Theologie in Unterweissach und Leuven. Seit 1980 lebt Josua in Deutschland und ist Pfarrer der Arabischen Evangelischen Gemeinde Stuttgart und Geschäftsführer der Evangelischen Ausländerseelsorge e.V.

Für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft



Hanna Nouri Josua

Die Muslime und der Islam

Wer oder was gehört zu Deutschland?

160 Seiten | Paperback

ISBN 978-3-374-05871-6

€ 15,00 (D)

Der Islam – gehört er nun zu Deutschland oder nicht? Hanna Josua zeichnet die aktuelle Debatte vor dem Hintergrund zunehmender Migration aus islamischen Ländern nach, lässt unterschiedliche Stimmen zu Wort kommen und weicht unangenehmen Fragen nicht aus. Doch ebenso, wie es nicht »den« Islam und »die« Muslime gibt, kann es auf die Ausgangsfrage kein simples »Ja« oder »Nein« geben. Muslime und Nichtmuslime müssen sich noch in vielen Fragen aufeinander zu bewegen und gemeinsam entscheiden, welcher Islam in Deutschland eine Zukunft haben kann. Die Diskussion hat gerade erst begonnen!



EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT
Leipzig

www.eva-leipzig.de



facebook.com/eva.leipzig

Bestell-Telefon 0341 7114144 · Fax 0341 7114150 · shop@eva-leipzig.de

Das Thema der nächsten Ausgabe

=====



Hinter der Firewall – das Cyber-Heft

Dunkle Wolken über Cyberland. In der virtuellen Welt, aus der sich per Smart-App sehr reale Lampen, Staubsauger, Kraftwerke und Terminbörsen ein- und ausschalten lassen, herrschen Angst und Aufbruchstimmung. Das Kabinett tagt, die Bundeswehr schickt Nerd-Kommandos in den Cyberspace, die Kirchen formulieren Stellungnahmen.

Was müssen wir über Big Data, Algorithmen und künstliche Intelligenz wissen? Und – fast noch wichtiger: Was wissen diese drei über uns?